

# AUS POLITIK UND ZEITGESCHICHTE

## China und seine Nachbarn

*Klaus Mühlbahn*  
REGIONALER HEGEMON?

*Xuewu Gu*  
CHINA UND SEINE  
BENACHBARTEN  
GROßMÄCHTE

*Edward Sing Yue Chan*  
ÜBER DAS SEERECHT  
ZUR SEEMACHT

*Frédéric Krumbain*  
DER KONFLIKT  
IN DER TAIWANSTRAßE

*Nele Noesselt*  
SINO-RUSSISCHE  
BEZIEHUNGEN NACH DEM  
ANGRIFF AUF DIE UKRAINE

*Eric J. Ballbach*  
CHINAS BEZIEHUNGEN  
ZU NORDKOREA

*Biao Xiang*  
CHINESISCHE MIGRATION  
UND SOZIALE REPRODUKTION

# APuZ

ZEITSCHRIFT DER BUNDESZENTRALE  
FÜR POLITISCHE BILDUNG

Beilage zur Wochenzeitung Das **Parlament**



# China

## APuZ 26–27/2023

**KLAUS MÜHLHAHN**

### REGIONALER HEGEMON?

Als „Reich der Mitte“ grenzt China an 14 sehr unterschiedliche Länder. Beim Blick in die von Uneinheitlichkeit und Fragmentierung geprägte Geschichte von Chinas regionaler Außenpolitik entpuppt sich die Annahme der kontinuierlichen Vorherrschaft Chinas in Asien als Mythos.

Seite 04–10

**XUEWU GU**

### CHINA UND SEINE BENACHBARTEN GROßMÄCHTE

Das Erstarken der Volksrepublik China in Asien und der Welt wird insbesondere von den USA mit Skepsis betrachtet. Die sino-amerikanischen Beziehungen stehen seither auf Konfrontationskurs und wirken sich zunehmend auch auf andere Großmächte wie Indien und Japan aus.

Seite 12–17

**EDWARD SING YUE CHAN**

### ÜBER DAS SEERECHT ZUR SEEMACHT

Seit 2012 baut China seine maritimen Kapazitäten mit dem Ziel aus, zur pazifischen Seemacht aufzusteigen. Während die Regierung in Beijing bereits verschiedene Strategien dafür umgesetzt hat, nehmen andere Staaten in der Region dies als Bedrohung wahr.

Seite 18–24

**FRÉDÉRIC KRUMBEIN**

### DER KONFLIKT IN DER TAIWANSTRASSE

Die Volksrepublik China sieht das de facto souveräne und demokratische Taiwan als Teil ihres eigenen Staatsgebietes und fordert eine „Wiedervereinigung“. Während China den Druck fortwährend erhöht, wird das Szenario einer Annexion immer wahrscheinlicher.

Seite 26–34

**NELE NOESSELT**

### SINO-RUSSISCHE BEZIEHUNGEN NACH DEM ANGRIFF AUF DIE UKRAINE

Die Proklamation einer „grenzenlosen Freundschaft“ zwischen Moskau und Beijing im Februar 2022 hat Spekulationen über ein anti-liberales Bündnis angefacht. Doch setzt Beijing primär auf strategische Autonomie und eine Pluralisierung seiner Kooperationspartner.

Seite 35–40

**ERIC J. BALLBACH**

### CHINAS BEZIEHUNGEN ZU NORDKOREA

Chinas Beziehungen zu Nordkorea sind komplex. Geprägt von historischen, ideologischen und strategischen Faktoren sind den bilateralen Beziehungen Grenzen gesetzt, die sich nicht zuletzt aus einer Priorisierung von Beijings Interessen im Hinblick auf Nordkorea ergeben.

Seite 42–47

**BIAO XIANG**

### CHINESISCHE MIGRATION UND SOZIALE REPRODUKTION

Chinesische Migration ins Ausland ist seit den 1990er Jahren vermehrt durch Erfordernisse der sozialen Reproduktion begründet. Die gestiegenen Anforderungen für Eheschließung, Wohnen, Bildung, Gesundheit und ein gutes Leben sind für viele nur noch im Ausland aufzubringen.

Seite 48–54

**KARTE**

Seite 28–29

# EDITORIAL

Die Volksrepublik China unterhält aufgrund ihrer wirtschaftlichen Stärke, ihrer schiereren Größe und der zentralen geografischen Lage in Asien vielfältige und komplexe internationale Beziehungen. Diese sind nicht selten spannungsgeladen. China teilt seine Landgrenzen mit 14 Nachbarstaaten: Afghanistan, Bhutan, Indien, Kasachstan, Kirgisistan, Laos, Mongolei, Myanmar, Nepal, Nordkorea, Pakistan, Russland, Tadschikistan und Vietnam. Auch über den Pazifik bestehen weitere „nachbarschaftliche“ Beziehungen, etwa zu Japan, den Philippinen, Südkorea und nicht zuletzt zu den USA.

Längst hat die Volksrepublik ihren Führungsanspruch nicht nur in der Region unter Beweis gestellt, als Großmacht hat sie auch international eine starke Position errungen. Dabei setzt Beijing in geopolitischen Angelegenheiten zunehmend auf Konfrontation. Zentral ist der Konflikt um Taiwan, das zwar de facto souverän – und demokratisch – regiert, aber von der Volksrepublik als Teil des eigenen Territoriums gesehen wird. In den vergangenen Jahren haben sich die Spannungen zwischen China, Taiwan und den USA als Schutzmacht Taiwans verschärft. Der Versuch einer gewaltsamen Annexion der Insel durch die Volksrepublik hätte das Potenzial, das Kräftegleichgewicht im asiatisch-pazifischen Großraum zu stören und einen Krieg zu entfesseln, der über die Region hinaus Wellen schlagen könnte. Auch umstrittene Ansprüche auf mehrere Inselgruppen im Süd- und Ostchinesischen Meer könnten die Eskalationsspirale weiterdrehen.

Gleichzeitig versucht Beijing auf internationaler Ebene, strategische Autonomie zu bewahren, und setzt auf eine Pluralisierung seiner Kooperationspartner. Vor diesem Hintergrund sind auch die vermeintlich positiven Beziehungen zu Nordkorea und Russland als ambivalent einzuordnen. Ein differenzierter Blick auf Chinas auswärtige Beziehungen in der Region ist zentraler Baustein jener Chinakompetenz, die es auszubauen gilt. Denn die großen globalen Fragen unserer Zeit können nur gemeinsam mit der Volksrepublik gelöst werden.

*Jacob Hirsch*

# REGIONALER HEGEMON?

## Kleine Geschichte der auswärtigen Beziehungen Chinas in Asien

*Klaus Mühlhahn*

Eine populäre Wahrnehmung sowohl im Westen als auch in China besagt, dass China als „Reich der Mitte“ in der Frühen Neuzeit Ostasien dominiert habe. Durch die regelmäßige Entsendung von Tributmissionen erkannten andere asiatische Staaten die Oberhoheit des chinesischen Reiches an. China sei das kulturelle, wirtschaftliche und technologische Zentrum gewesen, dem sich Asien untergeordnet habe. In der Gegenwart sei China entschlossen, diese im 19. und 20. Jahrhundert verlorene Zentralstellung in der Region wiederherzustellen.

Tatsächlich handelt es sich bei diesem historischen Narrativ um einen Mythos. Aufgrund seiner territorialen Größe sowie seines demografischen und wirtschaftlichen Wachstums war China als Partner für viele asiatische Reiche fraglos sehr attraktiv. Zu keiner Zeit aber hat das chinesische Reich die Region dominiert. Im Gegenteil: Die regionalen Beziehungen waren meistens angespannt. China fühlte sich durch seine unmittelbaren Nachbarn häufig bedroht. Zugleich war China nie in der Lage, die Nachbarstaaten dauerhaft durch militärische Gewalt zu unterwerfen.

Auch im 20. und 21. Jahrhundert bleiben die Beziehungen Chinas mit Staaten in der Region diffizil. Aufgrund der kontinentalen Größe hatte und hat China mehr direkte Nachbarn als jedes andere Land, mit Ausnahme Russlands. China grenzt unmittelbar an 14 Länder: von Vietnam im Süden über Himalaya-Staaten und Indien im Südwesten, Russland und die zentralasiatischen Staaten im Norden und (Nord-)Westen bis hin zu Korea im Nordosten. Diese Diversität stellt die chinesische Außenpolitik vor erhebliche Herausforderungen. China muss sich entlang seiner langen Grenze mit vielen unterschiedlichen Strukturen, Interessen und Gegebenheiten auseinandersetzen und mit ganz unterschiedlichen Gegenübern wie multireligiösen Staaten, Kö-

nigreichen, Militärdiktaturen und Demokratien umgehen.

Im folgenden Beitrag wird die komplexe und vielschichtige Geschichte der Beziehungen Chinas zu den wichtigsten Nachbarn in Asien, vor allem in Zentral-, Südost- und Nordostasien, skizziert.<sup>01</sup> Dabei stehen vor allem die chinesischen Perspektiven und Motive im Mittelpunkt.

### ZENTRALASIEN

Zwischen China und den Staaten Zentralasiens gibt es seit Jahrhunderten Austauschbeziehungen sowohl auf politischer und kultureller als auch auf wirtschaftlicher Ebene.

Angesichts einer langen Geschichte von Plünderungen und Invasionen durch die Völker aus den nördlich gelegenen Steppen legte das chinesische Kaiserreich seit der Han Dynastie (206 v. Chr.–220 n. Chr.) großen Wert auf Grenzverteidigung und Sicherheitsfragen im Umgang mit Zentralasien. Das hängt mit der Geografie der nordchinesischen Tiefebene zusammen sowie mit Schwierigkeiten, die ausgedehnten Grenzen des riesigen Territoriums zu verteidigen. Die nordchinesische Tiefebene ist flach und ohne natürliche Verteidigungsbarrieren wie Bergketten, große Seen oder Flüsse. China war Angriffen aus dem Nordwesten oder Nordosten daher schutzlos ausgesetzt. Besonders gefährlich war es, wenn die Steppennomaden bei ihren Angriffen Pferde einsetzten und so zu einer gewaltigen Streitmacht wurden. Die Eroberungsdynastien wie die Liao (916–1125), die Jin (1115–1234), die Yuan (1279–1368) und die Qing (1644–1911) belegen den Zeitraum und das Ausmaß der gewaltigen Herausforderungen, die aus dem Norden drohten.<sup>02</sup>

Die Beziehungen Chinas nach Zentralasien lassen sich bis ins 2. Jahrhundert n. Chr. zurückverfolgen, als die Seidenstraße sich zu einer wich-

tigen Handelsroute zwischen China und Europa entwickelte.<sup>03</sup> Diese Handelsroute, die bis in die Neuzeit hinein bestand, verband China auch mit Zentralasien und dem Mittleren Osten. Der Handel mit Seide, Gewürzen, Tee und anderen Waren resultierte für China und Zentralasien ebenfalls in einem Austausch von Kultur und Wissen. Insbesondere die chinesische Tang-Dynastie (618–907) pflegte enge Beziehungen mit den zentralasiatischen Staaten, beispielsweise dem muslimischen Samaniden-Reich.

Im 13. Jahrhundert eroberten die Mongolen unter Führung von Dschingis Khan große Teile Zentralasiens und gründeten das Mongolische Reich. Auch China wurde von den Mongolen erobert und in das Mongolische Reich integriert. In dieser Zeit wurde Zentralasien zu einem wichtigen Bindeglied innerhalb des Reiches und fungierte als Brücke zwischen China und Europa. Der Handel auf der Seidenstraße erreichte unterdessen seinen Höhepunkt.

Im 17. Jahrhundert, nach dem Untergang der mongolischen Yuan- sowie der darauf folgenden chinesischen Ming-Dynastie, übernahm die mandschurische Qing-Dynastie die Macht in China und begann eine Politik der räumlichen Expansion. Die Qing eroberten in ihrer knapp 300 Jahre anhaltenden Herrschaft große Teile Zentralasiens und dehnten ihr Territorium bis in den heutigen Osten Kasachstans aus.<sup>04</sup> Die Eroberung von Xinjiang, dem heutigen Uigurischen Autonomen Gebiet im Nordwesten Chinas, wurde 1757/58 abgeschlossen. China und Zentralasien waren danach enger miteinander verbunden, wobei China wirtschaftlich und kulturell dominierte. Die Militärverwaltung der Qing-Dynastie stieß jedoch auf ständigen politischen und religiösen Widerstand gegen ihre Herrschaft über Xinjiang und ihren Einfluss in Zentralasien.<sup>05</sup> Dies führte 1781, 1815, 1820 und 1847 zu einer

Reihe gewaltsamer Aufstände, nach denen es jeweils mehrere Jahre brauchte, bis die Qing die Kontrolle über die Region wiedererlangten. Die Aufstände wurden von islamischen Gruppen im zentralasiatischen Khanat Kokand unterstützt, einem muslimischen Turkstaat, der von 1709 bis 1876 auf den Gebieten des heutigen Kirgistan, Ost-Usbekistan und Tadschikistan sowie im Südosten Kasachstans existierte. Abgesehen von religiösen Gründen unterstützte das Khanat die Rebellen auch deshalb, weil dessen Kaufleute, die vom illegalen Handel mit chinesischem Tee und Rhabarber an der nordwestlichen Grenze profitierten, der Kontrolle und Besteuerung der Qing-Behörden entgehen wollten.

Diese Konflikte deckten Schwachstellen der Qing-Herrschaft in den entlegenen Grenzgebieten des Reiches auf, die nicht nur einheimische Rebellen, sondern auch ausländische Mächte ausnutzen wollten. Im Norden forderte die Expansion des zaristischen Russlands das Qing-Reich heraus. Die russische Regierung, die mit der britischen Expansion konkurrieren und ihre kommerziellen Interessen wahren wollte, richtete ihre Aufmerksamkeit deshalb seit den 1830er Jahren verstärkt auf Zentralasien. Angesichts geringer militärischer Gegenwehr eroberte Russland ein Khanat nach dem anderen, und bis 1873 hatte es die Region weitgehend unter seine Kontrolle gebracht.

Da sich Chinas Schwäche in den Aufständen und verlorenen Opiumkriegen gegen Großbritannien von 1839 bis 1842 und von 1856 bis 1860 gezeigt hatte, versuchte Russland, aus den muslimischen Aufständen entlang der chinesischen Grenze Kapital zu schlagen. Die Qing erlaubten Russland schließlich, in der Stadt Kaschgar entlang der alten Seidenstraße Handel zu treiben und eine konsularische Vertretung zu stationieren, verweigerten diese Privilegien jedoch anderen ausländischen Mächten. Dadurch zerstörten Russland und China die Ökonomien in Zentralasien entlang der Seidenstraße. Die Grenzen zwischen Russland und China wurden geschlossen, der internationale Handel eingeschränkt und alle wichtigen zentralasiatischen politischen Einrichtungen beseitigt. Die wirtschaftliche Entwicklung der Seidenstraße wurde somit zum Erliegen gebracht. Die Folge waren der Niedergang Zentralasiens und sein langfristiges Abrutschen in Armut, Rückständigkeit und relative Isolation.

**01** Die Großmächte der Region, Russland, Japan und Indien, werden an anderer Stelle in der vorliegenden Ausgabe behandelt (Anm. d. Red.).

**02** Vgl. Klaus Mühlhahn, *Geschichte des modernen China. Von der Qing-Dynastie bis zur Gegenwart*, München 2021, S. 90 ff.

**03** Vgl. Peter Frankopan, *The Silk Roads. A New History of the World*, London 2016; Tim Winter, *The Silk Road. Connecting Histories and Futures*, Oxford 2022; Valerie Hansen, *The Silk Road. A New History*, Oxford 2015.

**04** Vgl. Michael E. Clarke, *Xinjiang and China's Rise in Central Asia – A History*, London 2011, S. 16–41.

**05** Vgl. Mühlhahn (Anm. 2), S. 164–170.

Im frühen 20. Jahrhundert geriet Zentralasien zunehmend unter die Kontrolle Russlands. China war nicht mehr in der Lage, die eigene Position zu verteidigen.<sup>06</sup> Im Gegenteil, Russland begann damit, seinen Einfluss in die zentralasiatischen Regionen unter chinesischer Herrschaft auszudehnen. Nach dem Zusammenbruch des chinesischen Kaiserreiches 1911 wurde Xinjiang von dem Warlord Sheng Shicai regiert, der von Russland unterstützt wurde und nach der Russischen Revolution eng mit der Sowjetunion zusammenarbeitete.

Die Bolschewiki, unter der Führung von Wladimir Lenin, waren bestrebt, ihre Kontrolle über die zentralasiatischen Gebiete mit dem Ziel zu festigen, den Kommunismus zu verbreiten und einen sozialistischen Staat zu errichten. 1922 wurde die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken (UdSSR) gegründet, die sowohl das Territorium des früheren Russischen Reiches als auch verschiedener Nachbarstaaten in Zentralasien wie Kasachstan, Kirgisistan, Tadschikistan, Turkmenistan und Usbekistan umfasste. Die sowjetische Führung regierte von Moskau aus mithilfe eines zentralisierten Planungsapparates für alle politischen, militärischen und wirtschaftlichen Angelegenheiten.

Während der Sowjetzeit unterhielten die Länder Zentralasiens als Mitgliedstaaten der UdSSR engste Beziehungen zu Russland. China war insbesondere im Zuge des sogenannten Chinesisch-sowjetischen Zerwürfnisses ab den späten 1950er Jahren, ein Konflikt um die Ausrichtung der jeweiligen kommunistischen Politik, vom politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Austausch mit Zentralasien ausgeschlossen. 1969 führte die Sowjetunion sogar eine auf lediglich mehrere Kilometer begrenzte, aber durchaus blutige Invasion in die autonome Region Xinjiang aus.

Erst nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion 1991 wurden die gegenseitigen Beziehungen wieder aufgenommen. Dazu baute China auch mit den nun unabhängigen Staaten diplomatische Beziehungen auf.<sup>07</sup> Damit soll-

te eine engere Zusammenarbeit in wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Angelegenheiten erreicht werden. Um dies zu fördern, initiierte China 1996 die sogenannte Shanghai-Five-Gruppe, bestehend aus China, Russland, Kasachstan, Kirgisistan und Tadschikistan. Diese wurde später zur Shanghai Cooperation Organization erweitert und umfasst gegenwärtig acht Mitglieder, darunter auch Usbekistan und Pakistan.<sup>08</sup>

Die Zusammenarbeit zwischen China und Zentralasien hat sich in den zurückliegenden Jahren intensiviert. China hat im Rahmen der Belt and Road Initiative erhebliche Investitionen in Infrastruktur, Energie und Rohstoffe in Zentralasien getätigt. Gegenwärtig ist China der größte Handelspartner der zentralasiatischen Länder. Auch die bilateralen politischen Beziehungen zu den jeweiligen Ländern wurden kontinuierlich ausgebaut.

Allerdings bestehen weiterhin große Herausforderungen in den Beziehungen zwischen China und Zentralasien. China ist besorgt über den regionalen Einfluss der USA und anderer westlicher Staaten, während die zentralasiatischen Länder Chinas wachsende Präsenz mit Argwohn und Misstrauen beobachten. Einige Länder haben auch Bedenken hinsichtlich der hohen Verschuldung aufgrund der chinesischen Belt and Road Initiative.

## SÜDOSTASIEN

Die Beziehungen Chinas zu seinen südostasiatischen Nachbarn waren völlig anders gelagert, aber ähnlich schwierig. Sie waren lange vor allem durch die chinesische Migration nach Südostasien geprägt, die mehr als ein Jahrtausend zurückreicht. Die ältesten Zeugnisse einer chinesischen Präsenz stammen aus der Zeit der Tang-Dynastie (618–907), als chinesische Händler und Kaufleute Handelsbeziehungen zu den Königreichen Südostasiens aufbauten, insbesondere im Malaiischen Archipel.

Zu einer großen Auswanderungswelle aus China kam es im 19. und frühen 20. Jahrhundert, als britische, niederländische und französische Kolonialmächte chinesische Arbeiter in Plantagen, Minen und anderen Industrien beschäftig-

<sup>06</sup> Vgl. Christopher I. Beckwith, *Empires of the Silk Road. A History of Central Eurasia from the Bronze Age to the Present*, Princeton 2009, S. 272ff.

<sup>07</sup> Vgl. Thomas Fingar, *China and South and Central Asia in the Era of Reform and Opening*, in: ders. (Hrsg.), *The New Great Game. China and South and Central Asia in the Era of Reform*, Stanford 2016, S. 1–28.

<sup>08</sup> Vgl. Stephen Aris, *Eurasian Regionalism. The Shanghai Cooperation Organisation*, New York 2011.

ten.<sup>09</sup> Diese Migration setzte sich nach der Kolonialzeit fort, und viele Chinesen ließen sich in südostasiatischen Ländern wie Malaysia, Indonesien, den Philippinen, Thailand und Singapur nieder.

Schon bevor das Qing-Reich 1911 zusammenbrach, wurden chinesische Einwanderer in der Region von vielen Einheimischen entweder als Handlanger Chinas oder als Agenten europäischer Kolonialmächte angesehen. Antichinesische Ressentiments und Proteste waren häufig. Aber auch aus Sicht der Behörden des chinesischen Kernlandes waren die Chinesen in Südostasien eine unzuverlässige Gruppe, die sich viel zu leicht mit den europäischen Imperialisten verbündet hatte.

Die Beziehungen zwischen China und Vietnam zeigen das Ausmaß der Probleme im 19. und 20. Jahrhundert. Vietnam war jahrhundertlang dem chinesischen Vorbild gefolgt und hatte ursprünglich am Tributhandel teilgenommen. Im 19. Jahrhundert erhob Frankreich Anspruch auf Chinas indochinesische Tributgebiete, zu denen neben Kambodscha auch die Region Annam als zentraler Teil Vietnams gehörte, und dehnte seinen Einfluss auch auf die chinesische Provinz Guangxi aus. Infolgedessen führte China zwei Kriege gegen Frankreich, um seinen Einfluss auf die Region zu verteidigen. Doch die langwierigen Auseinandersetzungen endeten für China 1885 mit einer Niederlage. Vietnam wurde in das französische Kolonialreich eingegliedert. Als der chinesische Staatspräsident Mao Zedong (1893–1976) Mitte des 20. Jahrhunderts beschloss, die vietnamesischen Kommunisten zu unterstützen, gründeten die anderen südostasiatischen Länder 1967 die Association of Southeast Asian Nations (ASEAN) als explizit antikommunistische Organisation zum gegenseitigen Beistand und suchten Mithilfe durch die Vereinigten Staaten. Zur großen Enttäuschung der chinesischen Führung entschied sich der kommunistische Vietkong nach dem Sieg im Bürgerkrieg 1975 aber für eine Allianz mit der Sowjetunion, die sich gegen China richtete. 1979 griff China Vietnam an. Grund

**09** Vgl. Sebastian Conrad/Klaus Mühlhahn, *Global Mobility and Nationalism. Chinese Migration and the Ethnicization of Belonging, 1880–1910*, in: Sebastian Conrad/Dominic Sachsenmaier (Hrsg.), *Competing Visions of World Order. Global Moments and Movements, 1880s–1930s*, New York 2007, S. 181–211.

war die Vergeltung für die vietnamesische Besetzung Kambodschas, die 1978 die Herrschaft der von China unterstützten Roten Khmer beendet hatte.<sup>10</sup> In dem kurzen Krieg erlitt die chinesische Volksbefreiungsarmee schwere Verluste und musste sich bereits nach wenigen Wochen zurückziehen.

Die größte außenpolitische Leistung des chinesischen Staatsführers Deng Xiaoping (1904–1997) war die Verbesserung der schwierigen Beziehungen zu Südostasien, darunter auch zu Vietnam. Er tat dies, indem er die historischen Verbindungen Südostasiens zu China betonte.<sup>11</sup> Er hob hervor, dass Chinas Beziehungen zu seinen südlichen Nachbarn mit Ausnahme Vietnams seit der Ming-Dynastie stets friedlich gewesen seien. Die chinesischen Auswanderer, die sich in Südostasien niedergelassen hatten, sollten loyale Bürger ihrer Gastländer sein und sich nicht in die Politik einmischen. China verkündete, anders als in der Mao-Zeit, keine politischen Bewegungen in Südostasien mehr unterstützen zu wollen. Deng verfolgte dabei vor allem wirtschaftliche Interessen. Einige der größten ausländischen Investoren in China zwischen 1980 und 2000 kamen aus jener Region, insbesondere aus Singapur und Thailand. Mit der Verbesserung der Beziehungen zu den Ländern der ASEAN wollte Beijing Jahrzehnte, wenn nicht sogar Jahrhunderte des Misstrauens und der Konfrontation hinter sich lassen und stattdessen auf Zusammenarbeit und Integration setzen. Die 1992 etablierte Freihandelszone zwischen China und der ASEAN sollte das Symbol dieser neuen Beziehungen sein.

Doch die gute Stimmung währte nicht lange. In den vergangenen Jahren bahnten sich neue Probleme an. Unter den ASEAN-Staaten verbreitete sich die Sorge, dass sie von einem wirtschaftlich immer stärkeren China überwältigt werden könnten.<sup>12</sup> Zugleich wurden die Beziehungen zunehmend durch den Streit um Inseln und Atolle im Südchinesischen Meer belastet.

**10** Vgl. Xiaoming Zhang, *Deng Xiaoping's Long War. The Military Conflict Between China and Vietnam, 1979–1991*, Chapel Hill 2015.

**11** Vgl. Odd Arne Westad, *The Weight of the Past in China's Relations with Its Asian Neighbors*, in: Asle Toje (Hrsg.), *Will China's Rise Be Peaceful? Security, Stability, and Legitimacy*, Oxford 2018, S. 143–155, hier S. 151–155.

**12** Vgl. Murray Hiebert, *Under Beijing's Shadow. Southeast Asia's China Challenge*, Lanham 2020, S. 13–72.

China erhebt territoriale Ansprüche, die mit Forderungen der Philippinen, Vietnams, Malaysias und Bruneis im Konflikt stehen. Chinas Beharren auf Kontrolle von kleinen Inseln, Felsen und Untiefen in diesem Meeresgebiet hat das Verhältnis zwischen China und den anderen Anrainerstaaten, die alle Mitglieder der ASEAN sind, in Mitleidenschaft gezogen. Dabei sind einige von Chinas Ansprüchen kaum nachvollziehbar. Dazu gehört beispielsweise jener auf das James Shoal, eine Unterwassersandbank auf dem Gebiet der Spratly-Inseln, das nur etwa 80 Kilometer von der malaysischen Küste und 1800 Kilometer von China entfernt liegt.<sup>13</sup> Einige südostasiatische Staaten und die USA vermuten, dass China mit solchen Maßnahmen vor allem die Kontrolle über die Schifffahrtsstraßen erlangen will. Mehr als die Hälfte der globalen Handelsschifffahrt muss das Meeresgebiet um die Spratly-Inseln passieren.

Zusammenstöße mit China sind in der Region häufiger geworden: Im Mai 2014 verlegte China eine Ölplattform in umstrittene Gewässer vor der Küste Vietnams. Das löste eine Krise aus, in deren Verlauf nicht nur ein vietnamesisches Schiff durch Kollisionen mit der chinesischen Marine versenkt wurde, sondern auch sechs Menschen bei antichinesischen Ausschreitungen in Vietnam von Aufständischen getötet wurden.<sup>14</sup>

Die Beziehungen zwischen China und der ASEAN befinden sich derweil in einer Abwärtsspirale. Wie die erwähnten Vorfälle zeigen, nimmt auf allen Seiten der Nationalismus zu. Es steht zu befürchten, dass die von China gezeigte Kompromisslosigkeit eine langfristige Feindseligkeit begründet. Stattdessen wäre es notwendig, den Dialog zu stärken und Vertrauen aufzubauen. Dafür müssten alle Seiten aber verbindende Elemente herausarbeiten – das könnte zum Beispiel durch kulturellen Austausch oder Kooperationen im Bildungsbereich geschehen. Die südostasiatischen Länder begreifen erst langsam, dass die chinesischstämmigen Minderheiten in ihren Ländern in den Beziehungen mit China eher ein Vorteil als eine Sicherheitsbedrohung sein können. Parallel zum Ausbau kultu-

reller Beziehungen sind aber Verhandlungen zur Lösung der territorialen Konflikte unerlässlich. Es ist nicht zu erkennen, welche langfristige Strategie China im Hinblick auf die ASEAN verfolgt. Beijing zieht es vor, mit einzelnen Staaten anstatt mit transnationalen Organisationen zu verhandeln – sei es die Europäische Union oder die ASEAN. Solange China aber eine allzu kompromisslose und konfrontative Außenpolitik verfolgt, scheinen diplomatische Fortschritte kaum möglich.

## NORDOSTASIEN

Auch Chinas Beziehungen zur koreanischen Halbinsel müssen im Lichte seiner wechselvollen Geschichte verstanden werden.<sup>15</sup> Obwohl sie nie unmittelbar von China beherrscht wurde, erkannten alle koreanischen Staaten für mehr als ein Jahrtausend die Oberhoheit des chinesischen Kaiserreiches an. Während der Joseon-Staat, der von 1392 bis 1910 den größten Teil der Halbinsel umfasste, in seinen inneren Angelegenheiten fast vollständig unabhängig war, wurde seine Stellung in der Welt immer im Kontext seiner tributpflichtigen Beziehung zu China definiert. China wurde als Maßstab der kulturellen Entwicklungen anerkannt. Die erste koreanische Schriftsprache verwendete chinesische Schriftzeichen, und die koreanische Bürokratie orientierte sich am Vorbild Chinas unter der Ming- und Qing-Dynastie.

Eine große Rolle in den Beziehungen zwischen Korea und China spielte die neokonfuzianische Philosophie, die im 12. Jahrhundert in China entstanden war. Die Lehren von Zhu Xi (1130–1200), die im Mittelpunkt des Neokonfuzianismus standen, hatten einen immensen Einfluss auf das Selbstverständnis des koreanischen Staates. Zhus Lehre führte in Korea zu einer besonderen Betonung sowohl meritokratischer Prinzipien als auch der Familie. Die kulturelle und ideologische Orientierung an China beeinflusste sowohl die Organisation der koreanischen Gesellschaft als auch die koreanische Sicht auf die Außenwelt.<sup>16</sup>

Der Zusammenbruch der ostasiatischen Weltordnung Ende des 19. Jahrhunderts, in der das von der Qing-Dynastie regierte China für

**13** Vgl. Zheng Wang, *The Nine-Dashed Line: „Engraved in Our Hearts“*, 25.8.2014, <https://thediplomat.com/the-nine-dashed-line-engraved-in-our-hearts>.

**14** Vgl. Jake Douglas, *China-Vietnam Oil Rig Standoff*, 12.6.2017, <https://amti.csis.org/counter-co-oil-rig-standoff>.

**15** Vgl. Odd Arne Westad, *Empire and Righteous Nation. 600 Years of China-Korea Relations*, Cambridge 2021, S. 5–70.

**16** Vgl. ebd., S. 84.



Jahrhunderte im Zentrum gestanden hatte, war daher besonders überraschend für die koreanischen Eliten.<sup>17</sup> Sie reagierten darauf mit zwei verschiedenen Antworten: Die erste, die von der Mitte des Jahrhunderts bis zum Chinesisch-japanischen Krieg von 1894/95 andauerte, war ein Festhalten an der Tradition. Die Mehrheit der konfuzianischen Führer in Korea ging davon aus, dass Chinas Zentralität fortbestehen würde, obwohl zur selben Zeit die chinesischen Herrscher der Qing-Dynastie radikale Reformen diskutierten. Die zweite Reaktion, die vor allem nach der japanischen Besetzung Koreas 1910 artikuliert wurde, bestand in der Entwicklung einer besonderen Form des koreanischen Nationalismus. Seine Vertreter betonten, dass China als Vorbild gescheitert sei. Japans rücksichtslose und aggressive Industrialisierung habe sich im Gegensatz dazu als überlegen erwiesen, doch wolle Japan Korea als Siedlungskolonie für das japanische Volk annektieren. In dieser Situation sollten die Eigenständigkeit der koreanischen Nationalität und die Bedeutung der koreanischen Kultur und Denkweise bewahrt und gestärkt werden.<sup>18</sup>

Der Koreakrieg von 1950 bis 1953, in dem die von China entsandte Freiwilligenarmee für den Norden einen Waffenstillstand erkämpfte, war nur ein Glied in einer Reihe von Kriegen und Aufständen. Südkorea beziehungsweise die Republik Korea entwickelte sich in der Folgezeit zu einem der wirtschaftlichen und industriellen Zentren der Welt, während das kommunistische Nordkorea beziehungsweise die Demokratische Volksrepublik Korea kaum in der Lage war, die eigene Bevölkerung zu versorgen. Nordkorea sieht sich seither von Feinden umzingelt und nimmt die Südkoreaner als Abweichler wahr, die vom US-amerikanischen und japanischen Kapitalismus und Konsumismus verseucht wurden.<sup>19</sup>

Das Verhältnis Nordkoreas zu China ist sowohl von der Geschichte der bilateralen Beziehungen beider Staaten als auch von Ereignissen im 20. Jahrhundert beeinflusst. Das Selbstverständnis Nordkoreas zielt auf die Schaffung einer „perfekten“ kommunistischen Gesellschaft. Demgegenüber wich China aus der Perspektive

Nordkoreas durch die Politik von Reform und Öffnung vom „wahren“ Weg ab. Die nordkoreanische Führung ist überzeugt davon, dass die politischen Überzeugungen in China nicht stark genug waren, um am Ziel der „idealen“ kommunistischen Gesellschaft festzuhalten.

Nichtsdestotrotz ist China Nordkorea in jeder Hinsicht überlegen. China liefert gegenwärtig 90 Prozent der Energieimporte Nordkoreas, 80 Prozent der Konsumgüterimporte und 45 Prozent der gesamten Lebensmittelversorgung. Die Abhängigkeit Nordkoreas von China sowohl in Fragen der nationalen Sicherheit als auch in wirtschaftlicher Hinsicht ist für Pjöngjang aber erniedrigend. Daher fügt Nordkorea chinesischen Delegationen regelmäßig größere oder kleinere Demütigungen zu: Obwohl China jedes Mal vor Konsequenzen für die bilateralen Beziehungen gewarnt hatte, falls Pjöngjang Atomtests durchführen sollte, hat Nordkorea bereits sechs solcher Tests abgehalten.<sup>20</sup> Ebenso hat Nordkorea dringende Empfehlungen einer Reihe chinesischer Delegationen, eine Reform der nordkoreanischen Wirtschaft einzuleiten, nicht umgesetzt und stattdessen in China ausgebildete Experten für Wirtschaftsfragen gefoltert und hingerichtet. Im Dezember 2013 hat Kim Jong Un seinen Onkel Jang Song Thaek, der den chinesischen Militärs nahestand, verhaften und hinrichten lassen.

Gleichzeitig nimmt die wirtschaftliche Bedeutung der südlichen Republik Korea für China kontinuierlich zu. China ist derzeit der größte Handelspartner Südkoreas. Zugleich ist Südkorea Chinas drittgrößter Handelspartner. Über Südkorea bezieht China viele wichtige Technologieimporte. In wirtschaftlicher und kultureller Hinsicht, ganz zu schweigen von der Popularität von Musik, Filmen und TV-Programmen aus Südkorea, sind die Beziehungen zwischen China und Südkorea um ein Vielfaches besser als jene zwischen China und Nordkorea.

Nordkorea stellt für China ein fast unlösbares Problem dar. Ein Zusammenbruch der Regierung von Kim Jong Un würde nicht nur Millionen von Flüchtlingen bedeuten, sondern letztendlich zur koreanischen Wiedervereinigung und zur Stationierung von US-Truppen an Chinas Grenzen führen. Zugleich ist China besorgt über die Unberechenbarkeit des nordkoreanischen Regimes und vor allem über seine kompromisslose

<sup>17</sup> Vgl. Mühlhahn (Anm. 2), S. 194f.

<sup>18</sup> Westad (Anm. 11), S. 147.

<sup>19</sup> Vgl. Jin Woong Kang, *Historical Changes in North Korean Nationalism*, in: *North Korean Review* 1/2007, S. 86–104.

<sup>20</sup> Vgl. Westad (Anm. 15), S. 144–149.

se atomare Aufrüstung. Auch die brüskierende Art und Weise, wie Nordkorea diplomatisch mit China umgeht, wird in China als kaum verhohlene Zurückweisung und als Ansehensverlust interpretiert.

Doch zugleich fühlt sich China hilflos und hat kaum Möglichkeiten einzugreifen. Die von der chinesischen Führung wiederholt geforderten Reformen in Nordkorea wurden nie ernsthaft umgesetzt. Die wirtschaftliche Situation hat sich kaum verbessert. Zugleich tut sich China wie auch alle anderen internationalen Beobachter sehr schwer, die Wahrscheinlichkeit und den Zeitpunkt eines Zusammenbruchs in Nordkorea vorherzusehen.

### HERAUSFORDERUNGEN FÜR CHINAS AUßENPOLITIK IN ASIEN

Der Umgang Chinas mit seinen Nachbarn in Asien zeigt, wie unsystematisch und fragmentiert Chinas Außenpolitik in der Gegenwart ist. Es fehlt an langfristigen politischen Planungen und übergreifenden Strategien. Es gibt einen erkennbaren Mangel an Koordination: In Bezug auf Korea hat man oft den Eindruck, dass kaum Austausch zwischen den für Nord- beziehungsweise Südkorea zuständigen Stellen stattfindet. Dasselbe gilt für Südostasien und Zentralasien. In erster Linie weist dieses Defizit auf fundamentale Probleme im politischen Prozess in China hin. Seit der Kulturrevolution wird innerhalb der chinesischen Führung kontinuierlich um Kompetenzen und Ausrichtungen gerungen. Dies führt zu überlappenden Zuständigkeiten und diffusen Entscheidungsfindungsprozessen. Während alle Bereiche der chinesischen Politik unter diesen Problemen leiden, ist dieses Defizit in der Außenpolitik besonders sichtbar.

Dabei ist festzustellen, dass es für China zunehmend schwieriger wird, seinen Willen anderen in der Region aufzuzwingen. Das steht im Widerspruch zu den Annahmen vieler westlicher Beobachter und Politiker, die vor Chinas unaufhaltsamem Aufstieg zur globalen Supermacht warnen und ein stärkeres westliches Einschreiten in der Region fordern. Chinas Macht hat zugenommen, aber das trifft von Zentralasien bis hin zu Südostasien auch auf die asiatischen Nachbarn zu. Der chinesische Nationalismus ist ebenfalls gewachsen, aber eine ähnliche Entwicklung ist auch bei den anderen asiatischen Staaten festzustellen.

Die Geschichte prägt die Beziehungen Chinas in Asien, auch wenn das nicht immer leicht zu erkennen ist. Chinas traditionelle, oft eher symbolische Vormachtstellung hat Verbindungen und ein gemeinsames kulturelles Erbe geschaffen. Zugleich aber ist dieses Erbe eine Belastung, das in Geschichte und Gegenwart auch Ressentiments und Misstrauen erzeugt. Chinas Dominanz in der Region wurde seit jeher durch seine internen Schwierigkeiten sowie durch das Misstrauen gegenüber zu enger Zusammenarbeit eingeschränkt.

Die vermutlich wichtigste Neuerung in Chinas Verhältnis zur Region in den vergangenen 40 Jahren ist aber die regionale Vernetzung. Es hat sich eine engmaschige und erfolgreiche wirtschaftliche Integration herausgebildet. Das schließt Konflikte nicht aus, aber eröffnet zahllose Möglichkeiten für Zusammenarbeit. Ostasien ist seit dem Ende des Kalten Krieges zwar krisenanfälliger geworden, allerdings verblasen die gegenwärtigen Konflikte im Vergleich zu den Kriegen, die im 20. Jahrhundert für die Region Leid, Armut und Zerstörung brachten.

#### KLAUS MÜHLHAHN

ist Professor für Moderne China-Studien sowie Präsident und Geschäftsführer der Zeppelin Universität in Friedrichshafen. 2021 erschien sein Buch „Geschichte des modernen China. Von der Qing-Dynastie bis zur Gegenwart“.  
praesident@zu.de

# Zum Weiterlesen.



2018  
Bestell-Nr. 4337



2020  
Bestell-Nr. 72008



China ist nicht nur wegen der derzeit grassierenden Corona-Pandemie im Brennpunkt des öffentlichen Interesses. Fragen wie, welche Rolle das bevölkerungsreichste Land der Erde zukünftig spielen und welchen Einfluss es auf Europa, auf Deutschland, haben wird, sind drängender denn je. Denn mit dem Aufstieg Chinas zur Wirtschaftsmacht verändern sich nicht nur globale Verflechtungen in Politik und Wirtschaft, sondern auch Werte und Normen.

Das öffentliche Meinungsbild zu China ist in vielen Fällen gespalten, teils fehlt es auch an Informationen. Manche sehen im Erfolg Chinas die Chance auf eine multipolare und gerechtere Weltordnung. Andere befürchten, dass mit China ein undemokratischer, nicht-liberaler Staat den Aufstieg schafft und damit Werte wie Menschenrechte und Demokratie untergräbt. Nicht zuletzt haben Schlagworte wie digitale Überwachung (Social Credit System) oder die Umzweigungslager für Uiguren und Uiguren den Anstoß für tiefgreifende Debatten über digitale Selbstbestimmung und Minderheitenrechte gegeben. Grund genug, sich also intensiver mit China zu befassen.

Das vorliegende Dossier wird 2020/2021 aktualisiert und erweitert.

## Warum ist China wichtig?



Thomas Heberer

### Rolle und Verständnis des chinesischen Staates

Thomas Heberer, Universität Duisburg-Essen, gibt in seinem Kommentar einen Einblick in die chinesische Staatslogik. Er spricht sich für ein besseres Verständnis und den gemeinsamen Dialog aus, denn nur mit China seien globale Probleme wie etwa der Klimawandel lösbar.

[Mehr lesen](#)



Eberhard Sandschneider

### Chinas Außenpolitik – wie umgehen mit dem selbstbewussten Riesen?

Wie umgehen mit Chinas gewachsener Bedeutung auf globaler Ebene? Eberhard Sandschneider, Freie Universität Berlin, rät zu Pragmatismus. In seinem Kommentar legt er auch dar, was Entscheidungsträger/-innen oft daran hindert, China multidimensional und ganz ohne Angst zu sehen.

[Mehr lesen](#)

[bpb.de/China](http://bpb.de/China)



# „VON DER VERLOBUNG ZUR RIVALITÄT“

## China und seine benachbarten Großmächte

*Xuewu Gu*

Streng genommen hat China nur zwei benachbarte Großmächte: Russland und Indien. Die anderen zwölf Nachbarländer, die mit der Volksrepublik ihre Ländergrenzen teilen, gelten entweder als mittlere Mächte oder Kleinstaaten. Allerdings sind Ländergrenzen nicht der einzige Faktor, der Nachbarschaftscharakter definiert. Die USA und Japan liegen als pazifische Großmächte unmittelbar vor der Haustür Chinas. Diese maritime Nachbarschaft bedingt intensive Beziehungen, bei denen im Ringen um weltpolitischen Einfluss Seemachtkapazitäten und Meeresressourcen besonders im Vordergrund stehen.

Von seinen vier benachbarten Großmächten pflegt China nur mit der Russischen Föderation eine umfassende strategische Partnerschaft, die sich seit der russischen Invasion in die Ukraine sogar intensiviert hat.<sup>01</sup> Seine Beziehungen zu den Vereinigten Staaten, Japan und Indien, um die es im Folgenden gehen soll, sind hingegen eher durch Rivalität und Spannungen gekennzeichnet als durch Partnerschaft oder Kooperation. Jüngste Tendenzen zeigen, dass Washington, Tokio und Neu-Delhi zunehmend an der Bildung einer strategischen Allianz interessiert sind, um die wahrgenommenen Bedrohungen aus China auszugleichen.<sup>02</sup> Tatsächlich befindet sich das „Reich der Mitte“ gegenüber seinen benachbarten Großmächten in einer prekären Lage, die jedoch jeweils spezifische Dimensionen und Ausprägungen aufweist.

### CHINAS AUFSTIEG UND AMERIKAS ABRUCH DER ANBINDUNGSPOLITIK

2012 kündigte die US-Regierung unter Präsident Barack Obama eine „Umstrukturierungsstrategie“ (*rebalancing*) im Rahmen der zuvor erklärten „Hinwendung nach Asien“ an. Die US-Wahrnehmung des Aufstiegs Chinas als zunehmende Bedrohung für die eigene Position in Südostasien und darüber hinaus sowie Washingtons Ent-

schlossenheit, darauf zu reagieren, gehen also nicht auf US-Präsident Donald Trump zurück, sondern setzten bereits mit seinem Vorgänger ein. Der damalige US-Verteidigungsminister Leon Panetta sprach schon auf einer Sicherheitskonferenz in Singapur im Juni 2012 von einer Umstrukturierung der Kapazitäten der US-amerikanischen Seestreitkräfte vom Verhältnis von 50:50 in ihrer Verteilung zwischen Pazifik und Atlantik auf 60:40.<sup>03</sup>

Die von Obama vorangetriebene Ostasienstrategie war für die Chinesen ein Weckruf. In der chinesischen Öffentlichkeit wurden die Forderungen nach einer Aufgabe der früh von Staatsführer Deng Xiaoping formulierten Politik eines „low profile“ (*tao guang yang hui*) immer lauter. Diese im Kern durch Passivität gekennzeichnete Strategie, die die chinesische Außen- und Sicherheitspolitik 30 Jahre lang zur Ausübung von Zurückhaltung und Umsicht verpflichtete, verlor immer mehr an Unterstützung, insbesondere unter jüngeren Generälen und Intellektuellen, die die US-Militärpräsenz im Umfeld Chinas eher als Bedrohung denn als Chance wahrnehmen.<sup>04</sup>

2012 war für das sino-amerikanische Verhältnis insofern prägend, als die amerikanische Kurskorrektur gegenüber China und der Machtwechsel in Beijing fast gleichzeitig stattfanden: Durch Washingtons „Hinwendung nach Asien“ zeichnete sich eine neue Eindämmungspolitik gegenüber China ab, und durch die Machtübernahme von Xi Jinping als Parteichef der Kommunistischen Partei Chinas endete die chinesische Strategie des „low profile“ in der internationalen Politik. Dadurch erhielt die chinesisch-amerikanische Rivalität einen gewaltigen Anstoß. Der Wettbewerb zwischen den beiden größten Volkswirtschaften entwickelt seither das Potenzial, die Welt des 21. Jahrhunderts in einen neuen Kalten Krieg zu versetzen.

Eine der zentralen Fragen im Zusammenhang mit dem Aufstieg Chinas ist, ob die Volksrepublik durch ihren Machtzuwachs zu einer verant-

wortungsvollen Hegemonialmacht in Ostasien wird, die nicht nur über ausreichende Ressourcen verfügt, sondern auch bereit ist, für Stabilität in der Region zu sorgen. Washington bleibt bei seiner diesbezüglichen Prognose äußerst skeptisch. Dieser Fall würde für die USA bedeuten, die Funktion der Ordnungsmacht, die sie seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges in der Region Asien-Pazifik ausüben, mit der Volksrepublik China teilen, wenn nicht gar gänzlich an sie abgeben zu müssen. Washington hat mit der Politik der „Hinwendung nach Asien“ jedoch deutlich gezeigt, dass es nicht geneigt ist, die Vormachtstellung Beijing zu überlassen. Auch wenn sich beide Seiten intensiv bemühten, ein umfassendes Verständnis über ihr künftiges Verhältnis zu erreichen, verschlechterten sich die bilateralen Beziehungen in den letzten Monaten der Regierung Obama zunehmend.

Die Wahl von Donald Trump zum 45. Präsidenten der Vereinigten Staaten begrub die Idee eines möglichen sino-amerikanischen Kondominiums über dem Westpazifik. Die Regierung Trump beschleunigte nicht nur den Beendigungsprozess der Engagement-Politik gegenüber China, sondern brauchte auch nur wenige Monate, um das gesamte Fundament der US-Politik gegenüber China zu ändern, die bisher von allen US-Regierungen verfolgt worden war, seit Präsident Jimmy Carter 1979 diplomatische Beziehungen zu Beijing aufgenommen hatte.

Wie der Politikwissenschaftler Peter Mattis es darlegt, gingen die Vereinigten Staaten „von der Verlobung zur Rivalität“ mit China über. „Die im Dezember 2017 veröffentlichte Nationale Sicher-

heitsstrategie der USA markierte einen historischen Bruch in der US-Politik gegenüber China. (...) Das Weiße Haus hat die Politik früherer Regierungen ausdrücklich als gescheitert beurteilt und dem Engagement als primärem Modus der amerikanisch-chinesischen Beziehungen die Tür verschlossen.“<sup>05</sup>

Trump und seine Berater verschwendeten keine Zeit, um ihre Entschlossenheit zu zeigen, die USA auf einen selbstbewussteren, wenn nicht sogar auf einen konfrontativeren Kurs gegenüber Beijing umzustellen. Kevin Rudd, ehemaliger Premierminister von Australien, zählt maßgebliche Erklärungen und Richtlinien der Trump-Administration auf, die diese tiefgreifenden Veränderungen in der US-China-Politik unterstreichen: die Rede von US-Vizepräsident Mike Pence im Oktober 2018 im Hudson Institute, in der er China beschuldigte, „unfaire Handelspraktiken, Diebstahl geistigen Eigentums, zunehmende militärische Aggression und Einmischung in die Innenpolitik der Vereinigten Staaten“ auszuüben; die U.S. National Security Strategy vom Dezember 2017; die neue US-Verteidigungsstrategie vom Januar 2018; den Bericht des US-Verteidigungsministeriums vom September 2018 über die Zukunft der US-Rüstungsindustrie sowie den von Trump im Juni 2018 erklärten Handelskrieg gegen China.<sup>06</sup> Rudd, selbst ein ausgewiesener China-Experte und erfahrener Politiker, spürt einen starken Bruch in den sino-amerikanischen Beziehungen. „Diese Reihe von Verlautbarungen der Vereinigten Staaten hat offiziell das Ende einer 40-jährigen Periode des strategischen Engagements der USA mit China erklärt und ihre Ablösung durch eine neue Periode des strategischen Wettbewerbs.“<sup>07</sup>

Die Erwartung, US-Präsident Joe Biden könne mit der China-Politik seines Vorgängers brechen, hat sich als weitgehend unbegründet erwiesen. Im Gegensatz dazu haben er und seine Regierung die „Nullsummenpolitik der Konfrontation mit China“ der Trump-Administration fortgesetzt, wie der US-amerikanische

**01** Vgl. Jeff Pao, *China-Russia Economic Ties Tighten in the Shadow of War*, 23. 2. 2023, [https://asiatimes.com/2023/02/china-russia-economic-ties-tighten-in-the-shadow-of-war/?mc\\_cid=89386c0633&mc\\_eid=04a1fdb5c1](https://asiatimes.com/2023/02/china-russia-economic-ties-tighten-in-the-shadow-of-war/?mc_cid=89386c0633&mc_eid=04a1fdb5c1). Siehe auch den Beitrag von Nele Noesselt in dieser Ausgabe (*Anm. d. Red.*).

**02** Vgl. Thomas Wilkins, *Middle Power Hedging in the Era of Security/Economic Disconnect: Australia, Japan and the „Special Strategic Partnership“*, in: *International Relations of the Asia-Pacific* 1/2023, S. 93–127; Rajeswari Pillai Rajagopalan, *India's Place in the New US Indo-Pacific Strategy*, 22. 2. 2022, <https://thediplomat.com/2022/02/indias-place-in-the-new-us-indo-pacific-strategy>.

**03** Vgl. Bonnie Glaser/Brittany Billingsley, *US-China Relations: Creating a New Type of Major Power Relations*, in: *Comparative Connections* 2/2012, S. 25–38.

**04** Vgl. Luo Yuan, *Eine klare Allianzpolitik gegenüber Russland und Südkorea wäre die beste Strategie gegen die USA und Japan* [Chinesisch], 2013, <http://mil.huanqiu.com/paper/2013-02/3615208.html>.

**05** Peter Mattis, *From Engagement to Rivalry: Tools to Compete with China*, in: *Texas National Security Review* 4/2018, S. 81–94, hier S. 81 ff., eigene Übersetzung.

**06** Kevin Rudd, *How to Avoid an Avoidable War. Ten Questions About the New U.S. China Strategy*, 22. 10. 2022, [www.foreignaffairs.com/articles/china/2018-10-22/how-avoid-avoidable-war](http://www.foreignaffairs.com/articles/china/2018-10-22/how-avoid-avoidable-war).

**07** Ebd.

Diplomat und Asien-Analyst Jeffrey A. Bader beobachtet. Diese Politik umfasst ihm zufolge sowohl die „Darstellung [Chinas] als eine Nation von intellektuellen Dieben und wirtschaftlichen Raubtieren, die in der Welt durch Verrat und Betrug vorangekommen sind“, als auch die Forderung nach einem Regimewechsel in China sowie die Verleumdung des Engagements mit China seit der Amtszeit Richard Nixons als US-Präsident als „Beschwichtigung“. Konsequenzen dieser Politik seien die „Einstellung von Austauschprogrammen“, die Förderung der „Entkoppelung“ und die Fortsetzung des „Handelskrieges“ mit China. „Die Biden-Administration hat diese politischen Ansätze von Trump im Allgemeinen intakt gehalten, wenn auch mit weniger auführerischer Sprache. Sie hat die Position der Trump-Administration wiederholt, indem sie die Ära des Engagements für beendet erklärt hat.“<sup>08</sup>

Die Biden-Administration gibt durchaus zu verstehen, dass sie den Herausforderer China effektiver bekämpfen könne als die Vorgängerregierung. Angesichts dieser Entwicklungen fühlt sich Beijing in seiner Besorgnis über eine neue Welle der US-Eindämmung bestätigt. Seiner Ansicht nach ist es Washingtons Absicht, China durch die Schaffung zweier neuer Netzwerke einzukreisen: dem trilateralen Sicherheitspakt zwischen Australien, dem Vereinigten Königreich und den Vereinigten Staaten (AUKUS) und dem Quadrilateral Security Dialogue der Vereinigten Staaten, Australiens, Indiens und Japans (Quad).<sup>09</sup> Chinas Reaktion ist eine energische Verstärkung der Kooperation mit Russland, die ihre „umfassende strategische Partnerschaft“ auf eine neue Stufe hebt.<sup>10</sup>

**08** Jeffrey A. Bader, Biden's China Policy Needs to Be More Than Just Trump Lite, 25. 1. 2021, [www.brookings.edu/blog/order-from-chaos/2022/01/25/bidens-china-policy-needs-to-be-more-than-just-trump-lite](http://www.brookings.edu/blog/order-from-chaos/2022/01/25/bidens-china-policy-needs-to-be-more-than-just-trump-lite), eigene Übersetzung.

**09** Vgl. Shazia Anwer Cheema, AUKUS: Analysis of Its Claimed Objectives in Asia-Pacific, in: CISS Insight. Journal of Strategic Studies 2/2021, S. 86–101; Audry Anjani Danindra Novita, AUKUS Alliance: United States Strategic Interest in Indo-Pacific, in: Jurnal Diplomasi Pertahanan 1/2022, S. 1–14.

**10** In der Gemeinsamen Erklärung zwischen der Volksrepublik China und der Russischen Föderation zur Vertiefung der umfassenden strategischen Partnerschaft, die von Präsident Xi Jinping und Präsident Wladimir Putin am 21. März 2023 in Moskau unterzeichnet wurde, sprechen beide Seiten davon, dass „Russland ein stabiles und boomendes China und China ein starkes und erfolgreiches Russland braucht“.

## TECHNOLOGIE ALS SCHAUPLATZ DER RIVALITÄT

Nirgendwo ist der technologische Wettbewerb zwischen Amerika und China intensiver und offensichtlicher als im Bereich der 5G-Technologie. Während sich der Machtwettbewerb zwischen den beiden Staaten verschärft, ist die Mobilfunkindustrie in die 5G-Ära aufgebrochen, die sich durch ultraschnelle Kommunikation mit geringer Latenz und hohem Datenaustauschvolumen auszeichnet. Wie Brett Simpson, Mitbegründer von Arete Research, einem internationalen Forschungsberatungsunternehmen mit Sitz in London, betonte, „werden wir mit 5G eine Netzwerkinfrastruktur haben, die Mainstream-KI und vernetzte Maschinen ermöglicht (...) in einem Ausmaß, das wir noch nie zuvor gesehen haben“.<sup>11</sup>

Gerade in der Nullsummenmentalität der Trump-Administration wurde 5G zu einem großen Konkurrenzfeld zwischen den USA und China. Tatsächlich weist das amerikanisch-chinesische Wettrennen im Bereich 5G bemerkenswerte Parallelen zum Kampf der Vereinigten Staaten im Kalten Krieg mit der Sowjetunion auf, bis hin zur angeblichen Raketenlücke (*missile gap*). Während Beobachter den Rückstand der US-amerikanischen 5G-Technologie gegenüber China und anderen großen Wettbewerbern betonten, bemühten sich die politischen Entscheidungsträger in Washington, das Thema entsprechend aktiv zu gestalten.<sup>12</sup> Der demokratische Senator für den US-Bundesstaat Colorado, Michael Bennet, erklärte beispielweise am 14. Januar 2019: „Wenn wir nicht aufpassen – wenn wir nicht aufpassen – werden sie [die Chinesen] 5G viel schneller einsetzen als wir. Das ist das, was der Rest der Welt gerade tut, während wir uns abschalten.“<sup>13</sup>

**11** Zit. nach Mercy A. Kuo, The Quest for 5G Technology Dominance: Impact on US National Security, 15. 1. 2019, <https://thediplomat.com/2019/01/the-quest-for-5g-technology-dominance-impact-on-us-national-security>.

**12** Vgl. Graham Allison/Eric Schmidt, China's 5G Soars Over America's, 16. 2. 2022, [www.wsj.com/articles/chinas-5g-america-streaming-speed-midband-investment-innovation-competition-act-semiconductor-biotech-ai-11645046867](http://www.wsj.com/articles/chinas-5g-america-streaming-speed-midband-investment-innovation-competition-act-semiconductor-biotech-ai-11645046867); David E. Sanger et al., In 5G Race with China, US Pushes Allies to Fight Huawei, 26. 1. 2019, [www.nytimes.com/2019/01/26/us/politics/huawei-china-us-5g-technology.html](http://www.nytimes.com/2019/01/26/us/politics/huawei-china-us-5g-technology.html); Jansen Tham, Why 5G Is the Next Front of US-China Competition, 13. 12. 2018, <https://thediplomat.com/2018/12/why-5g-is-the-next-front-of-us-china-competition>.

**13** Zit. nach United States Congress, Congressional Record – Senate. Government Funding, 14. 1. 2019, S. 183, [www.congress.gov/116/crec/2019/01/14/CREC-2019-01-14-pt1-PgS182-7.pdf](http://www.congress.gov/116/crec/2019/01/14/CREC-2019-01-14-pt1-PgS182-7.pdf).

Nicht ohne Grund ist 5G seither zu einem wiederkehrenden Thema im US-Kongress geworden, der inzwischen unter anderem eine Reihe von Gesetzen zum Verbot des chinesischen Telekommunikationskonzerns Huawei in den Vereinigten Staaten verabschiedet hat.<sup>14</sup>

Die Gleichzeitigkeit des sino-amerikanischen Machtwettbewerbs und des globalen Wettlaufs um 5G erschwert das Geschäft für Unternehmen der Mobilfunk- und Kommunikationsbranche. Tatsächlich kann sich kein Akteur, sei es eine Einzelperson, ein Unternehmen oder eine Regierung, dem geopolitischen Druck des Machtwettbewerbs zwischen China und den USA entziehen, wenn er als potenzieller Faktor identifiziert wird, der das Ergebnis des Machtkampfs beeinflussen kann. Der globale 5G-Ausbau, der das Machtgleichgewicht zwischen Beijing und Washington erheblich beeinträchtigen könnte, stockt vor dem Hintergrund der geopolitischen Rivalität zwischen den beiden benachbarten Großmächten.

Huawei, das High-Tech-Unternehmen aus Shenzhen, wird von Amerikanern als Chinas 5G-Flaggschiff wahrgenommen, das das Potenzial hat, die USA im Wettrennen um 5G in eine unvorteilhafte Situation zu bringen. Brett Simpson erklärte vor einigen Jahren die Sorge der USA vor einer weltweiten Führungsposition Chinas bei 5G damit, dass „dies möglicherweise eine Reihe neuer Technologie-Umwälzungen (Künstliche Intelligenz, Internet der Dinge usw.) hervorrufen könnte, die aber nicht mehr von den Giganten des Silicon Valley definiert werden, sondern von chinesischen Unternehmen wie Huawei, die die Kosten senken und dieses Know-how ins Ausland exportieren können.“<sup>15</sup>

Basierend auf dem Argument der nationalen Sicherheit startete die Trump-Administration mehrere Kampagnen in Europa, um europäische Länder daran zu hindern, Huawei-Geräte für den Aufbau ihrer 5G-Netze zu verwenden. Diese Bemühungen waren außer in Großbritannien und Schweden nur wenig erfolgreich. Die europäischen Verbündeten konnten offenbar nicht davon

überzeugt werden, dass Huawei eine unkontrollierbare Sicherheitsbedrohung darstellt. Obwohl die Biden-Administration von Bedrohungsszenarien auf die Überredung der amerikanischen Verbündeten geschwenkt hat, Huawei aus ihren 5G-Netzwerkinfrastrukturen zu verbannen, war sie weniger erfolgreich darin, ernsthafte Unterstützung zu gewinnen, als ihre Vorgänger.<sup>16</sup> Ob und inwieweit sich die USA mit ihrer Strategie durchsetzen werden, Huawei vollständig aus den weltweiten 5G-Netzen zu verbannen, bleibt abzuwarten. Klar ist, dass die Globalität der 5G-Technologie durch den geopolitischen Machtwettbewerb zwischen den beiden Großmächten bereits erheblich beschädigt wurde. Tatsächlich ist die 5G-Technologie heute so etwas wie ein Lackmuestest für den Standpunkt und die Zuverlässigkeit verschiedener Länder gegenüber China und den Vereinigten Staaten.<sup>17</sup> Die 5G-Technologie ist zu einer Frage der Treue geworden, die weit über den unmittelbaren Konflikt hinausgeht. Wie das New Yorker Beratungsunternehmen Eurasia Group feststellte: „Ein zweigeteiltes 5G-Ökosystem würde Drittländer – und insbesondere Entwicklungsmärkte – dazu zwingen, einige schwierige Entscheidungen zu treffen. Viele kostensensiblere Länder werden sich vermutlich für chinesische Geräte entscheiden. Während sie wahrscheinlich von den USA und ihren Verbündeten unter Druck gesetzt werden,

**14** Vgl. Jill C. Gallagher/Michael E. DeVine, *Fifth-Generation (5G) Telecommunications Technologies: Issues for Congress*, Congressional Research Service R45485, 30. 1. 2019, S. 30ff.; Arjun Kharpal, „Pathetic“ Performance Has Left U.S. „Well Behind“ China in 5G Race, Ex-Google CEO Eric Schmidt Says, 17. 2. 2022, [www.cnbc.com/2022/02/17/us-well-behind-china-in-5g-race-ex-google-ceo-eric-schmidt-says.html](http://www.cnbc.com/2022/02/17/us-well-behind-china-in-5g-race-ex-google-ceo-eric-schmidt-says.html).

**15** Zit. nach Kuo (Anm. 11).

**16** Beispielsweise setzt die Deutsche Bahn bei ihrer Digitalinfrastruktur auf Bauteile von Huawei. Vgl. Bahn setzt bei Digitalisierung trotz Bedenken auf Huawei, 10. 3. 2023, [www.handelsblatt.com/29030378.html](http://www.handelsblatt.com/29030378.html). Dies gilt auch für die führenden Betreiber der Telekommunikationsnetze in Europa. Einer Studie zufolge setzt Deutschland bei 59 Prozent seiner 5G-Netze auf chinesische Technologie. Auch in den Schlüsselmärkten Italien und den Niederlanden werden mehr als die Hälfte der 5G-Netze mit chinesischer Technologie betrieben. Vgl. Laurens Cerulus, Germany Is (Still) a Huawei Hotspot in Europe, 14. 12. 2022, [www.politico.eu/article/germany-is-still-a-huawei-hotspot-in-europe-5g-telecoms-network](http://www.politico.eu/article/germany-is-still-a-huawei-hotspot-in-europe-5g-telecoms-network).

**17** Vgl. Tham (Anm. 12). Inzwischen wollen die USA Huawei offenbar nicht mehr aus den globalen 5G-Telekommunikationsnetzwerken verdrängen. Stattdessen wollen sie mit der Europäischen Union versuchen, die technologische Transformation von 5G auf 6G bis 2030 durch frühzeitige Bestimmung von internationalen Standards zu beeinflussen, um die Kontrolle über die Zukunft der Telekommunikationstechnologie zurückzugewinnen. Vgl. hierzu Joint Statement EU-US Trade and Technology Council, 31. 5. 2023, [https://ec.europa.eu/commission/press-corner/detail/en/statement\\_23\\_2992](https://ec.europa.eu/commission/press-corner/detail/en/statement_23_2992), insbesondere Teil II, D; Trade and Technology Council, 6G Outlook, 31. 5. 2023, <https://digital-strategy.ec.europa.eu/en/library/6g-outlook>.

die Abhängigkeit von China für 5G im Laufe der Zeit zu vermeiden, wird Chinas kostengünstigeres und gleich- oder leistungsstärkeres Angebot wohl weiterhin ernsthaft attraktiv bleiben, insbesondere wenn es mit anderen Verlockungen wie der neuen ‚Seidenstraße-Initiative‘ angeboten wird.“<sup>18</sup>

Sollte diese Prognose tatsächlich eintreten, würde dies das Ende der Globalität von 5G bedeuten, mit dem enormen Risiko, auf andere globalisierte Technologien, Standards und Regeln überzugreifen. Gegen politischen Druck aus Beijing und Washington müssten letztlich Drittstaaten Flagge zeigen – in Asien wie auch in Europa.<sup>19</sup> Dabei könnte der Faktor Technologie in Verbindung mit dem Faktor Geopolitik zur größten Gefahr für die Globalisierung werden.

### JAPAN UND INDIEN: IM SCHATTEN DER MACHTVERSCHIEBUNGEN

Japan und Indien scheinen sich mit den Machtverschiebungen abgefunden zu haben, wollen aber dennoch Wege finden, um die daraus entstandenen Konsequenzen für den eigenen Wohlstand und die eigene Sicherheit unter Kontrolle zu bringen. Dabei verhält sich der östliche Nachbar Japan deutlich flexibler und souveräner als der westliche Nachbar Indien.

Auch nachdem China 2010 Japan als zweitgrößte Volkswirtschaft der Welt verdrängt hat, bleiben trotz historischer Feindseligkeit und territorialer Streitigkeiten die Handelsbeziehungen zwischen den beiden ostasiatischen Rivalen stabil. In den 2010er Jahren wurde Japan zum viertgrößten Handelspartner Chinas unmittelbar hinter den ASEAN-Ländern, der Europäischen Union und den Vereinigten Staaten. Diese Position verlor es 2022 allerdings mit geringem Abstand an Südkorea. Mit einem Handelsvolumen von 357,4 Milliarden US-Dollar gegenüber China lag Japan 2022 um 4,8 Milliarden US-Dollar hinter Südkorea.<sup>20</sup>

<sup>18</sup> Eurasia Group, Eurasia Group White Paper: The Geopolitics of 5G, 15.11.2018, S. 18, [www.eurasiagroup.net/siteFiles/Media/files/1811-14%205G%20special%20report%20public\(1\).pdf](http://www.eurasiagroup.net/siteFiles/Media/files/1811-14%205G%20special%20report%20public(1).pdf), eigene Übersetzung.

<sup>19</sup> Vgl. Sanger et al. (Anm. 12); Tham (Anm. 12).

<sup>20</sup> Vgl. Außenhandelsdaten des Statistischen Amtes der Volksrepublik China, 30.1.2023, [www.yicai.com/news/101660194.html](http://www.yicai.com/news/101660194.html).

Die Verunsicherung durch den Aufstieg Chinas versucht Japan durch den Ausbau der Militärkooperation mit den USA zu kompensieren. Tokio zeigt sich entschlossen, seine Militärdoktrin von „exklusiver Verteidigung“ auf „optimale Abschreckung“ umzustellen, also von ausschließlicher territorialer Verteidigung auf den Aufbau von maximalen Kapazitäten, die benötigt werden, um einen potenziellen Aggressor in der Region von einem Angriffskrieg abzuhalten. In der Konsequenz definiert Japan nun einen möglichen Zusammenprall zwischen China und den USA in der Taiwanstraße als eine „existenzielle Krise“ für sich selbst und betrachtet es dementsprechend als seine Pflicht, im Krisenfall den USA militärisch beizustehen.<sup>21</sup>

Indien hingegen ringt um eine richtige Balance zwischen der Eindämmung der wahrgenommenen Bedrohung durch das immer mächtigere China und der Bewahrung seiner traditionellen Blockfreiheit. Der nationale Stolz und die über Generationen kultivierte Treue zum Prinzip der politischen Unabhängigkeit hindern die Regierung in Neu-Delhi, eine effektive Militärallianz gegen China zu bilden. Auch sind die potenziellen politischen Kosten für einen Bruch mit China, der zu einem möglichen Austritt Indiens aus der BRICS-Gruppe und aus der Shanghai Cooperation Organisation führen könnte, zu groß, ebenso wie die Gefahr eines möglichen Abrutschens in eine unwürdige Juniorpartnerschaft mit den USA. Zusätzlich kränkt und deprimiert Beijings mangelnde Kompromissbereitschaft im indisch-chinesischen Grenzkonflikt entlang des Himalaya-Gebirges, die indischen Herrschaftseliten zutiefst. Es bleibt ihnen nichts anderes übrig, als Indiens strategische und militärische Kooperation mit seinen indopazifischen Nachbarn im Rahmen des neu ins Leben gerufenen Forums Quad zu vertiefen, ohne jedoch offen zuzugeben, gegen China gerichtet zu sein.<sup>22</sup>

Es wäre allerdings ein Trugschluss, wenn Chinas Beziehungen zu Japan und Indien nur als ein

<sup>21</sup> Vgl. Madoka Fukuda, Japan in Delicate Deterrence Dilemma Over China, 31.3.2023, [https://asiatimes.com/2023/03/japan-in-delicate-deterrence-dilemma-with-china/?mc\\_cid=9281b6c3f4&mc\\_eid=04a1fdb5c1](https://asiatimes.com/2023/03/japan-in-delicate-deterrence-dilemma-with-china/?mc_cid=9281b6c3f4&mc_eid=04a1fdb5c1).

<sup>22</sup> Vgl. Jagannath P. Panda, India's Indo-Pacific Prism. Finding Strategic Autonomy in the Face of Chinese Adventurism, in: Brendon J. Cannon/Kei Hakata (Hrsg.), *Indo-Pacific Strategies. Navigating Geopolitics at the Dawn of a New Age*, London–New York 2021, S. 62–80.



Nebenschauplatz der Beziehungen zu den USA betrachtet würden. Möglicherweise besteht hier ein blinder Fleck im strategischen Denken der chinesischen Führung. Beijing hat das große Potenzial übersehen, durch proaktive Versöhnungspolitik gegenüber Tokio und Neu-Delhi den perzipierten Sicherheitsdruck abzubauen. Die gegenwärtige Führung in Beijing scheint eine der wichtigsten Strategien der traditionellen Diplomatie Chinas verlernt zu haben, nämlich das Strategem *jinjiao yuangong*, also die Vorgehensweise, das Naheliegende zu befrieden, um das Entfernte unter Druck zu setzen. Beijings langjährige Nachbarpolitik ist aber gerade das Gegenteil dieser Weisheit: die Nachbarn verunsichern, um die Rivalen in weiterer Entfernung zur Einmischung einzuladen.

Sicherlich erfordert diese Strategie neue Ideen von der chinesischen Führung, und sie käme zum Preis von Geld und Territorium. Die heftigen territorialen und maritimen Streitigkeiten zwischen China und seinen Nachbarländern haben das Land in eine beispiellose Isolation von allen benachbarten Großmächten mit Ausnahme Russlands geführt. Diese würde weiter bestehen, wenn die Konflikte nicht gelöst werden sollten. Daher bleibt Beijing nichts anderes übrig, als strategisch umzudenken. Neue Denkweisen, Strategien und Strukturen sind für seine Politik gegenüber Japan und Indien gefragt. Möglicherweise braucht China noch 30 Jahre der friedlichen Entwicklung, um seine Mission der nationalen Einheit, der sozialen Harmonie, der Ruhe an den Grenzen, der territorialen Integrität, des Wohlstands der Menschen und des kulturellen Wohlstands zu erfüllen. Dabei erscheint ein spannungsfreies Zusammenleben mit seinen Nachbarn im Osten wie im Westen unverzichtbar, unabhängig davon wie die USA sich verhalten. Dafür muss Beijing die funktionalistische Abhängigkeit seiner Japan- und Indienpolitik von seinen Beziehungen zu den USA lösen. Dass sich daraus möglicherweise eine neue Dynamik in den sino-amerikanischen Beziehungen entfalten könnte, bleibt nicht ausgeschlossen.

#### FAZIT

Gegenwärtig gibt es kaum seriöse Beobachter, die daran zweifeln, dass die Volksrepublik China zu einer Großmacht aufgestiegen ist. Politische Fragen mit globaler Dimension lassen sich heu-

te kaum ohne Chinas Beteiligung oder gegen seinen Willen vernünftig lösen. Die Einigung über das Pariser Klimaabkommen 2015 zeigt exemplarisch, wie zügig ein Interessenkonflikt gelöst werden kann, wenn Beijing sich konstruktiv verhält. Auch Chinas zunehmender Einfluss auf Russland deutet darauf hin, dass das Land das Potenzial besitzt, den Verlauf des Krieges in der Ukraine substanzial zu beeinflussen.

Der Aufstieg Chinas und die damit einhergehende Veränderung im globalen Machtgefüge birgt vor allem enorme Herausforderungen für die USA, die offensichtlich noch nicht bereit sind, das „Reich der Mitte“ als eine neue, gleichberechtigte Supermacht zu akzeptieren. China seinerseits scheint auch nicht dazu bereit, sich den Führungsansprüchen der USA zu unterwerfen. Dafür ist die politische Agenda von Staatspräsident Xi Jinping, das Land wieder an die Spitze der Welt zu führen, zu ambitioniert und kompromisslos.

Allerdings scheint Beijing die Tatsache zu übersehen, dass alle seine benachbarten Großmächte kein Interesse an einem weiter erstarkenden China haben, insbesondere mit Blick auf Beijings Traum einer „Wiedervereinigung“ mit Taiwan. Noch bekennen sie sich verbal zum „Ein-China-Prinzip“. Wenn aber Beijing sich angesichts der zunehmenden Unterstützung der USA für Taiwan dazu veranlasst sehen sollte, auf seine favorisierte Strategie „Sieg ohne Krieg“ zu verzichten, könnte die Nachbarschaft zu den anderen Großmächten ins Chaos umschwenken. In diesem Sinne bleibt die Taiwanfrage eine tickende Zeitbombe. Ohne eine grundsätzliche Verständigung über die Machtverteilung in der Region Asien-Pazifik und darüber hinaus gibt es mit Blick auf Taiwan, aber auch für die benachbarten Großmächte, keine Perspektive für eine friedliche Zukunft.

#### XUEWU GU

ist Inhaber des Lehrstuhls für Internationale Beziehungen an der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn und Direktor des Center for Global Studies Bonn.  
xuewu.gu@uni-bonn.de

# ÜBER DAS SEERECHT ZUR SEEMACHT

## Chinas maritime Machtspiele und strategische Konflikte

*Edward Sing Yue Chan*

2012 verkündete die Volksrepublik China ihr Vorhaben, einen „maritimen Staat zu errichten“ (*jianshe haiyang qianguo*). Seitdem hat China mehrfach seine Absicht unter Beweis gestellt, zur maritimen Macht aufzusteigen. Dies zeigt sich etwa im Aufbau einer Marine „von Weltrang“,<sup>01</sup> am zunehmend selbstbewussten Auftreten im Südchinesischen Meer, am Einsatz paramilitärischer Kräfte zur Durchsetzung der von der Volksrepublik formulierten Ansprüche, in einem verstärkten Engagement im Südpazifik und den Polarregionen sowie am wachsenden chinesischen Einfluss in anderen Ländern durch Initiativen wie die Maritime Seidenstraße.

Chinas zunehmende maritime Präsenz stößt international auf Besorgnis. Trotz der Lage im indopazifischen Raum, einer seit jeher umkämpften Region mit regem Handel und Schiffsverkehr, gilt die Volksrepublik nicht als traditionelle Seemacht. Warum zeigt China ein verstärktes Interesse im maritimen Bereich und welche Strategie verfolgt es dabei? Warum werden Chinas maritime Ambitionen als so große Gefahr für die Stabilität im indopazifischen Raum wahrgenommen? In diesem Artikel soll ein Überblick über Chinas Aufstieg als maritime Macht gegeben werden.

### CHINAS SEEMACHTSAMBITIONEN

Historisch betrachtet war China in erster Linie eine Kontinentalmacht, deren maritime Interessen begrenzt waren. Trotz einer Küstenlinie von 18 400 Kilometern, eine der längsten Asiens, beschränkte sich das Kaiserreich China im Wesentlichen auf die Verteidigung dieser Küste; die Vorherrschaft auf dem Meer war nicht das Ziel.<sup>02</sup> Historische Ereignisse wie die großen Expeditionen des Admiral Zheng He im 15. Jahrhundert standen nicht für eine maritime Expansion, sondern dienten überwiegend dem Handel und der Erkundung, zudem wurde dabei selten auf Gewalt zurückgegriffen.<sup>03</sup>

Erst in den 1980er Jahren, als Liu Huaqing, der damalige Oberkommandant der chinesischen Marine, die Strategie der „aktiven küstennahen Verteidigung“ einführte, verlagerte China den Schwerpunkt seiner nationalen Verteidigungskapazitäten von den Landesgrenzen und der Küstenlinie hinaus aufs Meer.<sup>04</sup> Liu war der Ansicht, dass die Volksrepublik nach der Sicherung ihrer kontinentalen Grenzen und Küsten ihre Macht über die Seegrenzen hinaus ausdehnen sollte. Allerdings waren zu der Zeit Chinas territoriale Ansprüche auf Gebiete im Süd- und Ostchinesischen Meer noch nicht geklärt, im Vordergrund standen also zunächst wirtschaftlich und strategisch bedeutende, aber umstrittene Inselgruppen wie die Xisha/Paracel-Inseln, die Nansha/Spratly- und die Diaoyu/Senkaku-Inseln. „Die Kontrolle über die Inseln ist der Schlüssel für die Durchsetzung maritimer Rechte, die Sicherheit der Seeverkehrs- und Kommunikationswege und die Ausübung regionaler Macht durch die Marine“,<sup>05</sup> so der Politikwissenschaftler Maris Taylor Fravel. In der Tat sind Chinas territoriale, wirtschaftliche und geostrategische Ambitionen die wesentlichen Ursachen für die Spannungen im Indopazifik.

### Souveränitätsansprüche

Die Wahrung der territorialen Integrität und Souveränität ist seit Langem ein zentraler Aspekt der chinesischen Ideologie und Außenpolitik und wird als grundlegendes Element der nationalen Sicherheit betrachtet.<sup>06</sup> Im Kontext der maritimen Sicherheit wird häufig die Phrase *haishang quanli* angeführt, die sich als „Seemacht“ übersetzen lässt, jedoch zwei verschiedene Bedeutungen hat: zum einen „maritime Macht“, indem sie sich auf die Fähigkeit bezieht, die maritimen Rechte zu schützen, und zum anderen „Seerecht“, was für eine Ausdehnung der nationalen Souveränität im maritimen Bereich steht.<sup>07</sup>

In offiziellen wie akademischen Texten findet man häufig die Formulierung „Schutz der maritimen Rechte und Interessen“ (*weihu haiyang quanyi*). Mit dem Beitritt Chinas zum Seerechtsübereinkommen der Vereinten Nationen 1996 hat sich Chinas maritimer Raum durch die Definition der Ausschließlichen Wirtschaftszonen und Festlandsockel auf 3,6 Millionen Quadratkilometer erweitert. Zwei Drittel dieses maritimen Raums sind jedoch nach wie vor umstritten, weil benachbarte Staaten ebenfalls Ansprüche darauf erheben, etwa Japan auf die Diaoyu/Senkaku-Inseln im Ostchinesischen Meer oder die Philippinen, Vietnam, Brunei und Malaysia auf die Xisha/Paracel- und Nansha/Spratly-Inseln im Südchinesischen Meer.<sup>08</sup> Während sich die Volksrepublik bis in die 1980er Jahre bei den meisten Streitigkeiten um die Inselgruppen kompromissbereit zeigte,<sup>09</sup> hat sie in den vergangenen beiden Jahrzehnten ihre Hoheits- und Seerechte über diese umstrittenen Gebiete verstärkt geltend gemacht. Dabei beruft sie sich auf die Einhaltung des Völkerrechts, verweist aber auch auf „historische Rechte“ (*lishixing quanyi*) innerhalb der 2009 von Beijing vorgeschlagenen sogenannten Neun-Striche-Linie im Südchinesischen Meer. Diese Rechte sind jedoch nicht allgemein anerkannt, zudem hat die Regierung den Geltungsbereich noch nicht genau definiert.<sup>10</sup>

**01** Parteikomitee der Marine der Volksbefreiungsarmee, Bestreben, die Volksmarine zu einer Weltklasse-Marine auszubauen [Chinesisch], 31.5.2018, [www.qstheory.cn/dukan/qs/2018-05/31/c%5F1122897922.htm](http://www.qstheory.cn/dukan/qs/2018-05/31/c%5F1122897922.htm).

**02** Vgl. Edward Sing Yue Chan, *China's Maritime Security Strategy. The Evolution of a Growing Sea Power*, New York 2022.

**03** Vgl. Bruce Swanson, *Eighth Voyage of the Dragon: A History of China's Quest for Seapower*, Annapolis 1982, S. 38ff.

**04** Huaqing Liu, *Memoiren von Liu Huaqing* [Chinesisch], Beijing 2004, S. 432–439.

**05** Maris Taylor Fravel, *Strong Borders, Secure Nation. Cooperation and Conflict in China's Territorial Disputes*, Princeton–Oxford 2008, S. 267.

**06** Vgl. Andrew J. Nathan/Andrew Scobell, *China's Search for Security*, New York 2012, S. 50; Staatsrat der Volksrepublik China, *Chinas nationale Verteidigung 2010* [Chinesisch], Beijing 2011.

**07** Vgl. Wenmu Zhang, *Diskussion über Chinas Seemacht* [Chinesisch], Beijing 2014; Wei Zhang/Shazeda Ahmed, *A General Review of the History of China's Sea-Power Theory Development*, in: *Naval War College Review* 4/2015, S. 80–93.

**08** Vgl. Chan (Anm. 2), S. 70.

**09** Vgl. Fravel (Anm. 5), S. 268–276.

**10** Vgl. Ryan D. Martinson, *Echelon Defense: The Role of Sea Power in Chinese Maritime Dispute Strategy*, *China Maritime Studies Institute, Red Books* 15/2018; US Department of State/

Bei der Betrachtung von Chinas Souveränitätsansprüchen darf man Taiwan nicht außer Acht lassen. Die durch die 180 Kilometer breite Taiwanstraße vom Festland getrennte Insel wird von der Volksrepublik China als wesentlicher Bestandteil ihrer territorialen Integrität betrachtet. Entsprechend ist man in Beijing bestrebt, den Anspruch auf Taiwan mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln, einschließlich militärischer Maßnahmen, zu verteidigen. Aus Sicht der Kommunistischen Partei Chinas ist die Taiwanfrage nicht nur Teil der maritimen Strategie, sondern ein wesentlicher Aspekt der „Wiedervereinigung der großen chinesischen Nation“. In Anbetracht der strategischen und militärischen Bedeutung der Insel ist Taiwan jedoch auch „entscheidend für Chinas Bestreben, seine militärische Macht weiter nach außen zu projizieren“.<sup>11</sup>

Entsprechend haben die Spannungen zwischen China und Taiwan in den vergangenen Jahren zugenommen. Laut den Publizisten und Politikberatern Jude Blanchette und Ryan Hass hat sich die Wirkung der drei Faktoren, die China bislang von einer Besetzung Taiwans abgehalten haben, nach und nach verringert: die militärische Überlegenheit der USA gegenüber China, Chinas Fokussierung auf die eigene wirtschaftliche Entwicklung und die bewusst ambivalente Haltung der USA bezüglich Taiwans Autonomie.<sup>12</sup> Gleichzeitig wächst die Fähigkeit Chinas, einen Krieg gegen Taiwan zu führen. Nach dem Taiwanbesuch der damaligen Sprecherin des US-Repräsentantenhauses, Nancy Pelosi, im August 2022 und dem Treffen der taiwanesischen Präsidentin Tsai Ing-wen im April 2023 mit Kevin McCarthy, dem gegenwärtigen Sprecher des US-Repräsentantenhauses, demonstrierte die Volksbefreiungsarmee bei Manövern rund um Taiwan ihre verbesserten Fähigkeiten zur integrierten Kriegsführung, einschließlich des Einsatzes von Flugzeugträgern und Kampfdrohnen.<sup>13</sup> Simula-

Bureau of Oceans and International Environmental and Scientific Affairs, *People's Republic of China: Maritime Claims in the South China Sea, Limits in the Seas* 150/2022.

**11** Brendan Taylor, *How Asia Goes to War: The Four Flash Points*, Carlton 2018, S. 115.

**12** Vgl. Jude Blanchette/Ryan Hass, *The Taiwan Long Game. Why the Best Solution Is No Solution*, [www.foreignaffairs.com/china/taiwan-long-game-best-solution-jude-blanchette-ryan-hass](http://www.foreignaffairs.com/china/taiwan-long-game-best-solution-jude-blanchette-ryan-hass).

**13** Vgl. Bonny Lin et al., *Tracking the Fourth Taiwan Strait Crisis*, 16.5.2023, <https://chinapower.csis.org/tracking-the-fourth-taiwan-strait-crisis>.

tionen unter anderem der US-Luftwaffe und des Center for a New American Security bezüglich einer möglichen Militäroperation der Volksbefreiungsarmee gegen Taiwan ergaben, dass China aus einem Konflikt mit Taiwan vermutlich als Sieger hervorgehen würde.<sup>14</sup> Angesichts des wachsenden Selbstbewusstseins Chinas bei der Erklärung seiner Ansprüche auf Taiwan hat die geopolitische Instabilität in Ostasien deutlich zugenommen.

### Geoökonomische Ambitionen

Das chinesische Streben nach maritimer Macht geht über territoriale Interessen hinaus und umfasst auch geostrategische und wirtschaftliche Faktoren. Umgeben von vier Meeren – dem Bohai-See, dem Gelben Meer, dem Ostchinesischen und dem Südchinesischen Meer – hat China dennoch keinen direkten Zugang zum offenen Pazifik. Als wachsende Volkswirtschaft ist die Volksrepublik für ihr wirtschaftliches Wohlergehen jedoch in hohem Maße auf die Seeverkehrswege angewiesen. Der Anteil Chinas am Seehandel und Export wächst ebenso beständig wie sein Bedarf an Ressourcen und Rohstoffen. Nach Angaben des Center for Strategic and International Studies wurden 2016 über 64 Prozent des chinesischen Seehandels über das Südchinesische Meer abgewickelt, das entspricht einem Wert von rund 874 Milliarden US-Dollar.<sup>15</sup> Darüber hinaus werden etwa 83 Prozent der chinesischen Ölimporte auf dem Seeweg transportiert, 77 Prozent davon durch die Straße von Malakka zwischen der Malaiischen Halbinsel und der Insel Sumatra.<sup>16</sup>

Zusätzlich zu diesem regionalen Fokus zeigt China auch global eine verstärkte maritime Präsenz. Die chinesische Regierung unterstützt und fördert seit Langem einheimische Unternehmen,

damit diese in Infrastrukturprojekte im Ausland investieren. Im Rahmen der 1999 initiierten „Going Global“-Strategie und der Belt and Road Initiative von 2013 hat China Handelsbeziehungen zu über 600 internationalen Häfen aufgebaut, und chinesische Unternehmen besitzen einen oder mehrere Terminals in 96 Häfen.<sup>17</sup> Darüber hinaus ist China bestrebt, sich den Zugang zu maritimen Ressourcen wie Bodenschätzen oder Öl- und Gasvorkommen zu sichern. So verbessert es mithilfe der Entwicklung von Meerestechnologie und ihres Einsatzes in Wissenschaft und Forschung seine Kenntnisse über Ozeane und seine Fähigkeiten, maritime Ressourcen abzubauen. Gleichzeitig tragen Auslandsinvestitionen zum Ausbau der internationalen Handels- und Verkehrsnetze Chinas bei. Der Ausbau maritimer Macht besitzt für China also sowohl eine regionale als auch eine globale Dimension.

### MARITIME STRATEGIE

Bislang hat die Volksrepublik ihre maritime Strategie zwar noch nicht offiziell formuliert, allerdings hat die Regierung verschiedene Maßnahmen umgesetzt, um den maritimen Einfluss Chinas auszudehnen. Viele davon haben zu Konflikten geführt und stellen daher eine Bedrohung für die Nachbarstaaten und die internationale maritime Ordnung dar.

#### Ausbau der Hochseemarine

An erster Stelle steht der Ausbau der chinesischen Marine. Zu deren Doktrin zählt seit 2015 neben der küstennahen Verteidigung auch der Schutz auf hoher See. 2018 erklärte ein Befehlshaber der chinesischen Marine: „Eine moderne Marine ist ein wichtiges Symbol beim Aufbau eines Militärs von Weltrang. Sie dient der strategischen Unterstützung bei der Entwicklung zu einer starken Seemacht.“<sup>18</sup> Diese Verlagerung des strategischen Schwerpunktes hat dazu geführt, dass China auch seine Kapazitäten für Operationen auf hoher See und in größerer Entfernung ausbaut. In den vergangenen zwei Jahrzehnten hat die chinesische Marine beträchtliche Mittel

<sup>14</sup> Vgl. Stacie Pettyjohn/Becca Wasser/Chris Dougherty, *Dangerous Straits: Wargaming a Future Conflict Over Taiwan*, 15. 6. 2022, [www.cnas.org/publications/reports/dangerous-straits-wargaming-a-future-conflict-over-taiwan](http://www.cnas.org/publications/reports/dangerous-straits-wargaming-a-future-conflict-over-taiwan); Valerie Insinna, *A US Air Force War Game Shows What the Service Needs to Hold off – or Win Against – China in 2030*, 12. 4. 2021, [www.defensenews.com/training-sim/2021/04/12/a-us-air-force-war-game-shows-what-the-service-needs-to-hold-off-or-win-against-china-in-2030](http://www.defensenews.com/training-sim/2021/04/12/a-us-air-force-war-game-shows-what-the-service-needs-to-hold-off-or-win-against-china-in-2030).

<sup>15</sup> Vgl. *How Much Trade Transits the South China Sea?*, 25. 1. 2021, <https://chinapower.csis.org/much-trade-transits-south-china-sea/>.

<sup>16</sup> Vgl. Sulaman Muhammad/Xingle Long, *China's Seaborne Oil Import and Shipping Emissions: The Prospect of Belt and Road Initiative*, in: *Marine Pollution Bulletin* 158/2020, Art. 111422.

<sup>17</sup> Vgl. Isaac B. Kardon/Wendy Leutert, *Pier Competitor: China's Power Position in Global Ports*, in: *International Security* 4/2022, S. 9–47, hier S. 12.

<sup>18</sup> Zit. nach Parteikomitee der Marine der Volksbefreiungsarmee (Anm. 1).

für den Schiffsbau aufgewendet, um ältere Marineschiffe zu ersetzen. Von 2005 bis 2021 stieg die Gesamtzahl der Schiffe von 216 auf 348, darunter hauptsächlich kleinere Schiffe wie Patrouillenboote oder Korvetten. Auch neue Generationen von Atom-U-Booten, Zerstörern, Kreuzern und amphibischen Angriffsschiffen wurden eingeführt, die für den Einsatz auf hoher See und für lange Strecken geeignet sind. So wurden zwischen 2013 und 2020 mehrere Zerstörer der Luyang-II-Klasse und der Luyang-III-Klasse, Landungsschiffe der Yuzhou-Klasse und mindestens ein Kreuzer der Renhai-Klasse in Dienst genommen. Außerdem hat China innerhalb eines Jahrzehnts drei Flugzeugträger gebaut: die Liaoning, die Shandong und die Fujian. Das Office of Naval Intelligence geht davon aus, dass China bis 2030 über insgesamt 425 Kampfschiffe verfügen wird, darunter acht U-Boote mit ballistischen Raketen, 13 atomgetriebene Angriffs-U-Boote und 65 Flugzeugträger, Kreuzer und Zerstörer.<sup>19</sup> Darüber hinaus errichtete China 2017 seinen ersten Stützpunkt in Dschibuti mit der Begründung, er sei für die logistische Unterstützung bei Operationen auf hoher See notwendig. Dieser Schritt hat jedoch auch ermöglicht, die Präsenz der chinesischen Marine im Indischen Ozean und in Ostafrika auszubauen. Berichten zufolge prüft China die Möglichkeit, einen weiteren Stützpunkt in Pakistan oder Sri Lanka einzurichten. Doch auch wenn chinesische Firmen eine Reihe von Handelshäfen im Indischen Ozean besitzen, könnte es noch bis in die 2030er Jahre dauern, bis einige auch als Militärstützpunkte genutzt werden können.<sup>20</sup>

Die Modernisierung der chinesischen Marine sorgt für Unruhe bei den anderen Mächten im Indopazifik, vor allem den USA. Obwohl die US-Marine der chinesischen in Hinblick auf die Flottenstärke, Waffensysteme, Marinestützpunkte und ihre operative Erfahrung nach wie vor überlegen ist, verfolgt man in Washington aufmerksam jede Entwicklung, die den US-amerikanischen Status als einzige globale Seemacht nach dem Zweiten Weltkrieg bedrohen könn-

te. So heißt es in einem Bericht des Congressional Research Service vom März 2022: „In einer Zeit, in der der Wettbewerb der Großmächte neu entbrannt ist, sind Chinas militärische Modernisierungsbemühungen, einschließlich seiner Bemühungen um eine Modernisierung der Marine, in den Fokus der Verteidigungsplanung und -budgetierung gerückt.“<sup>21</sup> Auch Japan, Australien und Indien sehen in der zunehmenden Stärke der chinesischen Seestreitkräfte eine Bedrohung für das Kräftegleichgewicht in der Region. Vor diesem Hintergrund haben die vier Staaten ihren Quadrilateral Security Dialogue (Quad) wiederbelebt, um „auf die dringenden Herausforderungen der Region zu reagieren“ und „einen offenen, stabilen und prosperierenden Indopazifik“ zu schaffen.<sup>22</sup> Darüber hinaus haben das Vereinigte Königreich, Australien und die USA das trilaterale Militärbündnis AUKUS geschlossen und ein Abkommen zum Austausch von Militärtechnologie und insbesondere zur Zusammenarbeit beim Bau einer neuen Klasse von Atom-U-Booten unterzeichnet. Obwohl diese Maßnahmen nicht direkt gegen Beijing gerichtet sind, zeigen sie die große Bedeutung, die der Faktor China für die Länder hat, die das Kräftegleichgewicht im Indopazifik aufrechterhalten wollen. Auch kleinere Staaten in Südostasien haben minilaterale Kooperationsbemühungen begrüßt, die darauf zielen, den Herausforderungen durch Chinas wachsende maritime Macht zu begegnen. Auch wenn sie sich zurückhalten, um China nicht direkt gegen sich aufzubringen, ist ihnen die Bedeutung kollektiven Handelns und der Zusammenarbeit bewusst, um ein Gegengewicht zu Chinas Einfluss zu schaffen und die Stabilität im indopazifischen Raum zu bewahren.

#### „Lawfare“ im Südchinesischen Meer

China versucht durch eine Vielzahl nichtmilitärischer Maßnahmen, seine maritimen Ansprüche durchzusetzen. Allerdings tragen diese erheblich zu den Spannungen in der Region bei. Trotz langwieriger Verhandlungen über einen Verhaltenskodex im Südchinesischen Meer sind die Fortschritte überschaubar.

**19** Vgl. Ronald O'Rourke, *China Naval Modernization: Implications for U.S. Navy Capabilities – Background and Issues for Congress*, Congressional Research Service RL33153, Washington, D.C. 2023, S. 9f.; Chan (Anm. 2).

**20** Vgl. Office of the Secretary of Defence, *Military and Security Developments Involving the People's Republic of China: Annual Report to Congress*, Washington, D.C. 2020.

**21** Vgl. O'Rourke (Anm. 19).

**22** Joint Statement from Quad Leaders, 24.9.2021, [www.whitehouse.gov/briefing-room/statements-releases/2021/09/24/joint-statement-from-quad-leaders](https://www.whitehouse.gov/briefing-room/statements-releases/2021/09/24/joint-statement-from-quad-leaders).

Besonders deutlich zeigt sich die Haltung Beijings am Auftreten der chinesischen Küstenwache.<sup>23</sup> Nach ihrer Umstrukturierung 2018 wurde sie der Bewaffneten Volkspolizei unterstellt und konzentriert sich seitdem hauptsächlich auf sogenannte Vollzugsoperationen, bei denen sie die chinesischen Rechtsvorstellungen mithilfe von Patrouillen, Blockaden und der Errichtung von Stützpunkten durchsetzt. Völkerrechtsexperten halten dieses Vorgehen in umstrittenen Gebieten für fragwürdig, da eine Küstenwache nicht der Kriegsführung dient, sondern in der Regel die Aufgaben einer Ordnungskraft übernehmen sollte.<sup>24</sup> Darüber hinaus wurde die chinesische Küstenwache in den Jahren 2012 bis 2020 von 156 auf 524 Patrouillenboote aufgestockt und ist damit eine der größten und am besten ausgerüsteten weltweit. Sie verfügt sogar über „paramilitärische Fähigkeiten, die mit der Marine kleinerer südostasiatischer Länder mithalten können“.<sup>25</sup>

Die chinesische Maritime Volksmiliz stellt eine weitere Bedrohung der bisherigen Ordnung dar. Sie umfasst Arbeiter aus dem Schiffsbau und Zivilisten, meist Fischer, die direkt in die chinesischen Streitkräfte integriert sind. Die Maritime Volksmiliz untersteht zwar nicht offiziell dem Kommando der Volksarmee, wird aber von der chinesischen Marine organisiert und ausgebildet.<sup>26</sup> Im Zusammenhang mit dem Bestreben Chinas, seine maritime Souveränität zu behaupten, berichten internationale Beobachter von chinesischen Milizschiffen im Südchinesischen Meer, die Fischerboote sowie Öl- und Gastanker anderer Länder schikanieren, um sie bei der Gewinnung von Ressourcen in der Region zu behindern.<sup>27</sup> Die Maritime Volksmiliz ist umstritten,

weil sie keinerlei offizielle Legitimation besitzt. Da sie weder als offizieller Teil der Marine noch der Küstenwache agiert, bewegt sie sich in einer rechtlichen Grauzone. Doch noch viel gravierender ist, dass andere Länder wie etwa Vietnam die Strategie übernommen und ebenfalls Seemilizen gegründet haben, um ihre eigenen Ansprüche geltend zu machen, wodurch die Situation noch komplexer geworden ist und Schlichtungsbemühungen im Südchinesischen Meer weiter untergraben werden.

### „Reformer“ der internationalen maritimen Ordnung

Zusätzlich versucht Beijing, seinen Einfluss auf dem Meer über den Bereich der Ocean Governance auszuweiten. Im 14. Fünfjahresplan von 2021 hob der Staatsrat das Ziel hervor, die „Schaffung einer fairen und vernünftigen internationalen maritimen Ordnung“ zu fördern und eine „maritime Schicksalsgemeinschaft“ zu gründen. Das chinesische Außenministerium formulierte in seinem Entwurf einer globalen Sicherheitsinitiative im März 2023 Ziele wie die Gewährleistung der maritimen Sicherheit in Afrika, Maßnahmen zur Bewältigung des Klimawandels auf den Pazifikinseln und die Stärkung des Dialogs und des Austauschs über die Sicherheit im maritimen Raum und der Seewege.<sup>28</sup>

Zum Schutz seiner nationalen Interessen will China die maritime Ordnung mitgestalten und so dafür sorgen, dass seine wirtschaftlichen, politischen und ökologischen Rechte und Interessen auf See respektiert und berücksichtigt werden.<sup>29</sup> Chinesische Wissenschaftler sprechen in diesem

**23** Vgl. Edward Sing Yue Chan/Douglas Guilfoyle, *Coast Guards' Changing Nature. The Rise of the China Coast Guard*, in: John F. Bradford et al. (Hrsg.), *Maritime Cooperation and Security in the Indo-Pacific Region. Essays in Honour of Sam Bateman*, Leiden–Boston 2023, S. 189–203.

**24** Vgl. Sam Bateman, *Coast Guards: New Forces for Regional Order and Security*, East-West Center, *Asia Pacific Issues* 65/2003.

**25** Chan/Guilfoyle (Anm. 23), S. 196.

**26** Vgl. Andrew S. Erickson/Conor M. Kennedy, *China's Maritime Militia*, [www.cna.org/archive/CNA\\_Files/pdf/chinas-maritime-militia.pdf](http://www.cna.org/archive/CNA_Files/pdf/chinas-maritime-militia.pdf); Shuxian Luo/Jonathan G. Panter, *China's Maritime Militia and Fishing Fleets. A Primer for Operational Staffs and Tactical Leaders*, in: *Military Review* 1/2021, S. 7–21.

**27** Vgl. z.B. Rachael Bunyan, *China Sends in the Big Guns: Philippines Spots 42 Maritime Militia Vessels „Loitering“ Around Contested Island as Tensions Mount in the South China Sea*

*Weeks After America Ramped up Its Military Presence There*, 7.3.2023, [www.dailymail.co.uk/news/article-11830613](http://www.dailymail.co.uk/news/article-11830613); Erin Hale, *China Uses Maritime Militia to Assert Claim on South China Sea*, 19.11.2021, [www.aljazeera.com/news/2021/11/19/china-supports-maritime-militia-to-assert-south-china-sea-claim](http://www.aljazeera.com/news/2021/11/19/china-supports-maritime-militia-to-assert-south-china-sea-claim); Amy Chew, *China Harasses Malaysian Oil and Gas Vessels on a „Daily“ Basis*, *Asia Maritime Transparency Initiative Says*, 25.10.2021, [www.scmp.com/week-asia/politics/article/3153648/china-harassing-malaysian-oil-and-gas-vessels-daily-basis-asia](http://www.scmp.com/week-asia/politics/article/3153648/china-harassing-malaysian-oil-and-gas-vessels-daily-basis-asia).

**28** Vgl. Außenministerium der Volksrepublik China, *The Global Security Initiative Concept Paper*, 21.2.2023, [www.fmprc.gov.cn/mfa\\_eng/wjbxw/202302/t20230221\\_11028348.html](http://www.fmprc.gov.cn/mfa_eng/wjbxw/202302/t20230221_11028348.html).

**29** Vgl. Zhiyong Hu, *Aktiver Aufbau eines chinesischen maritimen Governance-Systems* [Chinesisch], in: *Pazifik Journal* [Chinesisch] 4/2018, S. 15–24; Lingqun Li, *Globale maritime Governance und die Rolle Chinas* [Chinesisch], in: Feng Zhu (Hrsg.), *Seemacht im 21. Jahrhundert: Historische Erfahrungen und Chinas Probleme* [Chinesisch], Beijing 2015, S. 276–311.

Zusammenhang von der diplomatischen Dimension der chinesischen Seemacht.<sup>30</sup>

Bei Verhandlungen über eine Ocean Governance will China nicht wie ein Akteur wirken, der die bestehende Ordnung infrage stellt, sondern präsentiert sich gern als aktiver Reformierender. Beispielsweise vertritt China die Auffassung, dass die bestehende maritime Ordnung bilaterale maritime Streitigkeiten bei der zivilen maritimen Sicherheit berücksichtigen sollte und argumentiert, dass internationale Regelungen für globale öffentliche Güter nicht in umstrittenen Gebieten gelten sollten. Diese Sichtweise zeigt sich etwa in Chinas Position zur Regelung der Hochseefischerei von 2020.<sup>31</sup> Darüber hinaus macht sich China seit Mitte der 2010er Jahre für Reformen in den Polarregionen stark.

In Beijing ist man der Meinung, die Volksrepublik werde als Bedrohung der Sicherheit dargestellt, weil sie angeblich den Konsens gefährde und Normen ablehne.<sup>32</sup> Das habe dazu geführt, dass China von anderen Staaten wie den USA, dem Vereinigten Königreich und Australien aus der Diskussion ausgeschlossen wurde.<sup>33</sup> Entsprechend skeptisch zeigte sich die chinesische Führung gegenüber dem von den USA und Neuseeland gemeinsam vorgebrachten Vorschlag zur Einrichtung eines Meeresschutzgebietes im antarktischen Rossmeer 2011.<sup>34</sup>

## ANLASS ZUR SORGE?

Das maritime Erstarken Chinas beunruhigt nicht nur die Staaten im indopazifischen Raum, auch

in anderen Ländern misst man dem Ausbau der chinesischen Seestreitkräfte große Bedeutung bei und geht davon aus, dass China durch diese Militarisierung an Durchsetzungsvermögen gewinnen wird. Die Besorgnis ist angesichts der eskalierenden Spannungen in der Taiwanstraße 2022 weiter gestiegen.

Doch die chinesische Marine steht trotz erheblicher Investitionen noch vor großen Herausforderungen: Wie den anderen chinesischen Streitkräften fehlt es auch der Marine an realer Kampferfahrung. Zum letzten Mal war sie 1988 im Rahmen eines Seegefechts mit vietnamesischen Streitkräften bei den Nansha/Spratly-Inseln in eine militärische Konfrontation verwickelt. Obwohl die chinesische Marine in den vergangenen Jahren viel trainiert und zahlreiche Manöver durchgeführt hat, ist ihre Fähigkeit, moderne Kriegsschiffe und Waffensysteme in einer Seeschlacht effektiv einzusetzen, noch nicht erprobt. Groß angelegte Militärübungen rund um Taiwan Anfang April 2023 deuteten zwar auf eine Verbesserung der chinesischen militärischen Fähigkeiten im Bereich der integrierten Kriegsführung hin, doch das Sammeln von Kampferfahrung ist ein Prozess, der nur schrittweise erfolgt. Bislang stellt China also noch keine direkte Bedrohung für die dominante Position der USA als globale Seemacht dar.

Doch sollte man nicht nur die militärischen Fähigkeiten und Kapazitäten Chinas bewerten, sondern auch die Absichten der chinesischen Führung. Denn selbst wenn China über die Fähigkeit verfügt, einen Krieg zu führen, spielen noch andere Überlegungen eine Rolle. Für eine aufstrebende maritime Macht ist der Aufbau einer Hochseeflotte ein logischer Schritt, um die eigenen Interessen auf dem Meer zu wahren. Das chinesische Militär mag seine eigenen Vorgaben erfüllen und sich als „Militär von Weltrang“ präsentieren, doch die Bezeichnung gibt noch keinen Aufschluss über Chinas globale Ambitionen oder die Art und Weise, wie Beijing Gewalt einzusetzen gedenkt. Wie Fravel argumentiert, hat dieser Anspruch nur begrenzte geopolitische Auswirkungen darauf, wohin China seine militärische Macht richten würde, und drückt lediglich „Chinas Bestreben aus, eine führende Militärmacht in der Welt zu werden“.<sup>35</sup> Als Wirtschaftsmacht

**30** Vgl. Bo Hu, *Chinas Seemacht in der Post-Mahan-Ära* [Chinesisch], Beijing 2018; ders., *Chinas maritime Machtstrategie: Diplomatie, Seewirtschaft und Seemacht* [Chinesisch], Beijing 2012.

**31** Vgl. Annie Young Song/Michael Fabinyi/Kate Barclay, *China's Approach to Global Fisheries. Power in the Governance of Anti-Illegal, Unreported and Unregulated Fishing*, in: *Environmental Politics* 3/2023, S. 407–426.

**32** Vgl. Anne-Marie Brady, *China's Expanding Antarctic Interests: Implications for Australia*, Barton 2017; Elizabeth Buchanan, *Antarctica in the Gray Zone*, in: *Australian Journal of International Affairs* 3/2022, S. 324–339.

**33** Vgl. Beixi Deng/Xiaodong Zhang, *Monopolblock in der Antarktisfrage: Herausbildung, empirische Analyse und Chinas Gegenmaßnahmen* [Chinesisch], in: *Pazifik Journal* [Chinesisch] 7/2021, S. 65–74.

**34** Vgl. Nengye Liu, *The Rise of China and the Antarctic Treaty System?*, in: *Australian Journal of Maritime & Ocean Affairs* 2/2019, S. 120–131; ders./Cassandra M. Brooks, *China's Changing Position Towards Marine Protected Areas in the Southern Ocean: Implications for Future Antarctic Governance*, in: *Marine Policy* 8/2018, S. 189–195.

**35** Taylor M. Fravel, *China's „World-Class Military“ Ambitions: Origins and Implications*, in: *The Washington Quarterly* 1/2020, S. 85–99.

muss China potenzielle Folgen wie Sanktionen, die Blockade von Seeverkehrswegen und Unterbrechungen der Energieversorgung sorgfältig abwägen. Auch der geopolitische Nachteil Chinas, von mehreren regionalen Seemächten wie Japan, Indien und den USA umgeben zu sein, macht die Volksrepublik anfällig, da sie sich im Falle eines Krieges gleich mit mehreren Gegnern auseinandersetzen müsste. Folglich ist die Wahrscheinlichkeit eines Krieges auf kurze Sicht gering.

Stattdessen sollten wir Chinas Entwicklung zur maritimen Macht viel umfassender betrachten. Der wachsende Einfluss Chinas auf die Ocean Governance gibt Anlass zu größerer Sorge. Anstelle eines realen Krieges auf dem Meer ist gegenwärtig der strategische Einsatz rechtlicher Mittel beim Aufbau maritimer Macht von viel größerer Bedeutung. Daher achtet China sehr genau auf die Auslegung des Seerechts und der Regelungen zur Ocean Governance. Die chinesische Führung behauptet zwar, die maritime Ordnung reformieren zu wollen, stellt dabei aber allgemein anerkannte Grundsätze und Vereinbarungen infrage, etwa die Aufgaben einer Küstenwache, die Regelungen des Zugangs zu sowie den nachhaltigen Umgang mit maritimen Ressourcen.

Darüber hinaus gibt die Tatsache, dass China in seinem Streben nach maritimer Macht auf nichtstaatliche Elemente zurückgreift, weiteren Anlass zur Sorge. So dient etwa die chinesische Forschung im Bereich der maritimen Navigationstechnologie zwar in erster Linie dem zivilen Warenverkehr und der Fischerei, kann jedoch auch von der Marine genutzt werden.<sup>36</sup> Ebenso lassen sich Erkenntnisse aus der Erforschung der Tiefsee für die Entwicklung von U-Booten und unbemannten Unterwasserfahrzeugen nutzen.<sup>37</sup> Ein weiteres Beispiel sind Chinas Aktivitäten in den Polarregionen, wo sich das Militär unter dem Deckmantel wissenschaftlicher Forschung stark

engagiert.<sup>38</sup> Während die Verknüpfung ziviler und militärischer Interessen schon immer ein typisches Merkmal in der Entwicklung einer Seemacht war, mobilisiert China zusätzlich Zivilisten für die Durchsetzung nationaler Interessen. Die internationale Gemeinschaft sollte lernen, auf dieses besondere Merkmal zu reagieren, das China von anderen historischen Seemächten unterscheidet und ihm einen umfassenden strategischen Vorteil verschafft.

Andere Staaten müssen dem Aufstieg Chinas zur maritimen Macht umfassend und mit der gebotenen Umsicht begegnen. Es bedarf einer ausgewogenen Reaktion, die sowohl Zwang als auch einen gewissen Handlungsspielraum vorsieht, die militärische und zivile Aspekte einbezieht und die speziell den indopazifischen Raum berücksichtigt, aber auch darüber hinaus reicht. Zudem bedarf es einer breiten und konstruktiven öffentlichen Debatte über die besten Strategien, wie man den maritimen Ambitionen Chinas begegnen und die Sicherheit und Stabilität in der Region im weitesten Sinne gewährleisten kann.

Aus dem Englischen von Heike Schlatterer, Pforzheim.

**36** Vgl. Weihai Wang/Feng Jiang, Förderung der vertieften Entwicklung der zivil-militärischen Integration im maritimen Bereich [Chinesisch], in: Chinas nationale Lage und nationale Stärken [Chinesisch] 10/2018, S. 16–28.

**37** Vgl. Bo Hu, Chinas Tiefseestrategie und Weg zur maritimen Macht [Chinesisch], in: Akademische Grenze [Chinesisch] 9/2017, S. 12–21.

**38** Vgl. Anne-Marie Brady, China's Expanding Antarctic Interests: Implications for New Zealand, Small States and the New Security Environment, Policy Brief 2/2017; Rush Doshi/Alexis Dale-Huang/Gaoqi Zhang, Northern Expedition: China's Arctic Activities and Ambition, Washington, D.C. 2021.

#### EDWARD SING YUE CHAN

ist Postdoctoral Fellow für China Studies am Australian Centre of China in the World der Australian National University in Canberra. In seiner Forschung befasst er sich mit chinesischer Außenpolitik, Sicherheit in Ostasien sowie chinesischer Politik und Geschichte in maritimen Regionen. [edward.chan@anu.edu.au](mailto:edward.chan@anu.edu.au)



# Der APuZ-Podcast

Ein Thema, 30 Minuten, jeden 1. Mittwoch im Monat



Im Podcast »Aus Politik und Zeitgeschichte« suchen wir Antworten aus unterschiedlichen Perspektiven – von Historikerinnen, Politikwissenschaftlern und Soziologen, Wirtschaftsexpertinnen und Juristen, aber auch Weltraumforschern, Stadtplanerinnen und Literaten.

In jeder Folge geht es 30 Minuten lang um ein komplexes Thema – mit Hintergründen und Einblicken, wissenschaftlich fundiert, kontrovers und überraschend. Moderiert von Holger Klein.

[bpb.de/apuz-podcast](https://bpb.de/apuz-podcast)  
und überall, wo Sie Podcasts hören.

# BEDROHTE DEMOKRATIE

## Der Konflikt in der Taiwanstraße

*Frédéric Krumbein*

Taiwan gehört zu den am meisten bedrohten Staaten der Welt: Die Volksrepublik China beansprucht das de facto souveräne Land als Teil des eigenen Territoriums. Aus ihrer Sicht ist der Inselstaat eine abtrünnige Provinz, die mit dem Festland „wiedervereinigt“ (*tongyi*) werden muss. Dabei ist der Begriff „Wiedervereinigung“ missverständlich, da Taiwan zum einen nie Teil der Volksrepublik gewesen ist und zum anderen die große Mehrheit der taiwanischen Bevölkerung kein Teil davon werden möchte. Zutreffender für die Interessen Beijings ist der Begriff der „Annexion“, der im Völkerrecht die illegale militärische Eroberung eines fremden Territoriums bezeichnet.

Die Republik China, wie Taiwan offiziell genannt wird, wurde 1912 auf dem chinesischen Festland gegründet. Das Territorium reduzierte sich im Verlauf des Chinesischen Bürgerkriegs zwischen 1927 und 1949 auf Taiwan und weitere kleine Inseln, nachdem der Widersacher Mao Zedongs, Chiang Kai-shek, und seine Partei Kuomintang eine Niederlage gegen die Kommunisten hinnehmen mussten. Seit der Flucht von Chiang Kai-shek mit rund zwei Millionen seiner Soldaten sowie weiterer Gefolgsleute nach Taiwan 1949 sind Taiwan und die Republik China weitgehend synonym zu verstehen.

Das offizielle Ziel der Volksrepublik China ist ein friedlicher und freiwilliger Zusammenschluss von Taiwan mit dem chinesischen Festland. Allerdings erscheint dies unwahrscheinlich, da die taiwanische Bevölkerung ihre eigene Freiheit und demokratische Selbstbestimmung nicht aufgeben möchte. Als Teil der autoritären Volksrepublik würden die Taiwaner:innen ihre Freiheit, ihre Menschenrechte und das Recht, ihre eigene Regierung zu wählen, verlieren.

Seit den ersten freien Wahlen in Taiwan in den 1990er Jahren hat sich die Inselrepublik zu einem demokratischen Vorbild in Asien entwickelt. Der Demokratieindex des britischen Forschungsins-

tituts Economist Intelligence Unit sieht Taiwan bei der Qualität der Demokratie und der Menschenrechte seit 2020 auf dem ersten Platz in Asien. Weltweit steht Taiwan 2022 auf dem zehnten Platz.<sup>01</sup> Andere unabhängige Organisationen, wie Freedom House, Reporter ohne Grenzen oder die beiden größten Menschenrechtsorganisationen Amnesty International und Human Rights Watch, kommen zu vergleichbaren positiven Einschätzungen.<sup>02</sup> Beispielsweise sieht Reporter ohne Grenzen Taiwan im Bereich der Pressefreiheit auf dem ersten Platz in Asien.<sup>03</sup>

Im Folgenden wird zunächst die Strategie skizziert, die Beijing verfolgt, um Taiwan politisch, militärisch und wirtschaftlich zu schwächen. Anschließend werden die Beziehungen zwischen Taiwan und den Vereinigten Staaten als seine Schutzmacht erläutert und schließlich verschiedene Szenarien dargestellt, mit denen China eine Annexion erzwingen oder zumindest versuchen könnte.

### CHINAS STRATEGIE ZUR SCHWÄCHUNG TAIWANS

Die offizielle Strategie Chinas ist eine „friedliche Wiedervereinigung“. Allerdings läuft dieses Ziel auf eine Veränderung des seit 70 Jahren bestehenden Status quo und die Auflösung der bestehenden Republik China hinaus. Die Vision eines Zusammenschlusses Taiwans mit dem chinesischen Festland hat Beijing in sogenannten Weißbüchern dargelegt, die 1993, 2000 und 2022 veröffentlicht wurden. Das jüngste Weißbuch zeigt eine Verhärtung der chinesischen Position: Taiwan soll unter der Formel „Ein Land, zwei Systeme“ eine gewisse politische Autonomie genießen. Allerdings zeigt das Beispiel von Hongkong, auf das diese Formel bereits angewandt wurde, dass diese „Autonomie“ weder Demokratie noch umfassende Freiheitsrechte beinhalten würde. Das Weißbuch von 2022 droht ebenfalls allen Taiwaner:innen,

die sich gegen die Kommunistische Partei Chinas (KPCh) wenden, mit politischer Verfolgung. Darüber hinaus wird eine Umerziehung der taiwanischen Bevölkerung gemäß der Parteilinie angestrebt, um die Menschen von demokratischen Wertevorstellungen abzubringen.<sup>04</sup>

China setzt gegenüber Taiwan auf eine Doppelstrategie: Auf der einen Seite werden Anreize für einen Zusammenschluss geschaffen, auf der anderen Seite politischer, wirtschaftlicher und militärischer Druck aufgebaut, um Taiwan einzuschüchtern und den Status quo unattraktiv zu gestalten. Die überwältigende Mehrheit der Taiwaner:innen möchte nicht Teil der Volksrepublik China werden, insofern sind die Anreize, die Beijing setzt, bislang nicht ausreichend. Das Hauptproblem ist dabei, dass es kein attraktives Angebot gibt, das im Zuge einer „Wiedervereinigung“ Demokratie und Freiheit garantieren würde. Die Formel „Ein Land, zwei Systeme“ würde die bestehende Selbstbestimmung der Menschen in Taiwan stark einschränken. Insofern bemüht sich Beijing zumindest, wirtschaftliche Anreize zu setzen, und hat in den vergangenen Jahren weitere Vorteile und Erleichterungen für Taiwaner:innen eingeräumt: 2018 wurden 31 Maßnahmen verabschiedet, die unter anderem die Rechte und Möglichkeiten von Taiwaner:innen gestärkt haben, gemäß bilateralen Kooperationen in Bildung und Forschung sowie dem Marktzugang und den Investitionsmöglichkeiten von taiwanischen Unternehmen in China auf dem chinesischen Festland zu leben und zu arbeiten. Ein offensichtliches Problem bleibt dennoch bestehen: Politische Teilhabe, Freiheits- oder Grundrechte sind nicht Teil jener Rechte, die Menschen in der Volksrepublik China besitzen. Damit können sie auch nicht Taiwaner:innen gewährt werden. Die genannten Anreize und die engen wirtschaftlichen

und kulturellen Beziehungen führen zwar dazu, dass viele Menschen in Taiwan gute Beziehungen mit China haben wollen, aber dies wird strikt getrennt von einer politischen Vereinigung, die sich kaum jemand in Taiwan wünscht – und wenn, dann höchstens als Teil eines demokratischen Chinas und nicht als Teil der Volksrepublik.

Aus diesem Grund zielt der zweite Teil der Doppelstrategie Beijings darauf, durch die Anwendung von politischem, wirtschaftlichem und militärischem Druck sowohl Taiwans formale Unabhängigkeit zu verhindern als auch Taiwan zu einer Vereinigung mit dem Festland zu zwingen. Darunter fallen Aktivitäten und Taktiken, die sich in einer Grauzone zwischen Krieg und Frieden bewegen.

Der politische und wirtschaftliche Druck Chinas zielt zum einen auf Taiwan selbst, zum anderen auf die internationale Gemeinschaft. Da die Regierung der taiwanischen Präsidentin Tsai Ing-wen in der Volksrepublik als unfreundliche Regierung wahrgenommen wird, wurden wirtschaftliche Sanktionen gegen einige landwirtschaftliche Produkte aus Taiwan verhängt, darunter Ananas und bestimmte Fischarten. Die Bedeutung der chinesischen Importbeschränkungen für Taiwans Volkswirtschaft ist insgesamt zwar gering, trifft aber Taiwans Agrarsektor, insbesondere im Süden des Landes. Beijing sucht gezielt taiwanische Agrarprodukte aus, bei denen der chinesische Markt einen hohen Anteil der Exporte ausmacht. Landwirt:innen sind eine wichtige Wählergruppe der in Taiwan regierenden Demokratischen Fortschrittspartei und insofern eine geeignete Zielgruppe für Beijings Versuche, die taiwanische Regierung unter Druck zu setzen.

Zudem ist Taiwan das Hauptziel von chinesischer Propaganda und Desinformationskampagnen. Über klassische Medien, wie Fernsehen, Tageszeitungen und soziale Medien, verbreitet die Führung in Beijing ein positives Bild der Volksrepublik und einer Vereinigung mit Taiwan und diskreditiert im Gegensatz dazu Taiwans Demokratie. Einige sogenannte rote Medien in Taiwan, benannt nach der roten Farbe der KPCh, gehören chinafreundlichen Unternehmern, die vor allem die offiziellen Positionen Beijings wiedergeben. Darüber hinaus werden immer wieder Falschinformationen mit dem Ziel verbreitet, das Vertrauen der taiwanischen Bevölkerung in die eigene Regierung und das demokratische System zu untergraben. Je schlechter Taiwans Demokra-

**01** Vgl. Economist Intelligence Unit, Democracy Index 2022. Frontline Democracy and the Battle for Ukraine, London u. a. 2023, S. 7, [www.eiu.com/n/campaigns/democracy-index-2022](http://www.eiu.com/n/campaigns/democracy-index-2022).

**02** Vgl. <https://freedomhouse.org/country/taiwan>; [www.reporter-ohne-grenzen.de/taiwan](http://www.reporter-ohne-grenzen.de/taiwan); [www.amnesty.org/en/location/asia-and-the-pacific/east-asia/taiwan/report-taiwan](http://www.amnesty.org/en/location/asia-and-the-pacific/east-asia/taiwan/report-taiwan); [www.hrw.org/asia/taiwan](http://www.hrw.org/asia/taiwan).

**03** Vgl. Reporter ohne Grenzen, Rangliste der Pressefreiheit 2023, [www.reporter-ohne-grenzen.de/fileadmin/Redaktion/Downloads/Ranglisten/Rangliste\\_2023/RSF\\_Rangliste\\_der\\_Pressefreiheit\\_2023.pdf](http://www.reporter-ohne-grenzen.de/fileadmin/Redaktion/Downloads/Ranglisten/Rangliste_2023/RSF_Rangliste_der_Pressefreiheit_2023.pdf).

**04** The Taiwan Question and China's Reunification in the New Era, 10. 8. 2022, [http://english.scio.gov.cn/whitepapers/2022-08/10/content\\_78365819.htm](http://english.scio.gov.cn/whitepapers/2022-08/10/content_78365819.htm).







tie in der Berichterstattung dasteht, desto attraktiver erscheint die Volksrepublik China im Systemwettbewerb – so das Kalkül der chinesischen Führung.

Aufgrund von Taiwans internationalem Status als de facto unabhängiger Staat, der jedoch von den meisten Staaten nicht anerkannt wird, ist das Land nur in wenigen internationalen Organisationen Mitglied, darunter in der Welthandelsorganisation und im Internationalen Olympischen Komitee. Infolge der „Ein-China-Politik“, die als Bedingung für diplomatische Beziehungen mit der Volksrepublik China ebenso wie für deren Beteiligung in internationalen Organisationen die Anerkennung eines ungeteilten Chinas einschließlich Taiwans voraussetzt, muss Taiwan dort einen anderen Namen verwenden. So darf es nur als „Chinesisch Taipeh“ und unter einer eigens gestalteten Flagge an den Olympischen Spielen teilnehmen – beides lässt offen, ob Taiwan zur Volksrepublik gehört oder nicht. Weiterhin bemüht sich Beijing aktiv darum, die verbliebenen 13 Staaten, die Taiwan als souveränen Staat anerkennen,<sup>05</sup> davon zu überzeugen, ihre diplomatischen Beziehungen mit Taipeh abzubrechen.

Die Instrumente zur Unterminierung von Taiwans Souveränität und zur Einschüchterung der Bevölkerung umfassen auch eine militärische Dimension, darunter regelmäßige Verletzungen der taiwanischen exklusiven Wirtschaftszone und des taiwanischen Luftüberwachungsraums durch die Volksbefreiungsarmee. Taiwans Hoheitsgewässer, die sogenannte Zwölfmeilenzone, und der Luftraum über Taiwans Landfläche werden dabei zwar nicht verletzt, das regelmäßige Eindringen von chinesischen Kampfflugzeugen und Kriegsschiffen in die von Taiwan überwachten Luft- und Seegebiete markiert dennoch eine militärische Eskalation vonseiten Chinas, die erst seit wenigen Jahren in dieser Form stattfindet. Ein Beispiel dafür ist die regelmäßige Überschreitung der sogenannten Mittellinie durch Chinas Luftwaffe, die US-General Benjamin O. Davis 1955 in Reaktion auf die erste Taiwanstraßenkrise 1954/55 durch die Taiwanstraße zog, um eine sichere Dis-

tanz von Kampfflugzeugen zu gewährleisten und so einen Konflikt zwischen beiden Seiten zu vermeiden. Bis 2020 wurde die Linie nur in wenigen Ausnahmefällen von chinesischen Kampfflugzeugen überflogen. Seit September 2020 hat die chinesische Luftwaffe die Regelung jedoch etliche Male verletzt und Beijing die Existenz der Linie bestritten.

Im August 2022 und im April 2023 hielt China zudem großangelegte Militärübungen im Umfeld Taiwans ab, bei denen verschiedene militärische Szenarien, wie eine Blockade der Insel, simuliert wurden. Beide Male standen die Militärübungen im Zusammenhang mit Treffen von Präsidentin Tsai mit den jeweiligen Sprecher:innen des US-Repräsentantenhauses, dem dritthöchsten politischen Amt in den USA nach dem Präsidenten und der Vizepräsidentin. Im August 2022 war Nancy Pelosis Reise nach Taiwan der höchstrangigste Besuch einer US-Delegation seit 25 Jahren. Ende März und Anfang April 2023 besuchte Präsidentin Tsai wiederum die USA, offiziell nur als Privatperson und nicht als Staatsoberhaupt Taiwans. Während dieses Besuches traf sie aber den neuen Sprecher des US-Repräsentantenhauses, Kevin McCarthy. China kritisierte beide Zusammenkünfte scharf und führte die großangelegten Militärübungen durch, um sowohl Taiwan als auch die USA zu warnen und die Fähigkeit der Volksbefreiungsarmee zu stärken, eine potenzielle Blockade oder Invasion der Insel durchzuführen.

## TAIWANS SCHUTZMACHT USA

In jedem politischen und militärischen Szenario für Taiwans Zukunft kommt den USA eine entscheidende Rolle zu, da Taiwan auf sich alleingestellt kaum in der Lage sein würde, einem chinesischen Angriff über längere Zeit standzuhalten. Die USA sind die militärische Schutzmacht Taiwans, auch wenn es keine formale Beistandsverpflichtung wie bei der NATO oder den Allianzen der USA mit Japan, Südkorea oder den Philippinen gibt. Die USA und Taiwan hatten zwischen 1954 und 1979 einen Beistandspakt (Sino-American Mutual Defense Treaty), der aber mit dem Abbruch der offiziellen diplomatischen Beziehungen zwischen beiden Seiten 1979 im Zusammenhang mit der offiziellen Anerkennung der VR China durch die USA aufgekündigt wurde. Seitdem bildet seitens der USA der Taiwan Rela-

**05** Die Staaten sind Belize, Eswatini, die Föderation St. Kitts und Nevis, Haiti, der Heilige Stuhl, die Marshallinseln, Palau, die Republik Guatemala, die Republik Nauru, die Republik Paraguay, St. Lucia, St. Vincent und die Grenadinen sowie Tuvalu. Vgl. Ministry of Foreign Affairs Republic of China (Taiwan), Diplomatic Allies, <https://en.mofa.gov.tw/AlliesIndex.aspx?n=1294&sms=1007>.

tions Act die wichtigste rechtliche Grundlage der Beziehungen. Das Gesetz wurde 1979 mit großer Mehrheit vom US-Kongress verabschiedet und verpflichtet die USA unter anderem dazu, Waffen zur Selbstverteidigung an Taiwan zu liefern. Es verdeutlicht zudem, dass jede gewaltsame Veränderung von Taiwans Status quo von den USA mit „großer Sorge“ (*grave concern*) betrachtet werden würde und dass jede Veränderung des Status quo friedlich zu erfolgen habe.<sup>06</sup> Die USA verfolgen in Bezug auf einen möglichen Konflikt um Taiwan die Strategie der „strategischen Ambiguität“, das heißt, sie behalten sich die Entscheidung vor, ob und wie sie bei einem chinesischen Angriff auf Taiwan reagieren würden.

Die zunehmend aggressive Haltung Beijings hat allerdings dazu geführt, dass sich die USA deutlicher als früher positionieren. US-Präsident Joe Biden hat seit seinem Amtsantritt 2021 allein vier Mal bekräftigt, dass die USA Taiwan bei einem chinesischen Angriff verteidigen würden. Seine Regierung hat zwar relativiert, dass sich die US-amerikanische Position nicht geändert habe, aber dennoch gehen alle Seiten – nicht nur Taiwan, sondern auch China – davon aus, dass die USA Taiwan im Verteidigungsfall beistehen würden. In Washington ist die Debatte über ein eindeutiges Bekenntnis zu Taiwans Verteidigung indes in vollem Gange. Auf der einen Seite liegt der Vorteil der strategischen Ambiguität in der Möglichkeit für die USA, sich mehrere Optionen offen halten und flexibel reagieren zu können. Gleichzeitig soll die damit verbundene Unsicherheit auch unüberlegte Handlungen Taiwans verhindern, wie zum Beispiel eine einseitige formale Unabhängigkeitserklärung. Diese könnte für China möglicherweise als Kriegsgrund gelten, wodurch die USA in einen direkten militärischen Konflikt mit der Volksrepublik hineingezogen werden könnten. Auf der anderen Seite besteht die Sorge, dass die Ambiguität der USA China nicht mehr ausreichend vor einem Angriff auf Taiwan abschrecken könnte.

Eine militärische Annexion Taiwans durch China hätte für die USA in mehreren Aspekten große Konsequenzen: *Erstens* würden die USA einen wichtigen Verbündeten und Freund verlieren, zumal es sich bei Taiwan um eine geostrategisch bedeutende Insel handelt. Taiwan wäre für die chinesische Hochseeflotte ein idealer Stütz-

punkt, um ungehindert im Pazifik zu operieren, die zentralen Schifffahrtsrouten im Ost- und Südchinesischen Meer zu kontrollieren oder Japan zu bedrohen und anzugreifen. *Zweitens* würde mit der Republik China die einzige Demokratie im chinesischen Kulturraum, die es je gegeben hat, aufhören zu existieren. Der Verlust Taiwans wäre ein herber Rückschlag für Demokratie, Freiheit und Menschenrechte weltweit und ein Symbol für den globalen Vormarsch von Autoritarismus und Repression, den Washington mit Sorge beobachtet. *Drittens* würden eine Weigerung oder potenzielle militärische Unfähigkeit der USA, Taiwan zu verteidigen, die Glaubwürdigkeit der USA als internationaler Bündnispartner stark beschädigen. Das globale System aus militärischen Allianzen geriete also in Gefahr, wenn die USA nicht in der Lage wären, die Sicherheit eines langjährigen Partners wie Taiwan zu garantieren. *Viertens* ist Taiwans Wirtschaft, insbesondere seine Halbleiterindustrie, unverzichtbar für die Volkswirtschaften nicht nur der Vereinigten Staaten, sondern auch von Deutschland und anderen hochentwickelten Staaten.

## SZENARIEN EINER ANNEXION

Sollten die Grauzonen-Taktik Chinas sowie deren wirtschaftliche Anreize für Taiwan nicht zu einer Vereinigung führen, steht als letztes Mittel eine gewaltsame Annexion im Raum.

Ein erstes Szenario einer solchen Annexion wäre die vollständige Blockade der taiwanischen Hauptinsel durch chinesische Kriegsschiffe und Kampfflugzeuge. China könnte dabei ebenfalls zu Taiwan gehörende kleinere Inselgruppen, wie Kinmen, Matsu oder Penghu, angreifen und besetzen, da diese relativ einfach zu erobern wären. Das Ziel einer Blockade beziehungsweise weiterer militärischer Aktionen unterhalb der Schwelle einer Invasion von Taiwans Hauptinsel wäre es, Taiwan zu Verhandlungen zu zwingen, bei denen die taiwanische Regierung einer „Wiedervereinigung“ zu den Bedingungen der Volksrepublik zustimmen müsste. Dieses Szenario hätte aus Sicht Beijings den Vorteil, dass es militärisch für die Volksbefreiungsarmee durchführbar wäre. Eine Blockade könnte dabei der Beginn einer militärischen Operation gegen Taiwan sein, bei der China Schritt für Schritt die Anwendung militärischer Gewalt steigert, bis Taiwan kapituliert oder aus Sicht der Volksrepublik ausrei-

<sup>06</sup> Taiwan Relations Act, 10.4.1979, [www.congress.gov/bill/96th-congress/house-bill/2479](http://www.congress.gov/bill/96th-congress/house-bill/2479).

chend Konzessionen macht, also sich einer Annexion unter für Beijing akzeptablen Bedingungen nicht länger verweigert. Allerdings erscheint es unwahrscheinlich, dass Taiwan nicht versuchen würde, die Blockade durch das eigene Militär zu durchbrechen. In diesem Fall würde es letztlich zu einem Krieg zwischen beiden Seiten kommen. Um Taiwans Militär daran zu hindern, die Volksbefreiungsarmee anzugreifen, müsste China auch Ziele auf Taiwan selbst attackieren. Hinzu kommt, dass auch die USA vermutlich auf eine Blockade reagieren würden. Zum Beispiel könnten sie einen Konvoi aus Schiffen schicken, um die Blockade zu durchbrechen. In dem Fall müsste die chinesische Führung entscheiden, ob sie die US-amerikanischen Schiffe angreifen lässt oder es ihnen erlaubt, Taiwan zu erreichen.

Ein zweites Szenario wäre eine Invasion Taiwans durch die Volksbefreiungsarmee. Diese könnte als letzte Stufe in einer Eskalationsspirale erfolgen, nachdem Taiwan bereits durch politische und wirtschaftliche Sanktionen, Propaganda und eine Blockade geschwächt worden wäre. Bei entschlossenem Widerstand der taiwanischen Streitkräfte und der Bevölkerung wäre es für China schwierig und nur unter hohen Verlusten möglich, die Insel zu erobern. Trotzdem könnte sich Taiwan eines massiven chinesischen Angriffs über mehrere Tage oder Wochen hinaus nur mit Unterstützung durch die USA und gegebenenfalls andere Staaten, wie Japan und Australien, erwehren. Expert:innen sind sich uneinig in der Frage, welche Seite in einem Konflikt den Sieg davontragen würde.<sup>07</sup> In jedem Fall wäre es ein Pyrrhussieg, unabhängig davon, wer gewinnen würde – für Taiwan wäre jeder Krieg eine Katastrophe. Selbst im Falle der erfolgreichen Abwehr einer chinesischen Invasion wären vermutlich weite Teile der Insel zerstört und viele Menschen tot oder verwundet. Aber auch für China und die USA wäre eine militärische Eskalation nicht nur kostspielig und mit hohen Verlusten verbunden, letztlich würde ein Krieg zwischen den beiden größten Wirtschafts- und Militärmächten der Welt auch zu einer globalen Wirtschaftskrise führen.

Bei der Frage nach dem möglichen Zeitpunkt für einen Krieg zwischen China und Taiwan gibt es ebenfalls unterschiedliche Einschätzungen. Je

nach Projektionen über das Machtgleichgewicht zwischen China auf der einen Seite und Taiwan und den USA auf der anderen wird eine Invasion in den Jahren 2025 bis 2027, in den 2030er oder 2040er Jahren für wahrscheinlicher gehalten.<sup>08</sup> Je nachdem, wie sich die Volkswirtschaften und militärischen Fähigkeiten beider Seiten entwickeln, variiert der Zeithorizont. Diejenigen, die Chinas wirtschaftliche Entwicklung eher pessimistisch einschätzen, halten eine Invasion in näherer Zeit für wahrscheinlicher, weil China in zehn oder 15 Jahren vielleicht nicht mehr die militärische Stärke für einen erfolgreichen Angriff hätte. Für einen baldigen Angriff spricht auch, dass Taiwan, die USA und andere Verbündete, wie Japan, unter Umständen nicht ausreichend vorbereitet sind, um einen chinesischen Angriff erfolgreich abzuwehren. Die USA haben erst unter der Trump-Administration ernsthaft damit begonnen, ihre militärischen Ressourcen im asiatisch-pazifischen Raum auszubauen und sich auf einen Konflikt mit China vorzubereiten. Chinas Staats- und Parteiführer Xi Jinping soll die chinesische Volksbefreiungsarmee angewiesen haben, bis 2027 für eine Invasion Taiwans vorbereitet zu sein.<sup>09</sup>

Ob und wann es zu einem militärischen Konflikt um Taiwan kommt, hängt somit von mehreren Faktoren ab. Dabei wird auch einiges von Xi Jinping persönlich abhängen. Viele gehen davon aus, dass er während seiner Amtszeit, die eventuell mit seiner Lebenszeit zusammenfällt, Chinas imperiale Ambition einer Annexion Taiwans verwirklichen will. Sein Leitbild der „großen Auferstehung der chinesischen Nation“ und der Verwirklichung des „chinesischen Traums“ soll bis 2049 realisiert werden und wäre ohne eine Annexion Taiwans unvollständig.<sup>10</sup> Insgesamt bleibt aber unsicher, ob eine Invasion überhaupt droht und falls ja, zu welchem Zeitpunkt. Sicher ist nur, dass Taiwan, die USA und die EU sich auf ei-

**08** Vgl. Elbridge Colby, *America Must Prepare for a War Over Taiwan*, 10.8.2022, [www.foreignaffairs.com/united-states/america-must-prepare-war-over-taiwan](http://www.foreignaffairs.com/united-states/america-must-prepare-war-over-taiwan); Andrew J. Nathan, *Beijing Is Still Playing the Long Game on Taiwan*, 23.6.2022, [www.foreignaffairs.com/articles/china/2022-06-23/beijing-still-playing-long-game-taiwan](http://www.foreignaffairs.com/articles/china/2022-06-23/beijing-still-playing-long-game-taiwan).

**09** Vgl. Amy Hawkins, *Taiwan Foreign Minister Warns of Conflict with China in 2027*, 21.4.2023, [www.theguardian.com/world/2023/apr/21/taiwan-foreign-minister-warns-of-conflict-with-china-in-2027](http://www.theguardian.com/world/2023/apr/21/taiwan-foreign-minister-warns-of-conflict-with-china-in-2027).

**10** Vgl. David Sacks, *What Xi Jinping's Major Speech Means for Taiwan*, 6.7.2021, [www.cfr.org/blog/what-xi-jinpings-major-speech-means-taiwan](http://www.cfr.org/blog/what-xi-jinpings-major-speech-means-taiwan).

**07** Vgl. Mark F. Cancian/Matthew Cancian/Eric Heginbotham, *The First Battle of the Next War. Wargaming a Chinese Invasion of Taiwan*, Washington, D. C. 2023, [www.csis.org/analysis/first-battle-next-war-wargaming-chinese-invasion-taiwan](http://www.csis.org/analysis/first-battle-next-war-wargaming-chinese-invasion-taiwan).

nen solchen Konflikt vorbereiten müssen – mit dem Ziel, diesen durch eine Bündelung der politischen, wirtschaftlichen und militärischen Abschreckungskapazitäten zu verhindern.

## STRATEGIEN GEGEN EINEN CHINESISCHEN ANGRIFF

Taiwan, dessen Nachbarstaaten und die USA reagieren auf Chinas zunehmend aggressives Verhalten nicht nur mit neuen Strategien, sondern auch mit einer Erhöhung ihrer Verteidigungsausgaben. Taiwan hat seit Amtsantritt von Präsidentin Tsai 2016 seinen Verteidigungsetat deutlich gesteigert, auf über 20 Milliarden US-Dollar für 2023. Zur Steigerung der Verteidigungsausgaben tragen verschiedene Sonderausgaben bei, wie der Kauf von F-16-Kampfflugzeugen von den USA und die gesteigerte Produktion von Raketen. Das geschätzte Verteidigungsbudget der Volksrepublik beträgt dagegen aber mindestens das Fünzfache. Taiwan hat außerdem die bestehende Wehrpflicht von vier Monaten auf ein Jahr erhöht und die Reservestreitkräfte- und Territorialverteidigung gestärkt. Die verlängerte Wehrpflicht wird im Januar 2024 eingeführt.

Taiwans Militär verfolgt dabei die sogenannte Stachelschweinstrategie, die eine Invasion durch China so schwer und kostspielig wie möglich machen soll. Mobile Defensivwaffen, wie Raketen, Drohnen und Minen, Befestigungsanlagen und eine umfassende Mobilisierung der taiwanischen Bevölkerung für einen Abwehrkampf, sind die Grundpfeiler dieser Strategie. Mobile Panzer- und Flugabwehrraketen, wie die US-amerikanischen Javelin und Stinger, gehören dabei zu den essenziellen Waffensystemen. Darüber hinaus modernisiert und erweitert Taiwan seine „großen“ Waffensysteme, wie Kriegsschiffe, U-Boote, Panzer und Kampfflugzeuge, die im Kauf allerdings sehr teuer sind. Diese eher traditionellen Kampfmittel sind erforderlich, um auf chinesische Grauzonen-taktiken, wie das Eindringen chinesischer Kampfflugzeuge und Kriegsschiffe in Taiwans Luftüberwachungsraum und Gewässer, reagieren zu können. Dennoch käme dem im Falle einer chinesischen Invasion nur begrenzter Nutzen zu. Viele Flugzeuge und Schiffe würden vermutlich innerhalb kurzer Zeit durch massive chinesische Raketenangriffe und Bombardements zerstört werden.

Letztlich hängt die „richtige“ Strategie von der Einschätzung der Bedrohung ab. Steht eine Invasi-

on bevor oder wird China eher seine Grauzonen-taktiken fortsetzen? Wann wäre mit einer Invasion zu rechnen oder bleibt ein solches Szenario unwahrscheinlich? Vor allem die USA drängen Taiwan dazu, stärker auf die Stachelschweinstrategie zu setzen und sich besser auf das Szenario einer Invasion vorzubereiten, während Taiwans Verteidigungsministerium weiterhin den großen und kostspieligen Waffensystemen eine maßgebliche Rolle in der militärischen Strategie und Planung zugesteht, gleichberechtigt neben der Stachelschweinstrategie.

Die USA haben ebenfalls damit begonnen, ihre militärische Präsenz im pazifischen Raum zu verstärken. Die chinesische Strategie würde im Kriegsfall darauf zielen, die US-Streitkräfte an einer Unterstützung Taiwans zu hindern. Dies impliziert nicht nur einen erschwerten Zugang nach Taiwan, sondern auch zum Luftraum und den Gewässern im Westpazifik. Die Strategie, dem Gegner den Zugang und die Bewegung in einem Operationsgebiet zu verwehren oder deutlich zu erschweren, wird auch als „Anti-Access/Area-Denial“-Strategie (A2/AD) bezeichnet. Da der Großteil der US-Streitkräfte im Pazifik auf einige wenige Militärbasen in Japan, Südkorea und auf der Insel Guam konzentriert ist, spielen Flugzeugträger eine wichtige Rolle in den Konfliktszenarien. Die chinesische Strategie bestünde folglich in massiven Raketenangriffen auf Militärbasen, Flugzeugträger und andere Kriegs- und Versorgungsschiffe, die im Westpazifik operieren beziehungsweise sich Taiwan nähern, um eine A2/AD-Strategie zu realisieren.

Die USA wiederum haben damit begonnen, die Verwundbarkeit ihrer Streitkräfte für chinesische Angriffe zu reduzieren. Eine möglichst dezentrale Streuung ihrer Streitkräfte auf viele Standorte und eine hohe Mobilität selbiger sind die Eckpfeiler dieser angepassten Strategie der „verteilten Tödlichkeit“ (*distributed lethality*).

Darüber hinaus kommt den US-Alliierten eine bedeutende Rolle zu, vor allem Japan, Australien und den Philippinen. Japan verfügt – auf einem ähnlichen Niveau wie Südkorea – nach den USA und China über die stärksten Streitkräfte in der Region und hat ein großes Interesse an der Bewahrung von Stabilität und Frieden in der Taiwanstraße. Alle Nachbarstaaten Chinas und Taiwans teilen die Sorge um eine Eskalation des Taiwankonflikts und wünschen sich eine Bewahrung von Frieden und regionaler Stabilität. Die meisten Staaten sind dabei entweder Alliierte der USA oder stehen den USA nahe, da sie eine chinesische



Hegemonie in Ostasien fürchten. Die USA bilden dazu ein Gegengewicht und werden häufig als Garant für Sicherheit und Stabilität gesehen. Gleichzeitig ist China für die meisten Staaten in der Region ein wichtigerer Handelspartner als die USA, sodass sich die Staaten vor allem eine Bewahrung des Status quo wünschen: Die USA garantieren ihre Sicherheit, aber gleichzeitig können sie weiter mit der Volksrepublik Handel treiben.

## DEUTSCHLAND UND DIE EU

Deutschland und die Europäische Union sollten aufgrund der gravierenden Konsequenzen eines Krieges in der Taiwanstraße versuchen, diesen zu verhindern, sich aber gleichzeitig darauf vorbereiten. Zur Prävention gehört in erster Linie ein Beitrag dazu, den Preis eines Krieges für China hochzutreiben. Die EU kann durch Androhung von wirtschaftlichen und politischen Sanktionen das chinesische Kalkül beeinflussen und zur Abschreckung Chinas beitragen.

Schließlich sollte die EU Taiwan stärker unterstützen, um den Staat widerstandsfähiger gegen chinesische Drohgebärden oder im Extrem-

fall eine Invasion zu machen. Dabei muss die EU nicht unbedingt direkte militärische Hilfe, wie zum Beispiel Waffenlieferungen, leisten. Die Förderung von bilateralem Handel und Investitionen, Austausch im Bereich Bildung und Forschung und politische Unterstützung durch Treffen hochrangiger Politiker:innen stärken die Position Taiwans bereits. Nur ein prosperierendes Taiwan ist in der Lage, die erforderlichen finanziellen Ressourcen für die eigene Verteidigungsfähigkeit aufzuwenden und im Systemwettbewerb mit der Volksrepublik China zu bestehen. Je sichtbarer Taiwan in Europa und der Welt wird und je mehr Unterstützung es auf verschiedenen Ebenen erhält, desto kostspieliger und schwieriger wird die Anwendung militärischer Gewalt für China.

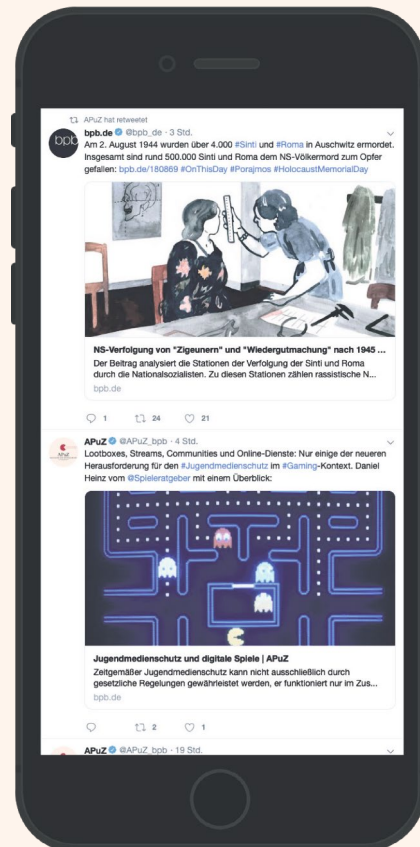
## FRÉDÉRIC KRUMBEIN

ist Heinrich Heine Gastprofessor an der Tel Aviv University. In der Schriftenreihe der bpb wird er 2023 gemeinsam mit David Demes einen Band zur Politik, Gesellschaft und Geschichte Taiwans sowie dem Konflikt mit der Volksrepublik China veröffentlichen.

frederic.krumbein@fu-berlin.de

## Immer informiert.

Bestellen Sie unseren APuZ-Newsletter oder folgen Sie uns bei Twitter!



# ZIEMLICH BESTE RIVALEN?

## Sino-russische Beziehungen nach dem Angriff auf die Ukraine

*Nele Noesselt*

Als der russische Präsident Wladimir Putin am 4. Februar 2022 anlässlich der Olympischen Winterspiele Beijing besuchte, unterzeichneten er und der chinesische Staats- und Parteichef Xi Jinping ein Dokument zur umfassenden Vertiefung der Kooperation, in dem auch die „grenzenlose Freundschaft“ zwischen ihren beiden Ländern bekundet wurde.<sup>01</sup> 2021 war der erstmals 2001 unterzeichnete Vertrag über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit<sup>02</sup> im Rahmen eines Telefonats zwischen den beiden Staatspräsidenten bekräftigt und um neue Themenfelder erweitert worden.<sup>03</sup> Die Formel der „grenzenlosen“ Partnerschaft befeuerte allerdings weltweit Spekulationen über die finale Zementierung einer neuen autokratischen sino-russischen Opposition zur bestehenden regelbasierten liberalen Weltordnung. Allerdings blieben die meisten Punkte der Kooperationserklärung äußerst vage, weshalb internationale Analysten von einer „undeclared alliance“ sprechen.<sup>04</sup> Diese signalisiert die wechselseitige symbolische Unterstützung, ohne jedoch konkrete Verpflichtungen für einen gegebenenfalls militärischen Bündnisfall zu formulieren.

Dass Beijing diese Freundschaft nicht als Nibelungentreue auslegt, verdeutlicht das Abstimmungsverhalten Chinas im Rahmen der Vereinten Nationen. Die Volksrepublik hat den russischen Angriffskrieg in der Ukraine seit dem 24. Februar 2022 nicht offiziell verurteilt und sich bei entsprechenden UN-Abstimmungen enthalten – wie bereits 2014 angesichts der russischen Annexion der Krim-Halbinsel: Als im März 2014 eine Resolution zur territorialen Unversehrtheit der Ukraine in der UN-Generalversammlung angenommen wurde – mit 100 Stimmen dafür, elf Gegenstimmen und 58 Enthaltungen –,<sup>05</sup> wählte China den symbolischen Mittelweg der Stimmenthaltung. Auch auf der elften Sondersitzung der UN-Generalversammlung 2022 enthielt sich die Volksre-

publik bei der Abstimmung über die Resolution zu den humanitären Folgen des Angriffs auf die Ukraine.<sup>06</sup> Es gab nur fünf Gegenstimmen – von Belarus, Eritrea, Nordkorea, Syrien und Russland selbst. Zuvor hatte es bereits eine Initiative der USA und Albanien im UN-Sicherheitsrat gegeben, mit einer Resolution ein umgehendes Ende des Militäreinsatzes zu verlangen und die Anerkennung von Donezk und Luhansk als eigenständige Volksrepubliken durch Russland rückgängig zu machen. Russland verhinderte die Resolution mit seinem Veto – China, Indien und die Vereinigten Arabischen Emirate enthielten sich. Der Vertreter Chinas bei der UN betonte die komplexen historischen Wurzeln des Konflikts und sprach sich für die Notwendigkeit einer auf Dialog und Konsultation beruhenden Beilegung der Streitigkeiten aus. Zudem formulierte er, dass die Ukraine eine wichtige Brücke zwischen Ost und West darstelle und nicht zum Außenposten anderer Großmächte werden sollte.<sup>07</sup>

Das Abstimmungsverhalten Chinas – symbolische Stimmenthaltung mit dem Anspruch, sich als „neutraler“ Akteur auszuweisen – bleibt dem grundlegenden Muster der zurückliegenden Dekaden treu: Als ständiges Mitglied des UN-Sicherheitsrates verfügt Beijing über ein permanentes Vetorecht, nutzt dieses in der Regel jedoch nicht. Die von China eingebrachten Vetos seit 2011 betrafen mehrheitlich Resolutionen zu Syrien. Die USA und Russland, ebenso wie Frankreich und Großbritannien, machten weitaus häufiger von ihrem Vetorecht Gebrauch.<sup>08</sup>

Die VR China schreckt offensichtlich vor symbolischen Handlungen zurück, die auf einen Schulterchluss zwischen Beijing und Moskau schließen lassen könnten. Allerdings hat die chinesische Berichterstattung die Terminologie Russlands übernommen und vermeidet in der Regel den Begriff „Krieg“ zur Lage in der Ukraine. Par-

allelen und Gemeinsamkeiten in der offiziellen Interpretation durch die chinesischen und russischen Staatsmedien finden sich zudem in der Identifikation der NATO-Osterweiterung und den von beiden Staaten perzipierten Hegemoniebestrebungen der USA als Ursache des Konfliktes.<sup>09</sup>

### 2023: „FELSENFESTE“ BEZIEHUNGEN?

Im Februar 2023 hatte der damals noch amtierende chinesische Außenminister Wang Yi bei seinem Besuch in Russland die Beziehungen mit der chinesischen Formel „stabil wie der Berg Tai“ als unerschütterlich und robust bezeichnet.<sup>10</sup> Im März 2023 begab sich Xi Jinping, gerade für eine dritte Amtszeit als Staatspräsident durch den Nationalen Volkskongress bestätigt, auf eine Staatsvisite nach Moskau, wo er mit Wladimir Putin zusammentraf.<sup>11</sup> Dieser wird im Zuge des Krieges in der Ukraine durch den Westen nicht nur sanktioniert, sondern gilt seit der Verhängung des Haftbefehls durch den Internationalen Strafgerichtshof am 17. März 2023 zusätzlich als symbolisch isoliert und geächtet.<sup>12</sup> Xis Besuch steht dem internationalen Druck auf Beijing entgegen, sich der Verurteilung Russlands anzuschließen und seine Sonderbeziehungen mit Moskau einzustellen, um auf eine Beendigung des Krieges hinzuwirken.

Zugleich befinden sich die USA und ihre Verbündeten in Opposition zu Beijings maritimen

Machtansprüchen und haben ihre militärischen Abschreckungspotenziale im Indopazifik sukzessive verstärkt.<sup>13</sup> Aus Sicht Beijings ist durch den Erlass neuer US-Bundesgesetze zu Taiwan<sup>14</sup> und der daran anknüpfenden hochrangigen Reisediplomatie zwischen US-Delegationen und der autonomieorientierten Präsidentin Taiwans, Tsai Ing-wen, der Status quo ausgehebelt worden. Die Eskalationsspirale im Indopazifik dreht sich weiter; die USA haben ihre regionale Sicherheitsarchitektur ausgebaut und Bündnisstrukturen wie den quadrilateralen Sicherheitsdialog, auch bekannt unter der Kurzform Quad, mit Australien, Indien und Japan reaktiviert. Beijing fühlt sich zunehmend durch ein proamerikanisches Sicherheitsbündnis umzingelt, das selbst urkommunistische Akteure wie Vietnam einbezieht. Somit ist es wenig erstaunlich, dass sich die VR China nicht an den Forderungskatalogen der USA und ihrer Bündnispartner orientiert, sondern die Kooperation mit Russland daraufhin prüft, inwiefern diese den eigenen nationalen Wirtschafts- und Sicherheitsinteressen dienen kann. So wurden zum Beispiel bei Xis Staatsbesuch in Russland im März 2023 Abkommen unterzeichnet, die einen Ausbau der russischen Gas- und Öllieferungen nach China im Tausch gegen Technologielieferungen vorsehen.

China hat mehrfach Vorschläge für eine Beendigung des Krieges formuliert, detailliert ausgeführt in Xis Zwölf-Punkte-Plan im Februar 2023,<sup>15</sup>

**01** Joint Statement of the Russian Federation and the People's Republic of China on the International Relations Entering a New Era and the Global Sustainable Development, 4.2.2022, [www.en.kremlin.ru/supplement/5770](http://www.en.kremlin.ru/supplement/5770).

**02** Vgl. Treaty of Good-Neighborliness and Friendly Cooperation Between the People's Republic of China and the Russian Federation, 24.7.2001, [www.fmprc.gov.cn/mfa\\_eng/wjdt\\_665385/2649\\_665393/200107/t20010724\\_679026.html](http://www.fmprc.gov.cn/mfa_eng/wjdt_665385/2649_665393/200107/t20010724_679026.html).

**03** Vgl. Xi Jinping, Forging Ahead to Open a New Chapter of China-Russia Friendship, Cooperation and Common Development, 20.3.2023, [www.fmprc.gov.cn/eng/wjdt\\_665385/zjyh\\_665391/202303/t20230320\\_11044359.html](http://www.fmprc.gov.cn/eng/wjdt_665385/zjyh_665391/202303/t20230320_11044359.html).

**04** Graham Allison, Xi and Putin Have the Most Consequential Undeclared Alliance in the World, 23.3.2023, <https://foreignpolicy.com/2023/03/23/xi-putin-meeting-china-russia-undeclared-alliance>.

**05** Vgl. UN Doc. A/RES/68/262. Für den deutschen Text der Resolution siehe [www.un.org/depts/german/gv-68/band3/ar68262.pdf](http://www.un.org/depts/german/gv-68/band3/ar68262.pdf).

**06** Vgl. UN Doc. A/RES/ES-11/1.

**07** Vgl. Security Council Fails to Adopt Draft Resolution on Ending Ukraine Crisis, as Russian Federation Wields Veto, 25.2.2022, <https://press.un.org/en/2022/sc14808.doc.htm>.

**08** Siehe <https://research.un.org/en/docs/sc/quick/veto>.

**09** Vgl. bspw. Dangerous and Irresponsible for US and NATO to Push Russia Step by Step, 27.3.2023, [www.globaltimes.cn/page/202303/1288052.shtml](http://www.globaltimes.cn/page/202303/1288052.shtml).

**10** Zit. nach Russian President Vladimir Putin Meets with Wang Yi, 22.2.2023, [http://penang.china-consulate.gov.cn/eng/zgyw\\_11/202302/t20230224\\_11030788.htm](http://penang.china-consulate.gov.cn/eng/zgyw_11/202302/t20230224_11030788.htm).

**11** Vgl. Xi Jinping Arrives in Moscow for State Visit to Russia, 20.3.2023, [www.fmprc.gov.cn/eng/zxxx\\_662805/202303/t20230320\\_11045307.html](http://www.fmprc.gov.cn/eng/zxxx_662805/202303/t20230320_11045307.html).

**12** Vgl. Situation in Ukraine: ICC Judges Issue Arrest Warrants Against Vladimir Vladimirovich Putin and Maria Alekseyevna Lvova-Belova, 17.3.2023, [www.icc-cpi.int/news/situation-ukraine-icc-judges-issue-arrest-warrants-against-vladimir-vladimirovich-putin-and](http://www.icc-cpi.int/news/situation-ukraine-icc-judges-issue-arrest-warrants-against-vladimir-vladimirovich-putin-and).

**13** Siehe hierzu auch die 2022 aktualisierte Indopazifik-Strategie der USA: [www.whitehouse.gov/wp-content/uploads/2022/02/U.S.-Indo-Pacific-Strategy.pdf](http://www.whitehouse.gov/wp-content/uploads/2022/02/U.S.-Indo-Pacific-Strategy.pdf).

**14** Dies betrifft insbesondere den Taiwan Travel Act von 2018 und den im März 2020 in Kraft getretenen Taiwan Allies International Protection and Enhancement Initiative Act von 2019.

**15** Vgl. China's Position on the Political Settlement of the Ukraine Crisis, 24.2.2023, [www.fmprc.gov.cn/mfa\\_eng/zxxx\\_662805/202302/t20230224\\_11030713.html](http://www.fmprc.gov.cn/mfa_eng/zxxx_662805/202302/t20230224_11030713.html).

mit denen der russische Präsident, wie er bei einem bilateralen Treffen betonte, grundsätzlich einverstanden war.<sup>16</sup> Gerade dies sorgt allerdings für Kritik seitens internationaler Analysten, die China nicht als unabhängigen Mediator, sondern als Verbündeten und Fürsprecher russischer Interessen einstufen. Dies gilt insbesondere vor dem Hintergrund der noch vor Beginn des russischen Angriffs auf die Ukraine weit verbreiteten Szenarien einer möglichen Synchronisation der russischen und chinesischen Außenpolitik gegenüber der Ukraine und Taiwan. Zwar ist kein zeitgleicher Angriff erfolgt, doch befürchtet die westliche Bündnispolitik weiterhin eine militärische Wiedereingliederung Taiwans durch die Volksrepublik. Im April 2023 verurteilten die Außenministerinnen und Außenminister der G7-Staaten bei ihrem Treffen in Japan den russischen Angriffskrieg und warnen nicht nur Moskau, sondern parallel auch Beijing.<sup>17</sup> Kurz davor hatte die deutsche Außenministerin Annalena Baerbock bei ihrem Staatsbesuch in Beijing eine entsprechende Warnung sehr direkt ausgesprochen und betont, dass Europa eine gewaltsame Veränderung des Status quo nicht akzeptieren werde. Zugleich forderte sie, dass Beijing Russland nicht mit Waffen für seinen Krieg in der Ukraine beliefern sollte.<sup>18</sup> Der chinesische Außenminister verwahrte sich gegen entsprechende Belehrungen und Zurechtweisungen aus dem Westen. Vor dem Hintergrund dieser diplomatischen Verstimmungen erschien die unmittelbar darauf durchgeführte – bereits länger geplante – Russlandreise des im März 2023 neuernannten chinesischen Verteidigungsministers Li Shangfu fast schon wie eine symbolische Retourkutsche. Li traf in Moskau nicht nur mit dem russischen Verteidigungsminister, sondern auch direkt mit Putin zusammen.<sup>19</sup>

**16** Vgl. Putin, Xi Pledge Friendship but Talks Yield no Ukraine Breakthrough, 24. 3. 2023, [www.reuters.com/world/europe/putin-meets-dear-friend-xi-kremlin-ukraine-war-grinds-2023-03-20](http://www.reuters.com/world/europe/putin-meets-dear-friend-xi-kremlin-ukraine-war-grinds-2023-03-20).

**17** Vgl. G7 Japan 2023 Foreign Ministers' Communiqué, 18. 4. 2023, [www.state.gov/g7-japan-2023-foreign-ministers-communication](http://www.state.gov/g7-japan-2023-foreign-ministers-communication).

**18** Für einen Überblick der Beijing-Reise von Annalena Baerbock und Ausschnitte aus der Rede vgl. Tagesschau, 14. 4. 2023, [www.tagesschau.de/ausland/asien/baerbock-china-111.html](http://www.tagesschau.de/ausland/asien/baerbock-china-111.html).

**19** Vgl. David Ljunggren, Putin, Chinese Defense Minister Hail Military Cooperation, 16. 3. 2023, [www.reuters.com/world/putin-meets-chinese-defence-minister-hails-military-cooperation-2023-04-16](http://www.reuters.com/world/putin-meets-chinese-defence-minister-hails-military-cooperation-2023-04-16).

## EGOZENTRISCHE ZWECKGEMEINSCHAFT?

Trotz der medial zur Schau gestellten Kooperation entsprechen die gegenwärtigen sino-russischen Beziehungen eher einer Zweckgemeinschaft als einer Neuaufgabe der sozialistischen Brüderschaft. So finden sich zwar auf der einen Seite überlappende Interessen und weltpolitische Zielsetzungen: In ihrer außenpolitischen Rhetorik haben China und Russland seit dem Zerfall des sowjetischen Blocks formuliert, auf eine multipolare Weltordnung hinarbeiten zu wollen. Beide Staaten üben deutliche Kritik an der Osterweiterung der Nato sowie an den reaktivierten und erweiterten Sicherheitsallianzen der USA, nicht zuletzt jenen im Indopazifik.

Auf der anderen Seite hat Beijing in den vergangenen Jahren seine ganz eigene Vision einer „neuen“ Weltordnung formuliert: Neben der Belt and Road Initiative hat Xi Jinping mit den Konzepten der 2021 initiierten Globalen Entwicklungsinitiative<sup>20</sup> und der 2022 auf dem Boao Forum umrissenen Globalen Sicherheitsinitiative<sup>21</sup> den chinesischen Anspruch unterstrichen, alternative Ordnungskonzeptionen global verankern zu wollen. Die Globale Sicherheitsinitiative betonte das Prinzip der „unteilbaren Sicherheit“ – ein Konzept, das auch von Russland bestätigt wird: Im Februar 2022 forderte der russische Außenminister Sergej Lawrow die USA und ihre Verbündeten auf, das OSZE-Abkommen von 1999 zu respektieren, dass kein Staat „seine Sicherheit auf Kosten anderer Staaten vergrößern dürfe“.<sup>22</sup> In einem Telefongespräch mit dem ukrainischen Außenminister Dmytro Kuleba am 1. März 2022 hatte Chinas Außenminister Wang Yi ebenfalls Chinas Engagement für dieses Prinzip betont.<sup>23</sup>

**20** Vgl. Xi Jinping Attends the General Debate of the 76th Session of the United Nations General Assembly and Delivers an Important Speech, 22. 9. 2021, [www.fmprc.gov.cn/mfa\\_eng/wjb\\_663304/zzjg\\_663340/gjs\\_665170/gjxw\\_665172/202109/t20210923\\_9580159.html](http://www.fmprc.gov.cn/mfa_eng/wjb_663304/zzjg_663340/gjs_665170/gjxw_665172/202109/t20210923_9580159.html).

**21** Vgl. Xi Jinping Delivers a Keynote Speech at the Opening Ceremony of the Boao Forum for Asia Annual Conference 2022, 21. 4. 2022, [http://om.china-embassy.gov.cn/eng/zgyw/202204/t20220421\\_10671083.htm](http://om.china-embassy.gov.cn/eng/zgyw/202204/t20220421_10671083.htm).

**22** Zit. nach Stefan Kornelius, Russland pocht auf Verträge, 1. 2. 2022, [www.sueddeutsche.de/1.5519884](http://www.sueddeutsche.de/1.5519884). Vgl. auch OSZE, Europäische Sicherheitscharta, Istanbul 1999, [www.osce.org/files/f/documents/b/f/125809.pdf](http://www.osce.org/files/f/documents/b/f/125809.pdf).

**23** Vgl. Telefonat zwischen den Außenministern Wang Yi und Dmytro Kuleba [Chinesisch], 1. 3. 2022, [www.fmprc.gov.cn/wjdt\\_674879/gjldrhd\\_674881/202203/t20220301\\_10646886.shtml](http://www.fmprc.gov.cn/wjdt_674879/gjldrhd_674881/202203/t20220301_10646886.shtml).

Xi hatte bis in den Herbst 2022 eine „Null-Covid-Strategie“ mit umfassenden Quarantäneauflagen und drakonischen Lockdowns verfolgt und im Zuge dessen auch seine eigenen Reiseaktivitäten eingestellt. Das Gipfeltreffen der Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit, das im September 2022 in Usbekistan stattfand, bot den Rahmen für das erste persönliche Zusammentreffen zwischen Xi und Putin seit Beginn des Krieges in der Ukraine. Der Empfang, der den beiden Staatspräsidenten bei ihrer jeweiligen Ankunft am Flughafen in Samarkand zuteilwurde, sprach allerdings Bände. So wurde für Xi eine prachtvoll geschmückte Empfangspromenade auf dem Flugfeld aufgebaut, die durch eine speziell hierfür errichtete Pagode führte. Umrahmt wurde die Begrüßung durch Musik und Tanzgruppen, der usbekische Präsident war höchstpersönlich zugegen.<sup>24</sup> Ganz anders, vergleichsweise sang- und klanglos, erfolgte die Landung des russischen Präsidenten, dem keine entsprechenden Ehren entgegengebracht wurden.<sup>25</sup> Dies verdeutlichte die Skepsis und Ängste der zentralasiatischen Staaten vor möglichen wiedererstarkenden Kontrollansprüchen Moskaus. Am Rande des Gipfeltreffens äußerten sich Putin und Xi zur Situation in der Ukraine. Der russische Präsident lobte Chinas ausgeglichene Positionierung und kritisierte Tendenzen der Zementierung einer unipolaren Weltordnung durch die USA. In dem Zusammenhang wies er die Weigerung Washingtons, mit Russland über eine neue Friedens- und Sicherheitsordnung in Europa jenseits der Nato zu verhandeln, als Auslöser der militärischen Eskalation aus. Darüber hinaus formulierte er proaktiv, dass Moskau am Ein-China-Prinzip festhalte, und er verurteilte die Positionierung der USA in der Taiwanstraße als provokativen Akt. Ein entsprechendes Statement der Unterstützung der russischen Ukraine-Position durch Beijing blieb hingegen aus.

Zudem vermeidet Beijing eine formale Verletzung der internationalen Sanktionen gegen Russland und betont immer wieder, dass es keine Waffen an Russland liefern werde. Gleichzei-

tig unterstreicht die chinesische Seite die Notwendigkeit, eine dialogbasierte Beilegung des Konflikts zu erwirken, und hält damit an ihrem Mantra einer friedensorientierten Außen- und Weltpolitik fest.<sup>26</sup>

### BRÖCKELNDE FASSADE?

Die offizielle Berichterstattung in China und Russland lässt jedoch substanzielle Grenzen der „grenzenlosen“ Partnerschaft erahnen. Das Telefongespräch zwischen Putin und Xi am 15. Juni 2022 wurde gemeinhin als ein Akt der Bestätigung der symbolischen Unterstützung Beijings für Russland interpretiert. Ein genauerer Blick zeigt jedoch, dass sich die Regierung in Beijing der Risiken bewusst ist, als (militär)strategischer Partner und enger Verbündeter Moskaus wahrgenommen zu werden. Daher unterstreichen die Medien das chinesische Selbstbild, als Förderer und Verteidiger des globalen Friedens und der Stabilität der Weltwirtschaft zu fungieren. Während die chinesische Seite das Verständnis für Russlands Sicherheits- und Souveränitätsbelange bekräftigt, drängt sie dennoch auf eine verantwortungsvolle, dialogbasierte Lösung des Konflikts zwischen Russland und der Ukraine.<sup>27</sup> Die von Beijing artikulierten Rollenansprüche bestehen auf den Grundsätzen des Friedens, der Entwicklung und der Zusammenarbeit. Dazu gehört auch ein starkes Engagement für Diplomatie und Konfliktprävention.

Die russische Berichterstattung über das Telefonat vermeldete hingegen Beijings allumfassende Anerkennung „der Legitimität der Maßnahmen Russlands zum Schutz seiner grundlegenden nationalen Interessen angesichts der Herausforderungen für seine Sicherheit, die durch externe Kräfte geschaffen wurden“ und kündigte eine Stärkung der zukünftigen bilateralen Zusammenarbeit an.<sup>28</sup>

Offensichtlich besteht ein deutlicher Widerspruch zwischen den beiden offiziellen Zusammenfassungen des Telefonats. Die chinesische Seite sucht nach einer neutralen Position zwischen

<sup>24</sup> Vgl. hierzu den Mitschnitt der Landung und des offiziellen Empfangs am Flughafen in Samarkand, 15.9.2022, <http://en.people.cn/n3/2022/0915/c90000-10147356.html>.

<sup>25</sup> Vgl. hierzu den kurzen Zusammenschnitt der Anreise Putins, 15.9.2022, [www.youtube.com/watch?v=jdULQfrTCIk](http://www.youtube.com/watch?v=jdULQfrTCIk).

<sup>26</sup> Vgl. President Xi Jinping Meets With Russian President Vladimir Putin, 15.9.2022, [www.fmprc.gov.cn/mfa\\_eng/zxxx\\_662805/202209/t20220915\\_10766678.html](http://www.fmprc.gov.cn/mfa_eng/zxxx_662805/202209/t20220915_10766678.html).

<sup>27</sup> Vgl. die Zusammenfassung auf der Webseite des chinesischen Außenministeriums [Chinesisch], 25.2.2023, [www.mfa.gov.cn/zyxw/202202/t20220225\\_10645684.shtml](http://www.mfa.gov.cn/zyxw/202202/t20220225_10645684.shtml).

<sup>28</sup> Telephone Conversation with President of China Xi Jinping, 15.6.2022, <http://en.kremlin.ru/events/president/news/68658>.

Russland und der Ukraine. In einem Telefongespräch mit dem ukrainischen Außenminister Kuleba am 4. April 2022 erklärte Wang Yi, dass die Volksrepublik davon absehen würde, Russland mit Waffen zu unterstützen.<sup>29</sup> Darüber hinaus haben chinesische staatseigene Bankinstitute Berichten zufolge die gegen Russland verhängten Sanktionen weitgehend eingehalten. Es gibt eine spürbare Besorgnis unter chinesischen Analysten, dass China allzu leicht als russischer Verbündeter eingestuft und daher analog mit Wirtschafts- und Finanzsanktionen überzogen werden könnte – eine Eskalation in der Taiwanstraße wäre für die Verhängung solcher Sanktionen keine zwingende Voraussetzung.

### CHINA ALS MEDIATOR UND SCHLICHTER?

Dass sich China in Konfliktkonstellationen als Mediator positioniert, hat vielerorts erneut Spekulationen über eine offene Infragestellung der ordnungspolitischen Führungsrolle der USA evoziert. Chinas Position angesichts des Krieges in der Ukraine wird von Kritikern daher als „pro-russische Neutralität“ klassifiziert, was zugleich suggeriert, dass jede von China (mit)herbeigeführte Konfliktregulierung auf ein Respektieren der Interessen Putins hinauslaufen würde. Für China hingegen steht die Mediationsrolle für einen weiteren Schritt auf dem Weg zu einer unabhängigen Außenpolitik und für die Positionierung als globale Großmacht mit weltweitem Ordnungsanspruch.

Schon 2017 hatte die Volksrepublik unter Xi Jinping Vorstöße unternommen, die USA in ihrer globalen Rolle als Mediator zu beerben. Die von China orchestrierten Verhandlungen zwischen Israel und Palästina im Geiste von Camp David liefen jedoch ins Leere.<sup>30</sup> Ganz anders im März 2023, als es vermittelt durch China zu ersten symbolischen Schritten der Aussöhnung zwischen Saudi-Arabien und Iran kam. Angefeuert von diesem diplomatischen Erfolg vermeldete der

chinesische Außenminister kurz darauf, im April 2023, das Anliegen, in den jüngsten Spannungen zwischen Israel und Palästina schlichtend eingreifen zu wollen.<sup>31</sup>

Am 26. April 2023, im Nachgang seines Staatsbesuches in Moskau, führte Xi sein erstes offizielles Telefonat mit dem ukrainischen Präsidenten. Dieser pries das Gespräch auf seinem Twitter-Account als „long and meaningful“.<sup>32</sup> Die chinesische Seite kündigte zudem die Entsendung eines Mediators, Li Hui, an. Wenige Tage zuvor hatten Äußerungen des chinesischen Botschafters in Frankreich, Lu Shaye, für einen diplomatischen Eklat gesorgt, da sie dahingehend interpretiert worden waren, dass China die Souveränität der Ukraine ebenso wie jene der baltischen Staaten hinterfrage.<sup>33</sup> Xis Telefonat muss jedoch nicht zwingend eine Reaktion hierauf gewesen sein. Denn im Hintergrund stehen seine Zusagen gegenüber der EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen und dem französischen Präsidenten Emmanuel Macron, denen er bei ihrer Visite in Beijing kurz zuvor signalisiert hatte, dass sich die Volksrepublik vermittelnd in den Konflikt einschalten werde.<sup>34</sup> Die von den USA und ihren transatlantischen Partnern an Xi herangetragene Forderung, die chinesischen Sonderbeziehungen mit Moskau und die wirtschaftliche Abhängigkeit Russlands von Handels- und Finanzierungszusagen aus China zu nutzen, um eine Einstellung des Krieges und einen Rückzug Russlands zu erzwingen, wurde und wird jedoch entschieden zurückgewiesen. Teil des chinesischen Selbstverständnisses als globale Großmacht ist es, Weltfriedenspolitik nach eigenen Vorstellungen und Idealen zu gestalten und China als eigenständigen und unabhängigen Akteur im Weltgeschehen zu positionieren. In der Literatur zu

<sup>29</sup> Vgl. Wang Yi telefoniert mit dem ukrainischen Außenminister Kuleba [Chinesisch], 4. 4. 2022, [www.fmprc.gov.cn/wjdt\\_674879/gjldrh\\_d\\_674881/202204/t20220404\\_10664583.shtml](http://www.fmprc.gov.cn/wjdt_674879/gjldrh_d_674881/202204/t20220404_10664583.shtml).

<sup>30</sup> Vgl. Charlotte Gao, China Vows to Play an Active Role in Settling the Palestine-Israel Issue, 28. 12. 2017, <https://thediplomat.com/2017/12/china-vows-to-play-an-active-role-in-settling-the-palestine-israel-issue>.

<sup>31</sup> Vgl. Guy Burton, China's Offer to Mediate in the Israel-Palestine Conflict Is Overstated – For Now, 26. 4. 2023, <https://thediplomat.com/2023/04/chinas-offer-to-mediate-in-the-israel-palestine-conflict-is-overstated-for-now>.

<sup>32</sup> Zit. nach China's Xi Holds Call with Ukraine's Zelensky for First Time Since Start of the War, 26. 4. 2023, [www.lemonde.fr/en/international/article/2023/04/26/zelensky-says-held-meaningful-talks-with-china-s-xi\\_6024442\\_4.html](http://www.lemonde.fr/en/international/article/2023/04/26/zelensky-says-held-meaningful-talks-with-china-s-xi_6024442_4.html).

<sup>33</sup> Vgl. Patrick Wintour, Baltic States Condemn China Envoy's Remarks Over Sovereignty of Ex-Soviet Nations, 23. 4. 2023, [www.theguardian.com/world/2023/apr/23/france-and-baltic-states-condemn-china-envoy-remarks-over-ukraine-sovereignty](http://www.theguardian.com/world/2023/apr/23/france-and-baltic-states-condemn-china-envoy-remarks-over-ukraine-sovereignty).

<sup>34</sup> Vgl. Celia Hatton/Paul Kirby, Ukraine's Zelensky Holds First War Phone Call with China's Xi, 26. 4. 2023, [www.bbc.com/news/world-europe-65396613](http://www.bbc.com/news/world-europe-65396613).

nationalen Rollenkonzeptionen wird dies exemplarisch mit der Kategorie eines „aktiven unabhängigen“ Akteurs abgebildet.<sup>35</sup> Nachdem China in der post-maoistischen Ära zunächst vorsichtige, beobachtende Schritte auf dem internationalen Parkett gewagt hatte,<sup>36</sup> zeichnet sich seit dem Zugewinn an ökonomischer Macht ein selbstbewussteres Auftreten ab – insbesondere in Zeiten, in denen die kapitalistisch geprägten Wirtschaftssysteme des Westens zunehmend in Erschütterung geraten.

## STRATEGISCHE NON-RIVALITÄT

Im sino-russischen Verhältnis zeigen sich über ein Jahr nach dem Bekenntnis zu einer „grenzenlosen Freundschaft“ deutlich mehr Differenzen und Nuancierungen als es die Formel vermuten lässt. Moskau sieht Beijing nicht nur als Partner, sondern auch als Rivalen und Konkurrenten in Zentralasien. Beide haben in den zurückliegenden Jahren die Absicht bekundet, ihre Infrastruktur- und Integrationsprojekte wie die Belt and Road Initiative und die von Russland angestrebte Eurasische Wirtschaftsunion zu verbinden.<sup>37</sup> Tatsächlich aber beobachtet Moskau die wachsende Präsenz Chinas in Zentralasien mit immer größerem Besorgnis. Auch in Afrika und Lateinamerika konkurrieren die beiden Akteure indirekt um den Ausbau ihrer jeweiligen Machtbasen.

Dennoch stellen Moskau und Beijing ihre Rivalitäten immer dann zurück, wenn sich die Abgrenzungen und Kritikäußerungen des Westens mehren. Nahezu perfekt inszeniert erscheint die Abschiedsszene bei Xis Visite in Moskau. Internationalen Medienberichten zufolge soll Xi sich mit den Worten verabschiedet haben: „Right now there are changes – the likes of which we haven’t seen for 100 years – and we are the ones driving these changes together.“<sup>38</sup> Der russische

Präsident soll dem zugestimmt haben. Diese inszenierte Fensterrede sendet eine deutliche Botschaft: Nur wenn Moskau und Beijing in eine Neuaushandlung der regionalen und globalen Sicherheitsarchitektur eingebunden werden, können bestehende und zukünftige Konflikte gelöst werden. Allerdings unterscheiden sich die russischen und chinesischen Konzepte der Sicherheits- und Friedenspolitik maßgeblich – wie das Beispiel Ukraine zeigt.

**35** Kalevi J. Holsti, National Role Conceptions in the Study of Foreign Policy, in: *International Studies Quarterly* 3/1970, S. 233–309.

**36** Vgl. Alastair Iain Johnston, *Social States: China in International Institutions, 1980–2000*, Princeton 2007.

**37** Vgl. Catherine Putz, *Can Russia and China „Synergize“ the Eurasian Economic Union and the Belt and Road Initiative?*, 9.11.2018, <https://thediplomat.com/2018/11/can-russia-and-china-synergize-the-eurasian-economic-union-and-the-belt-and-road-initiative>.

**38** China’s Xi Tells Putin of „Changes Not Seen for 100 Years“, 22.3.2023, [www.aljazeera.com/news/2023/3/22/xi-tells-putin-of-changes-not-seen-for-100](http://www.aljazeera.com/news/2023/3/22/xi-tells-putin-of-changes-not-seen-for-100).

### NELE NOESELT

ist Professorin für Politikwissenschaft und Politik Ostasiens/Chinas an der Universität Duisburg-Essen. Zu ihren Forschungsschwerpunkten zählen Internationale Beziehungen und Global Governance.

[nele.noesselt@uni-due.de](mailto:nele.noesselt@uni-due.de)

# Unterwegs und überall.

APuZ als E-Book oder PDF herunterladen  
und in über 500 Ausgaben lesen, suchen, markieren ...

bpb.de/  
shop/apuz





# „SO ENG WIE LIPPEN UND ZÄHNE“?

## Chinas Beziehungen zu Nordkorea

*Eric J. Ballbach*

Die koreanische Halbinsel ist immer wieder eine Quelle von Spannungen und Instabilität – insbesondere Nordkoreas Atomwaffenprogramm und sein aggressives außen- und sicherheitspolitisches Verhalten stellen eine Bedrohung nicht nur für die regionale Sicherheit dar. China, als Nordkoreas engster Verbündeter und wichtigster Handelspartner, spielt in dieser Dynamik eine entscheidende Rolle. Doch sind Chinas Beziehungen zu Nordkorea komplex und vielschichtig. Geprägt von historischen, ideologischen und strategischen Faktoren sind den bilateralen Beziehungen auch Grenzen gesetzt, die sich nicht zuletzt aus einer bestimmten Priorisierung von Beijings Interessen im Hinblick auf Nordkorea ergeben. So spricht sich China zwar konsequent gegen die Entwicklung des nordkoreanischen Atomprogramms aus, schätzt jedoch die Vermeidung von Chaos und Instabilität als noch wichtiger ein. Vor diesem Hintergrund erklärt sich die Haltung Beijings, dass ein zu starker Druck auf Pjöngjang letztlich nicht nur Chinas Einfluss auf Nordkorea einschränken würde, sondern sich auch als destabilisierend erweisen könnte. Die internationale Gemeinschaft sollte sich daher nicht zu sehr darauf verlassen, dass das nordkoreanische Nuklearproblem durch chinesischen Druck gelöst werden kann – zumal der strategische Wert Nordkoreas für Beijing im Zuge des sich zuspitzenden Konflikts zwischen China und den USA sowie des russischen Krieges gegen die Ukraine wieder zugenommen hat.

### HISTORISCHE ENTWICKLUNG

Die Geschichte der Beziehungen zwischen China und der koreanischen Halbinsel umfasst den Aufstieg und Fall von Dynastien, Kaiserreichen und modernen Staaten. Der Beginn der modernen Beziehungen lässt sich auf die Gründung der Demokratischen Volksrepublik Korea (DVRK) 1948 und der Volksrepublik China (VRC) 1949 datieren. Unmittelbar nach der Gründung der VRC

nahmen beide Länder am 6. Oktober 1949 diplomatische Beziehungen zueinander auf. Viele der Instrumente, die Kim Il Sung in Korea und Mao Zedong in China in den ersten Jahren ihrer Herrschaft einsetzten, bauten auf den Erfahrungen des jeweils anderen auf: Landreformen, der Aufbau eines Personenkults, zentrale Wirtschaftsplanung und die gemeinsame ideologische wie militärische Erfahrung des Kampfes gegen den „US-Imperialismus“. Chinas Eingreifen in den Koreakrieg (1950–1953) bewahrte Kims Regime vor einer drohenden Niederlage und prägte fortan die „besonderen Beziehungen“ beider Länder.

Dennoch waren jene Beziehungen oft turbulent und wurden in den frühen Jahren etwa durch die gezielte Ausschaltung opponierender Fraktionen wie etwa der China nahestehenden Yanan-Gruppe belastet. In diesem Prozess wurden nicht nur potenzielle politische Rivalen mit engen Beziehungen nach China sowie zur Sowjetunion ausgeschaltet, sondern auch deren kultureller Einfluss zurückgedrängt. Dies geschah etwa durch das Verbot chinesischer Schriftzeichen in nordkoreanischen Zeitungen oder ein Sprachbereinigungsprogramm, im Zuge dessen chinesische Lehnwörter durch originär koreanische Begriffe ersetzt werden sollten. Zusätzlich tilgte Nordkorea im Zuge des Aufbaus eines monolithischen Führungssystems den Beitrag Chinas im Koreakrieg aus der nordkoreanischen Geschichtsschreibung. Mit der *Chuch'e*-Ideologie wurde sukzessive eine Staatsideologie etabliert, die die politische, wirtschaftliche und militärische Eigenständigkeit Nordkoreas betonte und insbesondere Lakaientum (*sadae*) gegenüber Großmächten strikt zurückwies.

Außenpolitisch manipulierte Kim Il Sung die zunehmende Spaltung zwischen der Sowjetunion und China sowohl als Vehikel für die Ausweitung der eigenen taktischen und strategischen Position als auch für die Sicherstellung von Hilfe. 1961 schloss Nordkorea zuerst mit der Sowjetunion den Vertrag über Freundschaft, Kooperation und

gegenseitige Unterstützung ab und wenige Tage später mit China den Vertrag über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand. Beide Abkommen sahen explizit auch die wechselseitige militärische Unterstützung im Falle eines bewaffneten Angriffs vor.

Dennoch wurden die sino-nordkoreanischen Beziehungen weiterhin von internen und externen Entwicklungen belastet, etwa von der plötzlichen Annäherung Beijings an Washington nach der Chinareise von US-Präsident Richard Nixon 1972, der Reform- und Öffnungspolitik der chinesischen Führung unter Deng Xiaoping ab Dezember 1978, Chinas faktischer Akzeptanz des Status quo einer geteilten Halbinsel durch die Annäherung an Seoul sowie der strikten Ablehnung einer militärisch erzwungenen Wiedervereinigung der Halbinsel durch den Norden. Ferner kritisierte Beijing die geplante erbliche Machtübergabe von Kim Il Sung an Kim Jong Il als „Überbleibsel des Feudalismus“.<sup>01</sup>

Nach dem Ende des Kalten Krieges gipfelten die Spannungen zwischen beiden Staaten in dem, was Nordkorea als den „größten Verrat Chinas“ betrachtete:<sup>02</sup> die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Südkorea 1992. Mit der Entscheidung, den Handel mit dem Norden von konzessionellen Vereinbarungen und Tauschgeschäften auf einen Marktansatz umzustellen, wurde schließlich „das letzte Band der ‚brüderlichen‘ politischen Grundlage der chinesisch-nordkoreanischen Beziehungen durchschnitten“, und die „strategischen, wirtschaftlichen und politischen Grundlagen der ‚besonderen Beziehung‘ zwischen China und Nordkorea“ brachen zusammen.<sup>03</sup> Während der chinesische Handel mit Südkorea rapide expandierte, nahm die Bedeutung der wirtschaftlichen Beziehungen zu Nordkorea immer weiter ab. Wenngleich die historischen und ideologischen Bande, die China und Nordkorea einten, an relativer Bedeutung einbüßten, verschwanden sie doch nie vollständig.

**01** James Person, *Chinese-North Korean Relations: Drawing the Right Historical Lessons*, 19.10.2017, [www.wilsoncenter.org/article/chinese-north-korean-relations-drawing-the-right-historical-lessons](http://www.wilsoncenter.org/article/chinese-north-korean-relations-drawing-the-right-historical-lessons).

**02** Daniel Wertz, *China-North Korea Relations*, National Committee on North Korea, Issue Brief, November 2019, [www.ncnk.org/resources/briefing-papers/all-briefing-papers/china-north-korea-relations](http://www.ncnk.org/resources/briefing-papers/all-briefing-papers/china-north-korea-relations).

**03** Shen Zihua/Yafeng Xia, *A Misunderstood Friendship. Mao Zedong, Kim Il-Sung, and Sino-North Korean Relations, 1949–1976*, New York 2018, S. 240.

Der Verlust der sowjetischen Unterstützung und die kumulierten Auswirkungen der verfehlten Wirtschaftspolitik führten Mitte der 1990er Jahre in Nordkorea zu einer tiefgreifenden Wirtschaftskrise und einer Hungersnot. Um einen ökonomischen und politischen Kollaps Nordkoreas zu verhindern, stimmte China großzügigeren Bedingungen für seine Nahrungsmittel- und Treibstoffexporte nach Nordkorea zu. Auch wenn der bilaterale Handel insgesamt eingebrochen war, wuchs die Abhängigkeit Nordkoreas von China damit sukzessive an. Hierzu trugen letztlich auch die sich verschlechternden diplomatischen Beziehungen Nordkoreas zu seinen weiteren Nachbarn bei.

Nach Nordkoreas erstem Atomtest 2006 stimmte China für die UN-Sanktionen, die den Export von Luxusgütern und bestimmten Waffen nach Nordkorea untersagten und die Bereitstellung von Finanzmitteln einschränkten. Dennoch stieg der bilaterale chinesisch-nordkoreanische Warenhandel sprunghaft an. Trotz des Scheiterns diplomatischer Bemühungen zur Beilegung des Konflikts um Nordkoreas Nuklearprogramm und des zweiten nordkoreanischen Atomtests 2009 sowie der provokativen Militäraktionen Nordkoreas gegen Südkorea im darauffolgenden Jahr setzte sich China zu jener Zeit für eine Vertiefung der wirtschaftlichen und politischen Beziehungen zu Nordkorea ein. Diese Annäherung geschah vermutlich auch vor dem Hintergrund von Kim Jong IIs Schlaganfall im August 2008 und des damit verbundenen verkürzten Nachfolgeplans, um einen stabilen Machtwechsel zu gewährleisten. Der Besuch des damaligen chinesischen Ministerpräsidenten Wen Jiabao in Pjöngjang 2009 signalisierte diesen Politikwechsel. Kim Jong Il reiste 2010/11 insgesamt viermal nach China. In diesem Zeitraum wuchs auch der bilaterale chinesisch-nordkoreanische Warenhandel von 1,7 Milliarden US-Dollar 2006 auf 6 Milliarden US-Dollar im Jahr 2012. Chinas Anteil am nordkoreanischen Handel machte 2006 fast 40 Prozent, 2012 fast 70 Prozent des nordkoreanischen Außenhandels aus.

## BEZIEHUNGEN UNTER XI JINPING UND KIM JONG UN

Nachdem in den letzten Lebensjahren von Kim Jong Il ein verstärkter Kontakt und Austausch geherrscht hatte, kehrten die bilateralen Beziehungen nach dem Führungswechsel in beiden

Ländern zu Beginn der 2010er Jahre wieder zu ihrem früheren Muster zurück: „kaltherziges Lächeln in der Öffentlichkeit und Äußerungen kaum verhohlener Verachtung hinter den Kulissen“.<sup>04</sup> Zusätzlich zu Nordkoreas immer provokanterem Verhalten im Zuge der Nuklearfrage wuchsen die Spannungen zwischen beiden Ländern auch aufgrund von Kims Vorgehen gegen potenzielle politische Herausforderer, die eng mit China verbunden waren. 2013 ließ Kim Jong Un seinen Onkel Jang Song Thaek hinrichten, der der chinesischen Führung nahestand. 2017 ordnete er die Ermordung seines Halbbruders Kim Jong Nam an, der angeblich unter chinesischem Schutz in Macau gelebt hatte.<sup>05</sup> Diese Aktionen lösten in Chinas sicherheitspolitischer Community eine bis dato beispiellose Debatte über den Wert und Nutzen enger Beziehungen zu Nordkorea aus.<sup>06</sup> Am 27. Februar 2013 veröffentlichte Deng Yuwen, ein einflussreicher chinesischer Journalist und ehemaliger stellvertretender Herausgeber der Zeitschrift der Zentralen Parteischule „Xuexi Shibao“, einen Beitrag in der „Financial Times“ mit dem Titel „China Should Abandon North Korea“.<sup>07</sup> Nicht wenige Beobachter sahen dies als Anzeichen für einen grundlegenden Kurswechsel der chinesischen Nordkoreapolitik, nach dem Beijing Nordkoreas Provokationen nicht länger dulden würde.

Die Kluft zwischen der VRC und der DVRK vergrößerte sich weiter, als Nordkorea 2017 seinen sechsten und bisher stärksten Atomwaffen- und mehrere Raketentests durchführte, die zum Teil mit wichtigen diplomatischen Anlässen Chinas zusammenfielen.<sup>08</sup> Als Reaktion stimmte Beijing der Durchsetzung einer Reihe von UN-

Sanktionen zu, die etwa die Einfuhr nordkoreanischer Kohle und Textilien untersagten, Vermögenswerte nordkoreanischer Personen und Institutionen einfroren, die Ausfuhr von Erdöl und Erdgas nach Nordkorea stark einschränkten und die Rückführung nordkoreanischer Arbeitsmigranten vorsahen.

Die Wiederaufnahme diplomatischer Kontakte zwischen den USA und der DVRK ab 2018 führte zu einem neuerlichen Wandel der chinesischen Politik gegenüber Nordkorea. Diesem lag die Überlegung zugrunde, dass sowohl China als auch Nordkorea von der Wiederherstellung der bilateralen Beziehungen und der Koordinierung der Positionen vor dem geplanten Gipfeltreffen zwischen US-Präsident Donald Trump und Kim profitieren würden. Zwischen März 2018 und Juni 2019 kamen der Generalsekretär der Kommunistischen Partei Chinas, Xi Jinping, und Kim zu insgesamt fünf Gipfeltreffen zusammen. Damit demonstrierte Xi, dass China seinen Einfluss auf seinen Nachbarn nicht verloren hatte, dass es die Entwicklungen auf der koreanischen Halbinsel mitbestimmen konnte und wollte und dass eine Lösung der Nordkoreafrage letztlich nicht ohne China erzielt werden kann. Im Anschluss an das erste Treffen zwischen Trump und Kim traf Xi mit Kim zusammen, lobte die „positiven Ergebnisse“ des Gipfels und bekräftigte Chinas Unterstützung für Nordkorea, „unabhängig davon, wie sich die internationale und regionale Lage entwickelt“.<sup>09</sup>

China setzte seine Bemühungen um die Wiederherstellung der Beziehungen seit 2020 fort, nachdem Nordkoreas Außenhandel während der Covid-19-Pandemie fast vollständig zum Erliegen gekommen war. Bereits im Januar 2020 versetzte die nordkoreanische Führung das Land in einen strikten Lockdown, um eine unkontrollierte Ausbreitung des Virus zu verhindern. Nach Angaben der südkoreanischen Zentralbank schrumpfte Nordkoreas Wirtschaft 2020 um 4,5 Prozent auf ein Bruttoinlandsprodukt von etwa 29,7 Milliarden US-Dollar.

Im Gegensatz zur chinesischen Kritik vor allem 2017 lobte Xi in einer Botschaft an Kim Jong Un im Oktober 2020 die „bemerkenswerten Er-

**04** Don Oberdorfer/Robert Carlin, *The Two Koreas. A Contemporary History*, New York 2013, S. 463.

**05** Vgl. Wertz (Anm. 2); John Power, *What Does the Kim Jong-Nam Assassination Mean for China?*, 17.2.2017, <https://thediplomat.com/2017/02/what-does-the-kim-jong-nam-assassination-mean-for-china>.

**06** Vgl. United States Institute of Peace (USIP), *China's Role in North Korea Nuclear and Peace Negotiations*, USIP Senior Study Group, Final Report 2/2019, S. 8.

**07** Vgl. Deng Yuwen, *China Should Abandon North Korea*, 27.2.2013, [www.ft.com/content/9e2f68b2-7c5c-11e2-99f0-00144feabdc0](http://www.ft.com/content/9e2f68b2-7c5c-11e2-99f0-00144feabdc0).

**08** Vgl. Ben Frohman/Emma Rafaelof/Alexis Dale-Huang, *The China-North Korea Strategic Rift: Background and Implications for the United States*, US-China Economic and Security Review Commission, Staff Research Report, 24.1.2022, [www.uscc.gov/sites/default/files/2022-01/China-North\\_Korea\\_Strategic\\_Rift.pdf](http://www.uscc.gov/sites/default/files/2022-01/China-North_Korea_Strategic_Rift.pdf).

**09** Ministry of Foreign Affairs of the People's Republic of China, Xi Jinping, Kim Jong Un Hold Talks in Beijing, 19.6.2018, [www.fmprc.gov.cn/mfa\\_eng/gjhdq\\_665435/2675\\_665437/2767\\_663538/2769\\_663542/201806/t20180620\\_522839.html](http://www.fmprc.gov.cn/mfa_eng/gjhdq_665435/2675_665437/2767_663538/2769_663542/201806/t20180620_522839.html).

zungenschaften des Kim-Regimes beim Aufbau (...) des Sozialismus“ und hob insbesondere Kim Jong Uns „starke Führung“ hervor.<sup>10</sup> Anfang 2021 berichteten chinesische Staatsmedien, dass Kim mit Xi Botschaften ausgetauscht habe, in denen die Bedeutung der Zusammenarbeit zwischen China und Nordkorea angesichts des neu wahrgenommenen Drucks seitens der USA betont wurde.<sup>11</sup> In einer mehr als symbolischen Geste öffnete die DVRK Ende März 2023 erstmals seit Beginn der Pandemie die Grenze für eine einreisende Person: den neuen chinesischen Botschafter in Nordkorea, Wang Yajun.<sup>12</sup>

Mit Russlands Krieg gegen die Ukraine und der Zuspitzung des Konflikts zwischen den USA und China hat sich auch die strategische Lage in Nordostasien geändert und der strategische Wert Nordkoreas hat sich für Beijing – und Moskau – erneut erhöht. Dabei sind die heutigen Beziehungen weniger durch eine besondere ideologische Bindung gekennzeichnet als von dem geteilten Interesse, den US-amerikanischen Einfluss in der Region zurückzudrängen. Aus Chinas Sicht kann Nordkorea als *force multiplicator* dienen, um Amerikas Position im Pazifik herauszufordern. „Einfach ausgedrückt: Je mehr Länder bereit sind, die von den USA geführte Sicherheitsordnung im indopazifischen Raum herauszufordern oder zu erschweren, desto besser.“<sup>13</sup>

## NUKLEARE DIPLOMATIE

Als Nordkorea 1993 seinen Austritt aus dem Vertrag über die Nichtverbreitung von Kernwaffen ankündigte und die sogenannte Erste Nuklearkrise provozierte, die beinahe in einem Krieg eskalierte, reagierte China relativ zurückhaltend. Beijing unterstützte zwar die Denuklearisierung der koreanischen Halbinsel und widersetzte sich dem angedrohten Austritt Nordkoreas aus dem

Atomwaffensperrvertrag, sprach sich jedoch gegen die Verhängung von Sanktionen zur Lösung des Problems aus. Die Übernahme einer weitergehenden Rolle im diplomatischen Prozess zur Entschärfung der Nuklearkrise lehnte China hingegen ab – entgegen den Erwartungen der USA, die den Schlüssel zur Lösung der Nordkoreakrise in Beijing sahen. Entsprechend war Beijing auch kein Akteur in jenen Gesprächen, die 1994 zu dem zwischen den USA und Nordkorea vereinbarten Genfer Rahmenabkommen über das nordkoreanische Atomprogramm führten. Zwischen 1997 und 1999 nahm China neben den USA sowie Nord- und Südkorea jedoch an den Vier-Parteien-Gesprächen teil, die darauf zielten, die Beziehungen zwischen den USA und Nordkorea zu normalisieren und das Waffenstillstandsabkommen von 1953 durch einen Friedensvertrag zu ersetzen – ein Format, das letztlich ergebnislos blieb.

Im Gegensatz zur Ersten Nuklearkrise griff Beijing in der im Oktober 2002 beginnenden Zweiten Nuklearkrise nun aktiv in die diplomatischen und politischen Bemühungen zu ihrer Beilegung ein. Nachdem die USA unter der Administration von Präsident George W. Bush bilaterale Verhandlungen mit Nordkorea strikt abgelehnt hatten und unter dem Eindruck der dramatischen Verschärfung der US-DVRK-Beziehungen, versuchte Beijing die weit auseinanderliegenden Positionen Washingtons und Pjöngjangs mittels „Pendeldiplomatie“ zu überbrücken, um eine militärische Auseinandersetzung auf der koreanischen Halbinsel zu verhindern.<sup>14</sup> Nach einer gescheiterten Verhandlungsrunde zwischen den drei Akteuren im April 2003 gelang es China mit einer Kombination aus Warnungen und Zusicherungen, Nordkorea im Juli 2003 zur Zustimmung zu einem mit den USA und Südkorea abgestimmten Vorschlag zu bewegen, die trilaterale Initiative durch die Einbeziehung Russlands, Japans und Südkoreas zu den sogenannten Sechs-Parteien-Gesprächen (*Six-Party Talks*, 6PT) auszuweiten. Als primäre Plattform für die Verhandlungen mit Nordkorea sollten die 6PT parallel zur Denuklearisierungsfrage auch weitere Themen wie die Normalisierung der US-DVRK-Be-

<sup>10</sup> Shannon Tiezzi, China Underscores Solidarity with North Korea on Party Anniversary, 14. 10. 2020, <https://thediplomat.com/2020/10/china-underscores-solidarity-with-north-korea-on-party-anniversary>.

<sup>11</sup> Vgl. Frohman/Rafaelof/Dale-Huang (Anm. 8), S. 13.

<sup>12</sup> Vgl. Yonhap News Agency, China's New Envoy to N. Korea Starts Duty, 4. 4. 2023, <https://en.yna.co.kr/view/AEN20230404010600325>.

<sup>13</sup> China Has Limited Power, and Perhaps Little Desire, to Curb North Korea, 22. 11. 2022, [www.tbsnews.net/worldbiz/china/china-has-limited-power-and-perhaps-little-desire-curb-north-korea-536798](http://www.tbsnews.net/worldbiz/china/china-has-limited-power-and-perhaps-little-desire-curb-north-korea-536798).

<sup>14</sup> Vgl. zur Rolle Chinas im Verlauf der zweiten Nuklearkrise auch Samuel S. Kim, China's Conflict-Management Approach to the Nuclear Standoff on the Korean Peninsula, in: *Asian Perspective* 1/2006, S. 5–38.

ziehungen adressieren, wobei Beijing die Ansicht vertrat, dass Nordkorea im Gegenzug für seine Denuklearisierung Sicherheitsgarantien und wirtschaftliche Vorteile erhalten sollte. Trotz einiger Fortschritte kollabierte der multilaterale Prozess jedoch 2009, nicht zuletzt aufgrund nicht zu überbrückender Meinungsunterschiede zwischen den USA und Nordkorea, weiterer Provokationen durch Pjöngjang und dem nach wie vor ausgeprägten Misstrauen zwischen den beteiligten Akteuren.

Als der Nuklearkonflikt ab 2017 erneut zu eskalieren drohte, unterstützte China einerseits zwar den bilateralen Verhandlungsansatz zwischen den USA und Nordkorea, war jedoch gleichermaßen darauf bedacht, die Entwicklungen auf der koreanischen Halbinsel mitzubestimmen, wie es nach den Gipfeltreffen zwischen Xi und Kim zum Ausdruck kam.

## CHINAS STRATEGISCHE INTERESSEN

China war, ist und wird auch weiterhin entschlossen sein, die entscheidenden Entwicklungen auf der koreanischen Halbinsel im Sinne der eigenen Interessen mit zu beeinflussen. Chinesische Beamte fassen die grundlegende Nordkoreapolitik des Landes mit den drei Neins zusammen: kein Krieg, kein Chaos, keine Atomwaffen. Demnach ist die Vermeidung von Krieg und Instabilität an der chinesischen Grenze ganz deutlich die oberste Priorität für Beijing, gefolgt von der Aufrechterhaltung stabiler Beziehungen zu Nordkorea und schließlich der Denuklearisierung Nordkoreas sowie weiteren langfristigen Zielen wie dem Abbau der US-Truppenpräsenz in Südkorea.

### Kein Krieg und kein Chaos

Für China ist das Ziel vorrangig, Instabilität in Nordkorea zu vermeiden. Zu den potenziellen Bedrohungen gehören neben militärischen Konflikten auch jene eines Kollapses des nordkoreanischen Regimes, Flüchtlingsströme, der Ausbruch von Krankheiten, Naturkatastrophen, der Zusammenbruch der nordkoreanischen Wirtschaft, Atomwaffen oder andere Massenvernichtungswaffen, die in unzuverlässige Hände fallen, und radioaktiver Niederschlag bei einem Atomschlag auf der Halbinsel oder bei nordkoreanischen Atomtests. Wie 2017 die negative Reaktion

Chinas auf die Stationierung des Terminal High Altitude Area Defense Raketenabwehrsystems in Südkorea durch die USA zeigt, ist Beijing zudem äußerst sensibel mit Blick auf eine Nutzung südkoreanischen Territoriums, die Chinas Sicherheitsinteressen beeinträchtigt.

### Denuklearisierung

Trotz der Priorisierung der Vermeidung von Instabilität und Chaos bleibt die Beseitigung des nordkoreanischen Atomprogramms für Beijing ein wichtiges außen- und sicherheitspolitisches Ziel. Obwohl sich China konsequent gegen die Entwicklung des nordkoreanischen Atomprogramms ausspricht, zeigt es grundlegendes Verständnis für die nordkoreanischen Sicherheitsinteressen. China teilt Nordkoreas Sicht, dass das Gefühl der Unsicherheit Pjöngjangs primär das Ergebnis einer feindlichen Politik der USA und der Republik Koreas seit dem Ende des Korea-Krieges 1953 sei. Vor diesem Hintergrund meinen einige Beobachter, China wolle, dass Nordkorea seine Atomwaffen behält, um den USA Probleme zu bereiten. Doch diese Einschätzung berücksichtigt nicht das Ausmaß der Sicherheitsherausforderungen, die das nordkoreanische Nuklearprogramm letztlich für China darstellt. Beijing betrachtet ein nukleares Nordkorea als destabilisierend, weil es eine Begründung für US-Militäreinsätze und mögliche Interventionen in der Region liefert, regionale Akteure wie Japan und Südkorea dazu veranlasst, ihre Verteidigungskapazitäten zu stärken und den Ruf nach der Entwicklung eigener nuklearer Fähigkeiten in diesen Ländern aufkommen lässt – all dies ist den strategischen und sicherheitspolitischen Interessen Chinas abträglich. Beijing bevorzugt daher weiterhin ein schrittweises Vorgehen, einen zweigleisigen Prozess, um sowohl die Denuklearisierung voranzutreiben als auch ein Friedensregime auf der koreanischen Halbinsel zu realisieren.

### Stabile Beziehung zu Nordkorea

China strebt eine Beziehung zu Nordkorea an, die es Beijing ermöglicht, die Stabilität an seiner Grenze zu wahren und die Entwicklungen auf der Halbinsel zu beeinflussen. China betrachtet eine solche Beziehung nicht als unvereinbar mit dem Ziel der Denuklearisierung. Dabei sind sozialistische Solidarität und historische Bindungen für Xi weitaus weniger wichtig als eine berechen-

bare Beziehung, die es Beijing ermöglicht, seinen Einfluss auf das Regime in Pjöngjang zu wahren. Obwohl der 1961 geschlossene Vertrag über gegenseitigen Beistand 2021 erneuert wurde, bleibt der Status dieses Vertrags unklar. Infolgedessen ist strittig, wie oder ob China Nordkorea in einer Krise tatsächlich militärisch unterstützen würde. China hat auch angedeutet, dass es bei der Reaktion auf Ereignisse in Nordkorea im Einklang mit seinen eigenen Interessen handeln werde. Die staatliche „Global Times“ erklärte 2017 in einem Leitartikel, dass China Nordkorea nicht zu Hilfe kommen würde, wenn Pjöngjang Raketen auf amerikanisches Territorium abschießen und Vergeltungsmaßnahmen erleiden würde. Sollte es zu einem Konflikt auf der Halbinsel kommen, wird sich das chinesische Militär möglicherweise nicht zum Schutz des nordkoreanischen Regimes engagieren, sondern primär seine eigenen Interessen schützen und sicherstellen.<sup>15</sup>

#### Einfluss und Prestige

China strebt eine Schlüsselrolle bei den Friedensverhandlungen mit Nordkorea an, weil es Einfluss auf die Entwicklung der Lage auf der Halbinsel nehmen will, sowohl in Hinblick auf seine unmittelbaren Sicherheitsinteressen als auch im Rahmen seines breiteren geopolitischen Wettbewerbs mit den USA. Indem China ein wichtiger Akteur in den internationalen Verhandlungen bleibt, kann es einen gewissen Einfluss auf den Prozess behalten. Gleichzeitig möchte China die Nordkoreafrage nutzen, um sein eigenes regionales und internationales Ansehen als Akteur der internationalen Politik zu verbessern, der zur Lösung der dringendsten globalen Probleme beitragen kann.

#### FAZIT

Die VRC, so lässt sich regelmäßig vernehmen, besitze den Schlüssel zur Lösung der Nuklearfrage

<sup>15</sup> Vgl. Louis Nelson, *China's State Media: We Won't Help North Korea if It Attacks*, 8. 11. 2017, [www.politico.com/story/2017/08/11/will-china-help-north-korea-241524](http://www.politico.com/story/2017/08/11/will-china-help-north-korea-241524).

<sup>16</sup> Vgl. Anny Boc, *Does China's „Alliance Treaty“ with North Korea Still Matter?*, 26. 7. 2019, <https://thediplomat.com/2019/07/does-chinas-alliance-treaty-with-north-korea-still-matter/>; Yu-Hua Chen, *China and North Korea: Still „Lips and Teeth“*, 21. 7. 2018, <https://thediplomat.com/2018/07/china-and-north-korea-still-lips-and-teeth>.

auf der koreanischen Halbinsel, da letztlich nur Beijing über den notwendigen politischen Einfluss und entsprechende wirtschaftliche Druckmittel verfüge, um die DVRK zur Aufgabe ihres Nuklearprogramms zu bewegen.

Doch trotz historischer ideologischer Bande, einer vertraglichen Allianz und einer mitunter engen wirtschaftlichen Beziehung überdeckt die insbesondere von chinesischer Seite wiederholt bemühte Beschreibung einer „in Blut besiegelten“ Beziehung, „so eng wie Lippen und Zähne“, oft eine Realität asymmetrischer Abhängigkeit sowie gegenseitigen Misstrauens, Ressentiments und sogar Antipathie.<sup>16</sup>

Zweifelsohne besitzt China einen mit keinem anderen Land zu vergleichenden Zugang zu Nordkorea und angesichts der Abhängigkeit Pjöngjangs von chinesischer Wirtschaftshilfe und dem Handel mit China über beispiellose wirtschaftliche Druckmittel. Doch letztlich kann China diese wirtschaftlichen Druckmittel nicht oder nur sehr bedingt politisch einsetzen. Denn auch wenn Beijing das Ziel der Denuklearisierung Nordkoreas mit der internationalen Gemeinschaft teilt, so bleibt die Vermeidung von Chaos und Instabilität sowie die Sicherstellung von Beijings Einfluss auf Nordkorea oberste Priorität. Die Nutzung von Nordkoreas ausgeprägter wirtschaftlicher Abhängigkeit als politisches Druckmittel birgt für Beijing daher die Gefahr, exakt die befürchteten Instabilitäten selbst zu forcieren. China besitzt daher ein strategisches Interesse daran, den nordkoreanischen Staat intakt zu halten, während Pjöngjang auf Beijing als entscheidende Quelle wirtschaftlicher und diplomatischer Unterstützung angewiesen ist. Die Wahrnehmung, dass China den Druck auf Nordkorea erhöhen und politischen Einfluss auf Nordkorea ausüben könne, um Pjöngjang zur Aufgabe seines Nuklearprogramms zu bewegen, entbehrt vor diesem Hintergrund letztlich jeglicher realistischen Grundlage – insbesondere, da sich mit der zunehmenden Rivalität zwischen China und den USA der strategische Wert Nordkoreas jüngst wieder spürbar vergrößert hat.

#### ERIC J. BALLBACH

ist promovierter Politikwissenschaftler und Korea Foundation Fellow in der Forschungsgruppe Asien der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) in Berlin. [eric.ballbach@swp-berlin.org](mailto:eric.ballbach@swp-berlin.org)

# CHINESISCHE MIGRATION UND SOZIALE REPRODUKTION

*Biao Xiang*

China steht nicht nur als Staatsmacht in einer Beziehung zu seinen Nachbarn und dem Rest der Welt. Auch die transnationale Migration von Menschen ist ein wichtiger Bestandteil dieser Beziehung. Migration wird nicht nur durch gezielte Staatspolitik angetrieben, sie wird auch von privaten Überlegungen in Bezug auf Einkommen und Status bestimmt. Meiner Meinung nach wird die Abwanderung aus China seit den 1990er Jahren zunehmend von Sorgen um soziale Reproduktion angetrieben: Bildung, Fürsorge, Ehe, Lebensumfeld und der allgemeine Wunsch, ein gutes Leben zu führen, sind Bestandteil der gesellschaftlichen Reproduktion, da sie für die Vermehrung, Erhaltung und Verbesserung menschlichen Lebens unerlässlich sind. Das „bestimmende Moment in der Geschichte“, schrieb Friedrich Engels 1884, beinhaltet „die Produktion und Reproduktion des unmittelbaren Lebens. (...) Einerseits die Erzeugung von Lebensmitteln, von Gegenständen der Nahrung, Kleidung, Wohnung und den dazu erforderlichen Werkzeugen; andererseits die Erzeugung von Menschen selbst, die Fortpflanzung der Gattung.“<sup>01</sup>

Die von sozialer Reproduktion angetriebene Migration unterscheidet sich auf den ersten Blick nicht von der ökonomisch motivierten, doch lassen sich beide voneinander abgrenzen. So können zum Beispiel Investor\*innen auf der Suche nach profitablen Investitionsmöglichkeiten emigrieren oder im Ausland einen ausgewogeneren Lebensstil genießen, losgelöst von Investitionsmöglichkeiten. Student\*innen können entweder mit dem Ziel emigrieren, nach dem Abschluss ein höheres Einkommen zu verdienen, oder um neues Wissen zu erwerben, ohne zukünftige Gewinne einzurechnen. Arbeiter\*innen können aufgrund von Arbeitslosigkeit oder Armut auswandern oder weil sie den Wunsch haben, eine bessere Ausbildung für die eigenen Kinder zu finanzieren. Die unterschiedlichen Anreize bedeuten, dass Migration unterschiedlich geplant, gefühlt und erlebt wird.

Soziale Reproduktion ist immer ein gewisser Faktor bei der Migration, die Frage ist, in welchem Ausmaß. Überlegungen zur Reproduktion lassen sich nicht vollständig von Erwägungen wirtschaftlicher Möglichkeiten trennen, dennoch ist soziale Reproduktion als Antrieb für Migration im Laufe der Zeit immer wichtiger geworden. Dieser Trend spiegelt auch umfassende Veränderungen in der chinesischen Gesellschaft wider, in Bezug darauf, wie die Menschen auf das Leben blicken und wie essenzielle Ressourcen verteilt werden. Der Stellenwert der sozialen Reproduktion bei der Migration wird auch unmittelbar Einfluss darauf haben, wie sich die Migrationsströme in Anbetracht des geopolitischen Wandels verändern könnten. Im Folgenden werde ich drei Haupttypen von Migration aus China unter die Lupe nehmen, nämlich Bildungs-, Investitions- und Arbeitsmigration.

## BILDUNGSMIGRATION

„Ich will nicht, dass sie herausragend wird oder so etwas“, sagt Ying, eine Telekommunikationstechnikerin und alleinerziehende Mutter Mitte Vierzig aus dem südostchinesischen Hangzhou, mit Tränen in den Augen. „Es geht nur darum, [sie] als Mensch zu retten!“ Ying erklärt mir den Plan, ihre zwölf Jahre alte Tochter für den Schulbesuch nach Europa zu schicken. Diese kommt in der Sekundarschule gut voran und ist für die Vorzugsklasse ausgewählt worden, in der Schüler\*innen schneller lernen und „Ruhm für die Schule“ erlangen sollen, indem sie bei den Aufnahmeprüfungen für die weiterführende Schule besser abschneiden als andere. Der Druck ist enorm. Jeder Tag ist für Ying ein Kampf. Nachdem die Tochter um 6:30 Uhr aufgestanden ist, öffnet Ying eine App auf dem Smartphone, die englische Wörter und Sätze vorliest, die ihre Tochter auswendig lernen muss. Mit dem Smartphone in der Hand folgt sie ihr ins Bad und an-

schließend in die Küche, damit das Mädchen beim Waschen und Frühstück Englisch lernen kann. Der Kampf in der Nacht ist noch schmerzvoller. Ying hat 22:00 Uhr als Schlafenszeit festgelegt, aber das Kind wird mit den Hausaufgaben nicht vor 23:00 Uhr oder später fertig. Wenn Ying ihre Tochter auffordert, ins Bett zu gehen, rastet diese manchmal aus. Oft weinen am Ende beide. „Selbst ich habe das Gefühl, nicht genug zu schlafen, wie soll ein Kind das ertragen? Das chinesische Bildungswesen zerstört buchstäblich Menschen!“

„Unmenschlich“ oder „ohne Menschlichkeit“ sind Äußerungen, die auch andere Eltern benutzen, mit denen ich über das chinesische Bildungssystem spreche. Ihre Sorgen decken sich weitgehend mit Beiträgen aus den sozialen Netzwerken. Bei einem Auslandsstudium geht es darum, die Menschlichkeit an sich zu bewahren, und nicht so sehr um die Verbesserung des eigenen Status oder das Erwerben von Wissen. Das Kosten-Nutzen-Kalkül ist weniger relevant.

Aber so ist es mit der Bildungsmigration aus China nicht immer gewesen. Als die chinesische Regierung die Abwanderung von Studierenden nach der Kulturrevolution Ende der 1970er Jahre wieder ermöglichte, wurde dies mit der Produktivität Chinas begründet. Es gab ein akutes Bewusstsein dafür, dass Chinas Wirtschaft der Welt hinterherhinkte und die eigene Produktivität steigern musste. Als die Regierung im Januar 1979 mit den USA bilaterale Abkommen über eine Zusammenarbeit in Wissenschaft, Technologie und Bildung schloss, hatte dies eine massive Abwanderung von Studierenden zur Folge.<sup>02</sup> Diese wurden von der chinesischen Regierung unterstützt und waren dazu verpflichtet, nach Abschluss ihrer Ausbildung zurückzukehren. Die meisten Studierenden waren erwachsen und gingen für Aufbaustudien ins Ausland.

Die Bildungsmigration aus China fiel allmählich in den Bereich familiärer Investitionen, nachdem es in den 1980er Jahren Einzelpersonen erlaubt worden war, selbstbestimmt ins Ausland zu gehen. 2001 finanzierten sich erstmals über 90 Prozent aller chinesischen Studierenden im

Ausland selbst.<sup>03</sup> Dieser Anteil ist seither weitgehend unangetastet geblieben. Ein selbstfinanziertes Studium im Ausland ist teuer. Malaysia gilt üblicherweise als eines der günstigsten Länder für ausländische Studierende, aber ein Studium kostete dort in den Nullerjahren immer noch mindestens 6000 US-Dollar pro Jahr, etwa das Doppelte des durchschnittlichen Pro-Kopf-Haushaltseinkommens in China 2010.<sup>04</sup> Um die Ausbildung im Ausland zu finanzieren, griffen Eltern nicht nur auf ihre privaten Ersparnisse zurück, sondern trieben auch Mittel in der erweiterten Familie auf, liehen sich Geld und beantragten Kredite. Im Gegenzug hofften Familien, dass die Ausbildung im Ausland mit einem gut bezahlten Beruf einhergehen würde. Somit folgte die von Familienseite angetriebene Migration an diesem Punkt noch einer wirtschaftsorientierten Logik.

Die Dinge begannen sich zu verändern, als die chinesische Gesellschaft wohlhabender und gleichzeitig wettbewerbsorientierter wurde. Allmählich wurden studentische Migrant\*innen nicht nur von potenziellen Vorteilen im Ausland angezogen, sondern auch von der Verunsicherung über die Lebensbedingungen in China abgestoßen. In einem kurzen Zeitraum von dreißig Jahren hat sich China von einem der egalitärsten zu einem der ungleichsten Länder der Welt entwickelt. Erbitterter Wettstreit und Versagensängste haben unter jungen Menschen zu großem Unmut geführt. Die rasche soziale Stratifizierung hat auch zu einem starken Gefühl der Anomie geführt. Ein junger Beamter, der für die Verwaltung der Provinz Liaoning im Nordosten Chinas arbeitet, erzählte mir von seiner Entscheidung, seine einzige Tochter ins Ausland zu schicken, weil China zu „chaotisch“ sei. Damit meinte er nicht nur den chaotischen Verkehr oder den Mangel an Sicherheit, sondern bezog sich vielmehr auf die moralische Ordnung: „Die Leute können heutzutage so reich werden. Man hat keine Ahnung, woher sie das Geld haben. Wie sollen wir das verstehen? Wie sollen wir reagieren, wenn unsere Tochter sagt, dass sie auch so werden will? Diese reichen Leute sind nicht

**01** Friedrich Engels, *Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staats*, Zürich 1884, S. 4.

**02** Vgl. David Zweig/Chen Changgui, *China's Brain Drain to the United States. Views of Overseas Chinese Students and Scholars in the 1990s*, Berkeley 1995, S. 19.

**03** Vgl. Bildungsministerium der Volksrepublik China, *Im Ausland studieren* [Chinesisch], 11. 1. 2006, [www.edu.cn/edu/jiao\\_yu\\_zi\\_xun/nian\\_jian/nj2002/listf/200603/t20060323\\_158532.shtml](http://www.edu.cn/edu/jiao_yu_zi_xun/nian_jian/nj2002/listf/200603/t20060323_158532.shtml).

**04** Vgl. CEIC Data, *China Household Income per Capita, 1985–2013*, [www.ceicdata.com/en/indicator/china/annual-household-income-per-capita](http://www.ceicdata.com/en/indicator/china/annual-household-income-per-capita).



unbedingt glücklich. Sie sind vielleicht sehr besorgt. Aber ich spüre ein Ungleichgewicht in meinem Herzen, wenn ich sehe, dass sie so ein gutes Leben haben. Menschen wie Sie sind anders. Sie leben im Ausland und haben klare Regeln, denen Sie folgen. Es ist klar, wofür Sie stehen und gegen was man sein sollte. Ich denke, junge Menschen wissen besser, was sie im Ausland machen sollen.“

Ein Studium im Ausland wurde zunehmend als ein Weg zu einem ausgeglicheneren und vorhersehbareren Leben für die nächste Generation betrachtet. Dieser Anreiz resultierte in einem neuen Migrationsmuster, nämlich der Migration junger Kinder im Rahmen der Primar- oder Sekundarschulbildung. 2018 machten chinesische Schüler\*innen im Highschool-Alter und darunter 35 Prozent aller internationalen Lernenden aus China aus.<sup>05</sup> Diese Gruppe stellt die profitabelste Geschäftsnische für gewerbliche Vermittler dar, die auf Bildungsmigration spezialisiert sind. Vermittler für Bildungsmigration bedienen in China drei Gruppen von Kunden: Erstens erwachsene Studierende, insbesondere Berufstätige mit Arbeitserfahrung, die 250 000 bis 300 000 Renminbi aus eigenen Ersparnissen für einen Masterabschluss im Ausland bezahlen; zweitens Familien mit mittlerem Einkommen, die ungefähr 300 000 Renminbi bezahlen, um ihre Kinder für ein Aufbaustudium ins Ausland zu schicken; und schließlich wohlhabende Familien, die als erste Investition 800 000 Renminbi für die weiterführende Schule bezahlen und bereit sind, mehr für eine anschließende Hochschulausbildung auszugeben. Die dritte Kundengruppe ist bereit, das meiste umgehend zu bezahlen, aber auch über einen längeren Zeitraum hinweg. Daraus entstehen neue Geschäftsmöglichkeiten. Beispielsweise bieten manche Vermittler Folgeleistungen an, wie die Unterstützung bei Hochschulbewerbungen nach Abschluss der weiterführenden Schule und bei der Suche nach Gastfamilien oder Bürgen in den jeweiligen Zielländern. Die finanziellen Vorteile, die sich daraus ergeben, Kinder in jungem Alter

ins Ausland zu schicken, sind schwer vorherzusehen, aber die Kosten sind offenkundig hoch. Doch ist das Verhältnis von Kosten und Nutzen in der Tat zweitrangig, wenn es bei der Migration um den Schutz und die Förderung von „Menschlichkeit“ geht.

## INVESTITIONSMIGRATION

Eine der auffälligsten Entwicklungen in der chinesischen Migration seit den Nullerjahren war die dramatische Zunahme von Investitionsmigration, bis diese Praxis kürzlich von einigen Staaten unter anderem wegen geopolitischer Spannungen mit China ausgesetzt wurde. Investitionsmigrant\*innen sind wohlhabende Personen, die Aufenthaltsgenehmigungen im Ausland erhalten, wenn sie sich verpflichten, eine signifikante Geldsumme im Zielland zu investieren.

Abhängig vom jeweiligen Land und dessen Regelungen für Investitionsvisa, können ausländische Investor\*innen Eigentum oder Staatsanleihen erwerben, einen Betrag an nationale Entwicklungsfonds spenden oder in Privatunternehmen investieren. Im Gegenzug erhalten sie gewisse Aufenthaltsrechte: Dabei kann es sich unmittelbar um eine Staatsbürgerschaft handeln, um eine permanente Aufenthaltsgenehmigung oder um eine temporäre Aufenthaltsgenehmigung mit Aussicht auf eine permanente. Zu den beliebtesten Programmen gehören Tier 1 in Großbritannien, EB-5 in den USA, Significant Investor in Australien und Golden Visa in Portugal. In den 2010er Jahren machten Migrant\*innen aus China den Löwenanteil aller Antragssteller\*innen für diese Visa aus. 2014 erhielten chinesische Staatsangehörige in den USA beispielsweise 85 Prozent aller EB-5-Visa.<sup>06</sup> 2010 waren 58 Prozent der zugewanderten Investor\*innen in Kanada chinesische Staatsangehörige, gefolgt von acht Pro-

<sup>06</sup> Zugewanderte Investoren müssen eine Million US-Dollar investieren (oder 500 000 US-Dollar, wenn sie in einem Zielwirtschaftsgebiet ansässig sind) und mindestens zehn Arbeitsplätze für US-Arbeitnehmer\*innen schaffen oder erhalten. Im Gegenzug erhalten sie eine befristete Aufenthaltserlaubnis, die in eine unbefristete umgewandelt wird, wenn sie den Schwellenwert für die Schaffung bzw. Erhaltung von Arbeitsplätzen erreichen. Vgl. U.S. Department of State/Bureau of Consular Affairs, Report of the Visa Office 2014, Table V (Part 3). Immigrant Visas Issued and Adjustments of Status. Subject to Numerical Limitations, Fiscal Year 2014, 2015, <http://travel.state.gov/content/dam/visas/Statistics/AnnualReports/FY2014AnnualReport/FY14AnnualReport-TableV-PartIII.pdf>.

<sup>05</sup> Vgl. Center for China and Globalization/Chinese Academy of Social Sciences, Bericht über die Entwicklung des Auslandsstudiums in China 2019 [Chinesisch], 20.5.2019, [www.sohu.com/a/315184002\\_100297751](http://www.sohu.com/a/315184002_100297751). Siehe auch Baoyan Cheng/Le Lin/Aiai Fan, The New Journey to the West. Chinese Students' International Mobility, Singapur 2020, S. 101–112.

zent taiwanesischen Staatsangehörigen.<sup>07</sup> Auch in Australien erhielten chinesische Staatsangehörige 86 Prozent aller Significant Investor Visa zwischen 2012 und 2019.<sup>08</sup>

Die Aufnahmeländer haben das System der Investitionsmigration geschaffen, um die wirtschaftliche Produktivität zu steigern. Von ausländischen Investor\*innen wird erwartet, dass sie Kapital mitbringen und Arbeitsplätze schaffen. Doch für die chinesischen Investor\*innen ist das System nicht deshalb attraktiv, weil es ihnen mehr Geld einbringt, sondern weil es neue Möglichkeiten im Bereich der sozialen Reproduktion schafft. In einer 2009 von der US-amerikanischen Unternehmensberatung Bain and Co. in China durchgeführten Umfrage unter Personen mit einem investierbaren Vermögen von 1,5 Millionen US-Dollar und mehr gaben 37 Prozent „Schaffung von Vermögen“ (*wealth creation*) als Hauptgrund dafür an, ins Ausland zu gehen. 2016 waren es nur noch 13 Prozent, während 44 Prozent den „Erhalt von Vermögen“ (*wealth preservation*) und das „Erben von Vermögen“ (*wealth inheritance*) als Hauptgrund für die Migration nannten.<sup>09</sup> Es scheint, als würden chinesische Investor\*innen ihre Mittel, wie von den Programmen verlangt, eher für den Kauf von Vermögenswerten ausgeben, insbesondere von Immobilien, als in produktive Unternehmen zu investieren. Ein Händler aus Südchina, der vorhatte, nach dem Quasi-Ausscheiden aus seinem Geschäft nach Kanada auszuwandern, erzählte mir von seinem Plan: „Ich möchte in Kanada einfach nur jeden Tag lesen und Filme sehen. Würde ich mehr Geld verdienen wollen, würde ich in China bleiben. In China kommt das Geld viel schneller.“

Was erhoffen sich chinesische Investor\*innen von der Migration ins Ausland, wenn sie nicht investieren? Die drei wichtigsten Gründe für die

Abwanderung, die 141 Befragte bei einer Umfrage des Migrationsberatungsunternehmens Visas Consulting Group nannten, waren Bildungsqualität für Kinder, Umweltverschmutzung und Lebensmittelsicherheit.<sup>10</sup> Das Niveau der Lebensmittelsicherheit ist in China niedrig, und die Umweltverschmutzung so hoch, dass jedes Jahr zwischen 350 000 und 500 000 Menschen vorzeitig allein an den Folgen der Luftverschmutzung sterben.<sup>11</sup> Die Annehmlichkeiten internationaler Reisefreiheit, die ein chinesischer Pass nicht bieten kann, die aber für Investitionsmigrant\*innen zugänglich sind, werden ebenfalls als wichtige Komponenten eines erstrebenswerten Lebens betrachtet.<sup>12</sup> Im Gegensatz zu dem weitverbreiteten Bild, dass wohlhabende Chinesen im Ausland einem dekadenten Lebensstil frönen, äußerten viele Investitionsmigrant\*innen den Wunsch nach einem gesünderen und saubereren Lebensstil im Ausland, wo sie alkoholische Getränke, üppige Banketts und hektische Arbeitspläne vermeiden können und mehr Zeit für Bewegung und Entspannung haben.<sup>13</sup> Demnach wandern Investor\*innen aus, um einen geeigneten Weg zu finden, ihr körperliches und geistiges Wohlbefinden zu erhalten. Ein Investitionsmigrant in den USA sagte der Soziologin Gracia Liu-Farrer, für Wohlhabende in China „ist etwas kein Problem, wenn es mit Geld gelöst werden kann“. Migration ist für Reiche aus China damit kein Mittel, um Geld zu verdienen, sondern um Dinge zu erreichen, die man nicht mit Geld kaufen kann.

## ARBEITSMIGRATION

Arbeitsmigration ist die Art von Migration, die die Fachdiskussion sowohl in akademischen als auch in politischen Kreisen dominiert, und aus diesem Grund wird Migration oft als eine Angelegenheit der Wirtschaft und nicht als eine der

**07** Vgl. Citizenship and Immigration Canada, Business Immigrants – Investors. Findings from the Longitudinal Immigration Database (IMDB), IMDB 2008 Research Series, März 2012, S. 4, [https://publications.gc.ca/collections/collection\\_2017/ircc/Ci3-10-2-2012-eng.pdf](https://publications.gc.ca/collections/collection_2017/ircc/Ci3-10-2-2012-eng.pdf).

**08** Vgl. Australian Government Department of Home Affairs, Significant Investor Visa Statistics, 29. 4. 2021, [www.homeaffairs.gov.au/research-and-statistics/statistics/visa-statistics/work/significant-investor-visa](http://www.homeaffairs.gov.au/research-and-statistics/statistics/visa-statistics/work/significant-investor-visa).

**09** Vgl. Lefang Gong, China HNW's Craving Wealth Protection, 27. 10. 2017, [www.hubbis.com/article/china-hnw-s-craving-wealth-protection](http://www.hubbis.com/article/china-hnw-s-craving-wealth-protection).

**10** Vgl. Tian Fangmeng, Millionaire Emigration: The Allure of Investor Visas Among China's Elite, 20. 9. 2017, [www.migration-policy.org/article/millionaire-emigration-allure-investor-visas-among-chinas-elite](http://www.migration-policy.org/article/millionaire-emigration-allure-investor-visas-among-chinas-elite).

**11** Vgl. Zhu Chen et al., China Tackles the Health Effects of Air Pollution, in: *The Lancet* 9909/2013, S. 1959–1960, hier S. 1959f.

**12** Vgl. Fangmeng (Anm. 10).

**13** Vgl. Gracia Liu-Farrer, Migration as Class-Based Consumption: The Emigration of the Rich in Contemporary China, in: *The China Quarterly* 2/2016, S. 499–518, hier S. 510.

sozialen Reproduktion betrachtet. Die Arbeitsabwanderung aus China ist jedoch zunehmend reproduktionsgetrieben. Statt durch Arbeitslosigkeit oder Armut dazu gezwungen zu werden, wandern Menschen aus, um schnell Ersparnisse aufzubauen, Häuser zu kaufen, zu heiraten, die Ausbildung ihrer Kinder zu bezahlen und ihre medizinische und soziale Versorgung sicherzustellen. Diese Reproduktionsaufgaben sind zeitaufwendig. Während durch Arbeit in China durchaus Ersparnisse angesammelt werden können, wird dieser Prozess im Ausland beschleunigt. Es ist natürlich nichts Neues, dass Arbeitsmigrant\*innen Einkünfte nach Hause schicken, um für Bildungs- und Gesundheitskosten aufzukommen, aber die reproduktionsgetriebene Migration zeichnet sich dadurch aus, dass sich die Pflichten der sozialen Reproduktion zu Projekten entwickelt haben, die man in einem bestimmten Alter, auf einem gewissen Niveau und mit einem erheblichen finanziellen Aufwand abgeschlossen haben sollte. In der Vergangenheit wurden zusätzliche Einkünfte ausgegeben, um ein Haus in der ländlichen Heimat auszubauen, aber inzwischen ist das im Ausland verdiente Migrationseinkommen zum primären Mittel geworden, um Ersparnisse zu maximieren und damit städtisches Eigentum zu erwerben, was zur nötigen Voraussetzung für die Eheschließung auf dem Land geworden ist.

Als ich 2004 mit meiner Feldforschung zur Arbeitsmigration in der nordostchinesischen Provinz Liaoning begann, planten viele Migrant\*innen, ihre zukünftigen Auslandseinkünfte in kleine Unternehmen zu investieren, zum Beispiel um einen Laden zu gründen, ein Auto zu kaufen und dieses als Taxi zu vermieten, oder um Werkzeug zu erwerben und ein Renovierungsteam auszustatten. 2010 dachten bereits viel weniger Menschen über Businesspläne nach. Sie beschäftigten sich eher mit Dingen wie Partnersuche, dem Abbezahlen von Schulden und dem Kauf von Wohnungen für sich oder ihre Kinder, obwohl manche davon erst die Grundschule besuchten. Dies lag teils daran, dass die Gründung kleiner Unternehmen komplizierter wurde, da die chinesische Wirtschaft inzwischen kapitalintensiver und stärker reguliert ist, vor allem sind aber die sozialen Erwartungen an das Wohnen, die medizinische Versorgung und Bildung gestiegen – und auch die Kosten dafür.

Die Nachbarländer Japan, Singapur und Südkorea sind die drei wichtigsten Ziele für chinesi-

sche Arbeitsmigranten. Als Hauptgründe für die Entscheidung, im Ausland zu arbeiten, führen Migrant\*innen seit 2010 häufig die „vier schweren Berge“ an: Ehe, Wohnen, Bildung und medizinische Versorgung.

Laut einer Statistik aus der Provinz Liaoning vom Ende der Nullerjahre sind etwa 70 Prozent der Arbeitsmigrant\*innen Männer.<sup>14</sup> Das Stigma, das unverheirateten Männern in China anhaftet, ist hinlänglich bekannt, und die Ängste, die mit der Partnersuche einhergehen, werden durch das akute Bewusstsein der ungleichen Geschlechterverteilung im Land verstärkt: Im Alter zwischen 20 und 24 Jahren kamen 2019 auf 100 Frauen 115 Männer.<sup>15</sup> Um in den späten 2010er Jahren in einer Bezirksstadt eine Heirat zu sichern, musste ein potenzieller Bräutigam über eine Wohnung verfügen und ein Brautgeld von 100 000 Renminbi bezahlen. Von Bräutigamen wird außerdem erwartet, die Mittel für ein Auto, Möbel, Schmuck und das Hochzeitsbankett beizusteuern, Kosten, die sich meinen Erhebungen zufolge auf etwa 300 000 Renminbi belaufen.

Der zweite „Berg“ ist das Wohnen. Die Preise für Wohnen sind in China über die vergangenen vierzig Jahre in die Höhe geschossen. China reformierte 1998 sein wohlfahrtsorientiertes städtisches Wohnwesen, unter anderem um den Immobilienmarkt zu entwickeln und die Wirtschaft nach der asiatischen Finanzkrise von 1997 zu stabilisieren. Zwischen 1999 und 2018 ist der durchschnittliche Quadratmeterpreis für neugebaute Wohnungen in China von 1758 auf 8539 Renminbi gestiegen.<sup>16</sup> Das Verhältnis von Kredit zu verfügbarem Haushaltseinkommen ist von 2004 bis 2018 von 16,2 auf 47,6 Prozent gestiegen.<sup>17</sup> Migrant\*innen sagen, sie gehen ins Ausland, um

<sup>14</sup> Diese Schätzung wurde mir vom Arbeitsamt der Provinz Liaoning während meiner Feldforschung zwischen 2006 und 2008 zur Verfügung gestellt. Über das Geschlechterverhältnis der Migrant\*innen auf nationaler Ebene sind keine Daten vorhanden.

<sup>15</sup> Vgl. Nationales Amt für Statistik der Volksrepublik China, Nationale Daten, Geschlechterverhältnis [Chinesisch], 14. 4. 2021, <https://data.stats.gov.cn/search.htm?s=%E6%80%A7%E5%88%AB%E6%AF%94>.

<sup>16</sup> Vgl. CEIC, China Commodity Bldg Selling Price: YTD Average: Residential, 1998–2018, [www.ceicdata.com/en/china/nbs-property-price/cn-commodity-bldg-selling-price-ytd-average-residential](http://www.ceicdata.com/en/china/nbs-property-price/cn-commodity-bldg-selling-price-ytd-average-residential).

<sup>17</sup> Vgl. Ren Zeping et al., Chinas Fertilitätsbericht 2020 [Chinesisch], 13. 10. 2020, [https://mp.weixin.qq.com/s/CVejh\\_jt23RcMZGsiJYfNg](https://mp.weixin.qq.com/s/CVejh_jt23RcMZGsiJYfNg).

„für die Banken zu arbeiten“; sie müssen hart arbeiten und sparen, weil sie „Skaven ihres Hauses“, also ihres Kredits seien.<sup>18</sup>

Was die Bildung anbelangt, bietet China zwar noch immer eine kostenlose Grundbildung an, doch das zunehmende Interesse von Eltern an einer besseren Bildung für ihre Kinder hat die tatsächlichen Bildungskosten in die Höhe getrieben, zum Beispiel durch Zahlungen für Privatunterricht. Laut einer Umfrage des Internetportals Sina Education von 2017 gaben Haushalte im Durchschnitt 26 Prozent ihres Jahreseinkommens während der Vorschulzeit eines Kindes aus, 21 Prozent ihres Jahreseinkommens vom Kindergarten bis zur Sekundarschule und 29 Prozent ihres Einkommens für jedes Jahr an einer Hochschule.<sup>19</sup> Eine neue Entwicklung im ländlichen China besteht darin, dass Vorschulkinder einen Kindergarten besuchen, wohingegen sie früher zu Hause blieben oder im Dorf mit Gleichaltrigen spielten. Die einzigen Kindergärten, die ihnen zur Verfügung stehen, sind private Einrichtungen in nahegelegenen Städten, die monatliche Gebühren erheben, da es in Kleinstädten nur sehr wenige öffentliche Einrichtungen gibt.<sup>20</sup> Zwischen 2012 und 2021 stiegen die monatlichen Gebühren für private Kindergärten von unter 650 auf über 1000 Renminbi.<sup>21</sup> Für Landwirte, die nur ein begrenztes Vermögen haben, sind dies sehr hohe Ausgaben.

Die Migrant\*innen, die am dringendsten ins Ausland wollen, haben oft Familienmitglieder, die eine umfangreiche medizinische Behandlung benötigen. Die Pro-Kopf-Auslagen für medizinische Kosten sind im Laufe der 2000er Jahre drastisch gestiegen. Lu Gang, ein 32 Jahre alter, aber

viel älter aussehender Mann, den ich 2018 in einer Bezirksstadt in Liaoning traf, sagte mir, dass er um jeden Preis ins Ausland gehen wolle, da sein Vater Krebs im Spätstadium habe. Als wir uns trafen, dauerte die Behandlung bereits über ein Jahr an und hatte alle Ersparnisse der Familie aufgebraucht. Lu war bereit, 70 000 Renminbi zu bezahlen, um nach Australien zu gehen, wo die Löhne, wie man ihm gesagt hatte, höher seien als in den üblichen Zielländern. Er wolle als Lkw-Fahrer arbeiten, trotz seiner minimalen Englischkenntnisse: „Ich bin schon früher Lkw gefahren. Als Lkw-Fahrer kann man Gelegenheitsjobs annehmen. Ich kann mehr verdienen.“

Ehe, Wohnen, Bildung und Gesundheitsfürsorge haben sich zu gigantischen Lasten entwickelt, weil sie monetarisiert wurden. Lebenswichtige Grundbedürfnisse sind zu Waren geworden, für die man zahlen muss. Um seinen sozialen Status zu bewahren, fühlt man sich genötigt, Wohnraum, Bildung und medizinische Versorgung zu erwerben, auch wenn dies die eigenen Ressourcen übersteigt. Da alle miteinander konkurrieren und immer mehr für soziale Reproduktion ausgeben, steigen die Kosten dafür schneller als die Einkommen. Die Monetarisierung der sozialen Reproduktion treibt die Abwanderung in zweierlei Hinsicht an: Einkommensschwachen Gruppen hilft die Arbeitsmigration dabei, schnell Ersparnisse aufzubauen. Diejenigen, die vom chinesischen Wirtschaftswachstum profitiert haben, beziehungsweise deren Kinder wandern aus, um sich von dem stressigen Lebensstil zu befreien. Für die Armen ist die Migration ein Weg in den chinesischen Mainstream-Lebensstil, für die Reichen ist die Migration ein Weg nach draußen.

**18** Miriam Driessen, *Migrating for the Bank: Housing and Chinese Labor Migration to Ethiopia*, in: *The China Quarterly* Jg. 221/2015, S. 143–160.

**19** Vgl. Sina Education/Sina Data Centre, Weißbuch über den Bildungskonsum chinesischer Familien [Chinesisch], [http://slide.edu.sina.com.cn/slide\\_11\\_638\\_65996.html#p=1](http://slide.edu.sina.com.cn/slide_11_638_65996.html#p=1), insb. Folien 13, 22 und 33.

**20** Der Anteil von Kindern in öffentlichen Kindergärten ist in ganz China zwischen 1997 und 2019 von 95 Prozent auf 44 Prozent gesunken. Vgl. Zeping et al. (Anm. 17); Bildungsministerium der Volksrepublik China, *Nationale Bildungsentwicklungsstatistik 2019* [Chinesisch], 20.5.2020, [www.moe.gov.cn/jyb\\_sjzl/sjzl\\_fztjgb/202005/t20200520\\_456751.html](http://www.moe.gov.cn/jyb_sjzl/sjzl_fztjgb/202005/t20200520_456751.html).

**21** Vgl. CEIC, *China Service Charges: 36 City Avg: Nurse Fee: Private Kindergarten, 2012–2023*, [www.ceicdata.com/en/china/price-monitoring-center-ndrc-36-city-monthly-avg-service-charges/cn-service-charges-36-city-avg-nurse-fee-private-kindergarten](http://www.ceicdata.com/en/china/price-monitoring-center-ndrc-36-city-monthly-avg-service-charges/cn-service-charges-36-city-avg-nurse-fee-private-kindergarten).

## MIGRATION UND WERTE IN DER ZUKUNFT

Die Abwanderung aus China könnte in den kommenden Jahren noch stärker reproduktionsgetrieben werden. In den frühen 2020er Jahren hat sich das Verhältnis Chinas zu seinen Nachbarn und dem Westen verschlechtert. Handel und Reisen zwischen China und dem Rest der Welt sind massiv zurückgegangen. Chinas Wirtschaftswachstum hat sich verlangsamt, und die politische Kontrolle wurde verschärft. Vor diesem neuen Hintergrund zeigen in China einige Menschen aus der gebildeten Mittelschicht, insbesondere die jungen, eine größere Bereitschaft als zuvor, im

Namen von Vorhersehbarkeit, politischer Sicherheit, persönlicher Würde und Freiheit für sich und ihre Kinder auszuwandern. Zum Beispiel stiegen am 3. April 2022 – dem Tag, an dem die Regierung offiziell ihr Festhalten an der desaströsen Null-Covid-Politik bekräftigte – die Suchanfragen für den Begriff „Auswanderung“ auf WeChat, dem sozialen Netzwerk, das praktisch jeder in Festlandchina nutzt, um 440 Prozent. Viele fühlten sich desillusioniert von der brutalen Lockdown-Politik der Regierung, die wenig Verständnis für menschliche Bedürfnisse und Gefühle zeigte. Vor allem junge Frauen wollen das Land verlassen, in dem der patriarchale Konservatismus gerade wie-

der erstarkt.<sup>22</sup> Einige eilen überstürzt in Nachbarländer wie Thailand, Kambodscha und Laos, aus Furcht, dass China seine Grenzen bald schließen könnte und sie nicht mehr ausreisen könnten.<sup>23</sup> Während wirtschaftliche Werte, das heißt finanzielle Entlohnung und Kapital, stets eine wichtige Rolle bei der Konditionierung menschlicher Aktivitäten spielen, könnten soziale Werte wie Freiheit, Würde und Harmonie in den kommenden Jahren bei der Abwanderung aus China zum zentralen Faktor werden.

Aus dem Englischen von Maximilian Murmann, München.

**22** Vgl. Juan Zhang, „Run!“ (Part 1): Why Is China’s Urban Youth Searching for a Way Out?, Halle/S. 2022, [www.eth.mpg.de/molab-inventory/reproduction-migration/run-part-one-why-is-chinas-urban-youth-searching-for-a-way-out](http://www.eth.mpg.de/molab-inventory/reproduction-migration/run-part-one-why-is-chinas-urban-youth-searching-for-a-way-out).

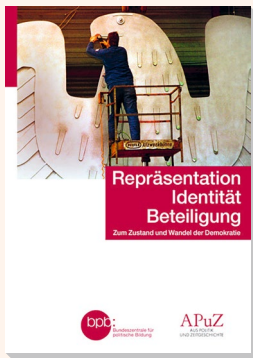
**23** Vgl. Chen Jin'er, Einen Reisepass beantragen, Vermögenswerte übertragen, die Eltern zurücklassen: die Schwierigkeiten, mit denen die Mittelschicht und Angestellte in den Großstädten Chinas konfrontiert sind [Chinesisch], 20. 12. 2022, [www.twreporter.org/a/run-philosophy-china-middle-class](http://www.twreporter.org/a/run-philosophy-china-middle-class).

### BAO XIANG

ist Direktor der Abteilung Anthropologie des wirtschaftlichen Experimentierens des Max-Planck-Instituts für ethnologische Forschung in Halle an der Saale. Zu seinen Arbeitsschwerpunkten zählen Migration in Asien, Mobilität und soziale Reproduktion.  
[office.xiang@eth.mpg.de](mailto:office.xiang@eth.mpg.de)

## APuZ EDITION

## Zum Wieder- und Weiterlesen



2022  
Bestell-Nr. 10871



2022  
Bestell-Nr. 10799



2021  
Bestell-Nr. 10751



2021  
Bestell-Nr. 10714

Hier bestellen  
oder kostenfrei herunterladen



Herausgegeben von der  
Bundeszentrale für politische Bildung  
Adenauerallee 86, 53113 Bonn



Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 16. Juni 2023

#### REDAKTION

Lorenz Abu Ayyash  
Anne-Sophie Friedel (verantwortlich für diese Ausgabe)  
Jacob Hirsch (Volontär)  
Sascha Kneip  
Johannes Piepenbrink  
Anne Uhl (Praktikantin)  
apuz@bpb.de  
www.bpb.de/apuz  
www.bpb.de/apuz-podcast  
twitter.com/APuZ\_bpb

## APuZ

Nächste Ausgabe  
28–29/2023, 10. Juli 2023

# HITZE, DÜRRE, ANPASSUNG

Newsletter abonnieren: [www.bpb.de/apuz-aktuell](http://www.bpb.de/apuz-aktuell)  
Einzelausgaben bestellen: [www.bpb.de/shop/apuz](http://www.bpb.de/shop/apuz)

#### GRAFISCHES KONZEPT

Charlotte Cassel/Meiré und Meiré, Köln

#### SATZ

le-tex publishing services GmbH, Leipzig

#### DRUCK

Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH & Co. KG,  
Mörfelden-Walldorf

#### ABONNEMENT

Aus Politik und Zeitgeschichte wird mit der Wochenzeitung  
Das **Parlament** ausgeliefert.  
Jahresabonnement 25,80 Euro; ermäßigt 13,80 Euro.  
Im Ausland zzgl. Versandkosten.  
Fazit Communication GmbH  
c/o Cover Service GmbH & Co. KG  
fazit-com@cover-services.de

Die Veröffentlichungen in „Aus Politik und Zeitgeschichte“ sind keine Meinungsäußerungen der Bundeszentrale für politische Bildung (bpb). Für die inhaltlichen Aussagen tragen die Autorinnen und Autoren die Verantwortung. Beachten Sie bitte auch das weitere Print-, Online- und Veranstaltungsangebot der bpb, das weiterführende, ergänzende und kontroverse Standpunkte zum Thema bereithält.

ISSN 0479-611 X



Die Texte dieser Ausgabe stehen unter einer Creative Commons Lizenz vom Typ  
Namensnennung-Nicht Kommerziell-Keine Bearbeitung 4.0 International.



APuZ

AUS POLITIK UND ZEITGESCHICHTE

[www.bpb.de/apuz](http://www.bpb.de/apuz)